INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2⁵⁰ DM



Nr. 358

11.1.1996

Werte GenossInnen von der AIZ!
Unabhängig davon, ob in eurer 24seitigen Erklärung vielleicht die eine oder andere interessante Information enthalten ist, bleiben Fragen über Fragen: Was heißt es konkret, wenn ihr schreibt, ihr hättet "den Islam als revolutionäre Waffe in voller Schärfe und Schönheit kennenlernen dürfen"? Auch wir wissen, daß es egalitäre Bewegungen auf der Basis des Islamgegegeben hat. Die Iranische Revolution, die ihr immer wieder anführt, mag dafür ein Beispiel sein. Aber sie steht auch dafür, wie eine revolutionäre Massenbewegung in ihrem eigenen Blut ertränkt wurde und in einer religiös-konservativen Mullah-Diktatur endete, die Kapital und patriarchale Strukturen unangetastet ließ und einen chauvinistischen Krieg in Kurdistan führte. Wie emanzipatorisch ist der "islamische Widerstand... von Tadschikistan bis zu den Philipinen" tatsächlich?
Auf wen waren die Nagelbomben gerichtet, die in Pariser U-Bahn-Eingängen "den Imperialismus herausgefordert" haben? Wir finden, die Undifferenziertheit (nicht nur) in eurer Erklärung stinkt zum Himmel!
Aus diesem Grund wollen wir eure Erklärungen vorerst nicht mehr abdrucken. "Inschallah"

Hej Leute, ansonsten geht's ab jetzt bergauf!
Der Briefkasten war randvoll und viele Artikel fanden wir ganz prima. Aus Platzgründen mußten wir einiges in den Ordner tun, z.B. das Konzeptpapier für ein selbstverwaltetes Zentrum in Mönchengladbach. Wen's interessiert - die Mühe lohnt. Ans Herz legen wollen wir euch die ersten Häuseraktionstage '96 nächste Woche. An dieser Stelle auch grüße an die BesetzerInnen des Alten Schlachthofs in Koblenz. Wir hoffen, daß es euch noch gibt!

Mast umgelegt

Erneut haben Unbekannte einen Anschlag auf die Bahn verübt. In der Nacht zu gestern wurde in der Nähe von

Welt in Kürze

Koblenz ein Strommast der Bahn mit Hilfe eines Schneidbrenners umgelegt. Es kam zu Behinderungen im Güterverkehr.

Auf einen Telekom-Laden in Kassel wurde ein Anschlag verübt. Es wurde ein Schreiben eines „Bundes der kritischen Telekom-Benutzerinnen" gefunden. Der Text lautete: „Dieses Telefon war zu teuer."

Impressum
V.i.S.d.P.:
Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift s.o

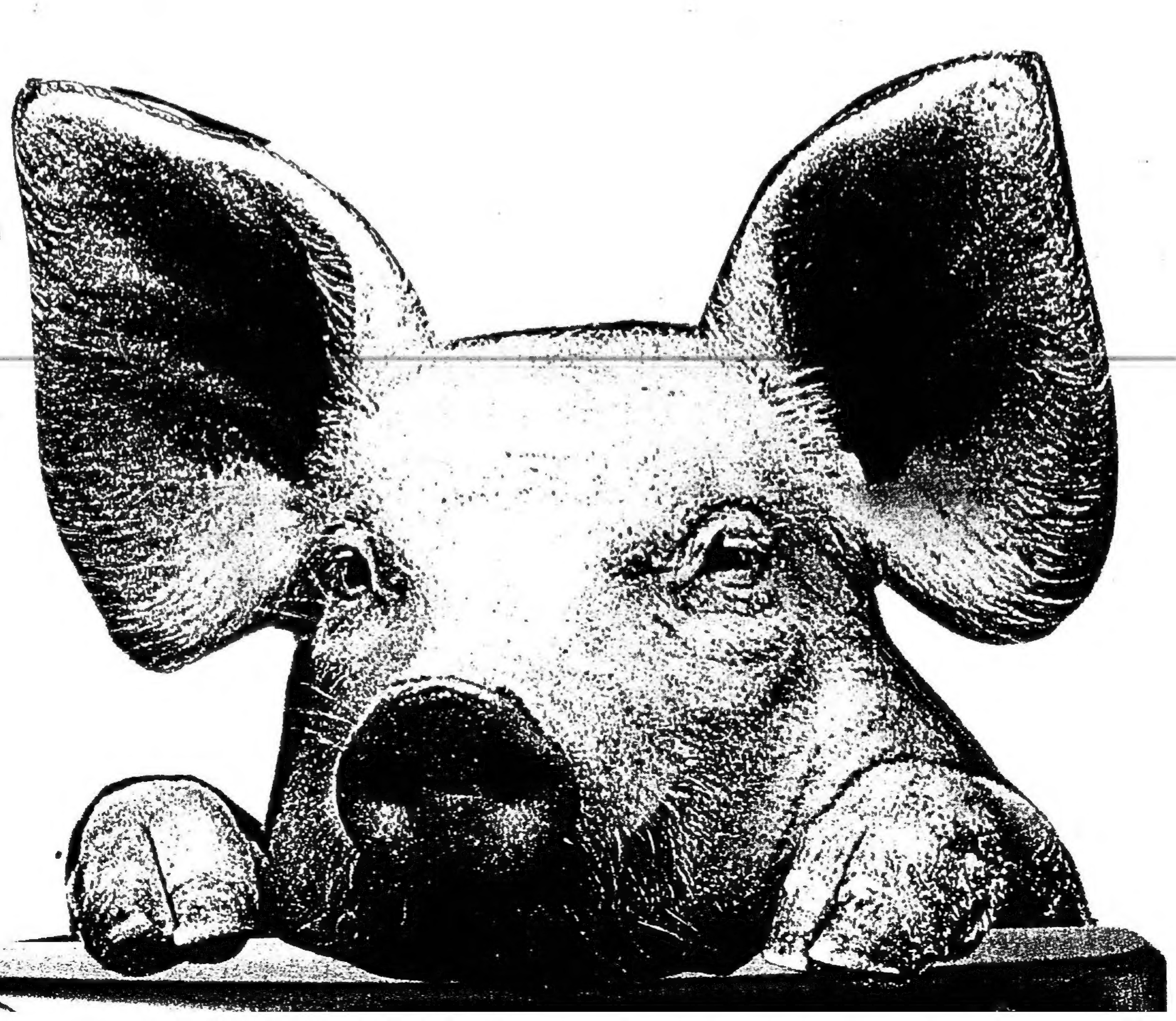
Eigendruck im
Selbstverlag

Ordner

Weltfrauenkonferenz
Selbstverwaltetes Zentrum Mönchengladbach
Antimilitarismus/Ökologische Linke
Sisterhood is Powerful - Demoverbot Köln
Hungerstreikerklärung Lutz Balding
Hüttendorf
Ausgegrenzte aller Löcher
AIZ

Am Sonntag, 14. 1., treffen wir uns alle um 9 Uhr bei Rosa und Karl an der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde.

Inhalt



Hungerstreik von Benjamin Ramos Vega

Gegen seine Auslieferung

Am 27.12.'95 hat das Kammergericht Berlin die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega für zulässig erklärt. Aus Protest gegen diese Entscheidung befindet sich Benjamin seit dem 30.12.'95 in einem unbefristetem Hungerstreik.

Seit seiner Festnahme vor fast einem Jahr gibt es eine politische und juristische Auseinandersetzung um seine Auslieferung. Die Anklage gegen Benjamin beruht ausschließlich auf unter Folter erpressten Aussagen, die später widerrufen wurden. Sowohl durch die Strategie der Verteidigung als auch durch die Solidaritätsarbeit in Katalonien, dem Baskenland und der brd wurde erreicht, die Frage der Folter in spanischen Knästen zum Angelpunkt der Auseinandersetzung zu machen. Das Kammergericht konnte Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen und Zeugnisse gefolterter Personen nicht länger ignorieren, und mußte schließlich die Einhaltung der Menschenrechte in Spanien offiziell anzweifeln.

Warum wird seiner Auslieferung dann stattgegeben?

Spanien ist Mitglied der NATO, der EU und des Schengener Vertrages. Die „Terrorismusbekämpfung" dieser Staaten ist koordiniert und wird in gemeinsamen Gremien wie TREVI etc. vorangetrieben. Bestandteil dieser Zusammenarbeit ist auch, Auslieferungen von gesuchten Oppsotionellen reibungslos abzuwickeln. Die spanische Botschaft in Bonn wies in ihrem Schreiben an das Berliner Kammergericht auf die letzte informelle Ratstagung der EU-Innenminister hin, auf der ausführlich über die Notwendigkeit der *„Überstellung für Terrorakte verantwortlicher Straftäter"* gesprochen wurde.
Um das zu verwirklichen, werden die Rechte politisch Verfolgter schrittweise ausgehölt und die europäischen Staaten nach und nach zu einem einheitlichen Rechstraum umgeformt, indem es per dekret keine Menschenrechtsverletzungen gibt, bzw. geben darf.
Weil nicht sein kann, was nicht sein darf werden gemäß dieser Logik jegliche Menschenrechtsverletzungen in den europäischen Kernstaaten geleugnet - selbst wenn diese so offensichtlich sind wie in Spanien, wo die Regierung paramilitärische Killerkommandos wie die GAL aufgestellt hat, um baskische Oppositionelle zu entführen und zu ermorden.

Diesen politischen Vorgaben hat sich das Kammergericht schließlich gebeugt. Anders läßt es sich nicht erklären, daß die Richter zuerst anerkannten, daß in Spanien gefoltert wird, um dann die Auslieferung doch für rechtmäßig zu erklären.

Die Konsequenzen einer Auslieferung von Benjamin sind mehr als klar:
Politische Gefangene sitzen in Spanien wie auch hier grundsätzlich in Isolationshaft.
Benjamin ist HIV-positiv, war bei seiner Festnahme allerdings gesund. Durch die Isolationshaft hat sich sein Blutbild erheblich veschlechtert. Von einer angemessenen Gesundheitsversorgung in spanischen Knästen kann nicht die Rede sein: die Knäste sind überfüllt, die Infektionsrisiken für Hepatitis und Tuberkulose sind sehr hoch, die medizinische Betreuung ist auf ein minimum reduziert. Zudem werden politische Gefangene, auch wenn sie eigentlich haftunfähig sind, wenn überhaupt, dann nach Verbüßung von 2/3 der Strafe entlassen.
Selbst die UNO-Menschenrechtskomission und amnesty international berichten jährlich, daß in spanischen Knästen systematisch gefoltert wird. In zahlreichen Fällen werden Folterer befördert anstatt angeklagt.
Es gibt keinerlei Aussagen gegen Benajmin, die nicht unter Folter zustande gekommen sind; woraus, wenn nicht aus diesen Aussagen wid ihm wohl der Prozeß gemacht?

Das Kammergericht hat die Auslieferung für „zulässig" erklärt - ob Benjamin schließlich ausgeliefert wird ist allerdings eine politische Entscheidung, die vom Bundesjustizministerium getroffen wird.

Wir haben nicht vor, dabei zuzusehen - nur durch politischen Druck und Öffentlichkeit kann etwas bewirkt werden!
Benjamin kämpft mit einem unbefristeten Hungerstreik gegen die Auslieferung und wir wollen ihn nach Kräften unterstützen. Wir fordern auch euch auf, mit den euch zu Verfügung stehenden Mitteln etwas zu tun, damit Benjamin freigelassen wird!

KEINE AUSLIEFERUNG NACH SPANIEN!
FREIHEIT FÜR BENJAMIN RAMOS VEGA!

KUNDGEBUNG VOR DEM JUSTIZSENAT: 12.1. um 12.00 h

Benjamin ist seit dem 30.12.95 im unbefristeten Hungerstreik - das sind jetzt fast zwei Wochen. Für ihn ist das eine sehr lange Zeit: er ist HIV-positiv und wiegt ohnehin nur ca. 50 kg. Seine Gesundheit hat sich durch ein Jahr Isolationshaft erheblich veschlechtert.
Beim letzten Besuch am 3.1.96 sagte er, er sei geschwächt aber entschlossen, seinen Hungerstreik fortzusetzen und mit allen Mitteln seine Auslieferung nach Spanien zu verhindern.

Am 1.11.95 hatte der leitende Berliner Knastarzt Dr. Rex in einem Gutachten die Sonderhaftbedingungen kritisiert und für die Verschlechterung von Benjamins Gesundheitszustand direkt verantwortlich gemacht. Benjamin erhielt daraufhin Hofgang mit „unter Sicherheitskriterien ausgesuchten Gefangenen", konkret: sie sind jetzt drei Gefangene unterschiedlicher Nationalität, die alle kaum Deutsch können. Das ist die einzige „Hafterleichterung", die es in dem Jahr überhaupt gegeben hat.

Seit Anfang Dezember werden die Haftbedingungen systematisch verschärft:
Der Besuch einer extra angereisten Vertreterin der baskischen Gefangenenhilfsorganisation Gestoras pro Amnistia wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, der Besuch von drei Personen - solche Besuche wurden bisher genehmigt und haben schon mehrfach stattgefunden - wurde wegen angeblicher Sicherheitsbedenken abgelehnt. Seit neuestem wird auch unsere Dolmetscherin abgelehnt, weil sie ihnen politisch nicht in den Kram paßt. Parallel dazu versuchen sie, ihr die Gerichtsvereidigung zu entziehen. Gegen Benjamins Lebensgefährtin und jetzige Ehefrau wurde für den nächsten Besuch ein Berührungsverbot ausgesprochen. Diese Besuche finden sowieso grundsätzlich mit Bullendolmetscherin und LKA-Überwachung statt.

Verantwortlich für diese Zustände sind der Kammerrichter Dr. Werner Nöldeke und der Oberstaatsanwalt Eger. Diese Herren sind für uns nicht besser als ihre Kollegen im Folterstaat Spanien.

Jetzt ist genug geredet - es gilt zu handeln !

Kommt alle zur Kundgebung:
12.1.96, 12.00 Uhr vor dem Justizsenat, Elßholzstr. 30-33 (U-bhf. Kleistpark)

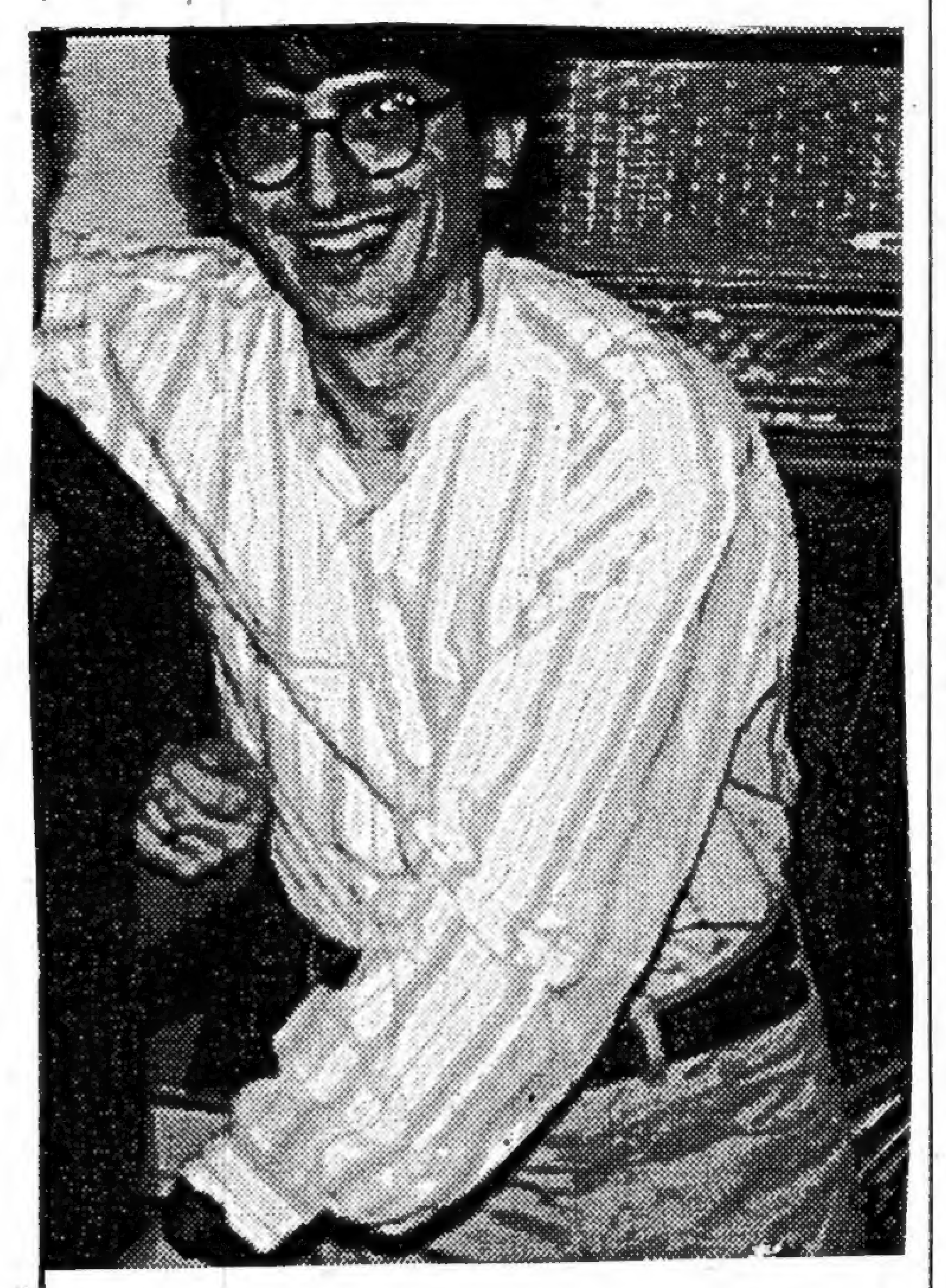
Erklärung von Benjamin Ramos Vega

Ich beginne einen Hungerstreik, verbunden mit friedlichem Ungehorsam, um mich meiner Auslieferung an den spanischen Staat zu widersetzen. Ich begründe das mit drei Gesichtspunkten:

1. Die Auslieferung trägt nicht zu einer friedlichen Lösung bei, sondern verschärft den politischen Konflikt zwischen Euskal Herria[1] und dem spanischen und französischen Staat. Diejenigen, die die Auslieferungen bewilligen, stellen sich auf eine der im Konflikt befindlichen Seiten, auf die Seite, die die Anerkennung und die Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung und territoriale Vereinigung des Volkes verweigert, das die älteste Sprache Europas spricht: Euskal Herria (allein die Frage der Sprache müßte einen ausreichenden Grund dafür abgeben, daß die legitimen Rechte von Euskal Herria anerkannt und respektiert werden - aufgrund des kulturellen Erbes, das es in die „Europäische Union" und in die ganze Welt einbringt).
Der spanische Staat benutzt in der Konfrontation mit Euskal Herria nicht nur seine Machtmittel, sondern auch den „schmutzigen Krieg": sei es unter der Bezeichnung Triple A , BVE, GAL[2], Manipulation der Massenmedien, Verstreuung der baskischen Gefangenen über Gefängnisse im ganzen spanischen Staat, Mißhandlungen und Folter an Gefangenen und Verhafteten, Kriminalisierung von Familienangehörigen und Freunden der Gefangenen, Verabschiedung von „Ausnahmegesetzen", die Freiheitsrechte verletzen, etc. Diese Vorgehensweisen werden von internationalen Organisationen und Institutionen, auch Regierungsinstanzen, angeprangert, trotz aller Behinderungen und Vertuschungen, mit denen der spanische Staat agiert (es sei daran erinnert, daß der spanische Staat einige dieser Berichte nicht veröffentlichen ließ).[3]
Angesichts der Auslieferungen werden sich einige besonnene Personen fragen, warum die legitimen Rechte von Euskal Herria nicht anerkannt und respektiert werden. Wo blieben die Andeutungen von „Verhandlungen und Frieden", die in letzter Zeit zu hören waren? Warum werden die Rechte eines alten Volkes, Euskal Herria, verletzt, wenn man gleichzeitig sehen kann, daß die Unabhängigkeitserklärungen machbar sind (siehe tschechische Republik, Litauen etc.), die Vereinigung möglich ist (siehe Deutschland) oder ein Referendum abgehalten werden kann (siehe Quebec)? Warum wird einem Volk eine Verfassung aufgezwungen - die spanische Verfassung -, die in der Abstimmung abgelehnt worden ist? [4] Warum strebt man nicht in die Zukunft : **Frieden und Freiheit** (Ich greife hier den Friedensvorschlag vom April auf: die legitimen Rechte von Euskal Herria müssen anerkannt werden, es muß Garantien dafür geben, daß sie auch respektiert werden. Alle baskischen Parteien und sonstigen gesellschaftlichen Gruppen des Baskenlandes sollen über die Zukunft ihres Volkes sprechen; dabei muß dem baskischen Volk das letzte Wort und die Entscheidung zukommen.[5]

2. Ich kann die worteichen Garantien des spanischen Staates hinsichtlich „korrekter Gesundheitsversorgung" nicht glauben. Baskische politische Gefangene wie Jon Jturriaga, Asun Sierra, Inaxio Mendiburu sind oder waren einer zerstörenden Situation ausgesetzt, weil sie im Gefängnis gehalten wurden, obwohl sie an unheilbaren oder nicht linderbaren Krankheiten litten.[6] Gleiches gilt für die sozialen Gefangenen. Ich weiß, daß sie gegen mich - wie gegen alle politischen Gefangenen- alle Mittel einsetzen werden, um mich unter Druck zu setzen, mich als Person zu vernichten. Und sie werden meine Schwachstelle angreifen: die Gesundheit. Die spanische Regierung und ihre Kollaborateure brauchen Personen ohne Würde, persönlich Gescheiterte, die sie dann vorweisen können, um die Unterdrückung und das Vorenthalten der legitimen Rechte von Euskal Herria zu rechtfertigen. Mit diesen Versuchen erreichen sie aber lediglich, daß das Leiden und die Sinnlosigkeit sich verlängern und daß baskische Kämpfer ihr Leben in den Gefängnissen oder aufgrund der Haft verlieren. Ich will bei dieser Erpressung nicht mitspielen. Mein Leben verkürzt sich und verliert seinen Sinn in den Händen der Folterer des spanischen Staates. Ich hoffe, daß durch den Beginn des Hungerstreiks das Gewissen der Menschen hier aufgeweckt wird und man nicht zuläßt, daß mein Leben - über kurz oder lang - eine fatale Entwicklung nimmt.

3. (Für mich ist der dritte Punkt allein ausreichend, um den Hungerstreik durchzuführen. Wenn ich ihn mit den beiden oben genannten verbinde, gewinnen diese nur mehr Gewicht). Wenn man mich ausliefert, könnte ich meine Lebensgefährtin nicht mehr sehen, und dies aller Voraussicht nach für den Rest meines



Lebens. Die Repression gegen die baskischen Dissidenten ist so inhuman, daß die Kriminalisierung die Familienangehörigen, Kinder, Ehepartner betrifft... Meine Lebensgefährtin muß, um sich nicht Folter und Gefängnis auszusetzen, in Deutschland bleiben. Sie versuchen, unsere Verbindung zu zerstören, indem sie auch angeklagt wird.

Euskal Herria Askatu!
Freiheit für das Baskenland!

Visca La Lluita Dels Pobles Oprimits!
Es lebe der Kampf der unterdrückten Völker!

Visca L'Internacionalisme Proletari!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Benjamin Ramos Vega
Berlin, 29.12.1995, 24 Uhr

Anmerkungen zur Hungerstreikerklärung

[1] Euskal Herria (= Baskenland) ist geteilt in den von Spanien besetzten Süden und den von Frankreich besetzten Norden.
[2] Die Alianza Apostolico Anticomunista (Triple A), das Batallon Vasco Espanol (BVE) und die Grupos Antiterroristas de Liberaciòn (GAL) sind Todesschwadronen, die, vom Staat gesteuert, seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 über 500 Anschläge gegen Oppositionelle verübt haben.
[3] Die spanische Regierung weigert sich neben der Türkei als einziger Staat, die Berichte des Europäischen Ausschusses gegen Folter zu veröffentlichen.
[4] 1978 lehnte die Mehrheit der baskischen Bevölkerung in einem Referendum die neue Spanische Verfassung ab.
[5] Am 26. 4.95 veröffentlichte die bewaffnete baskische Organisation ETA eine Erklärung, in der sie Verhandlungen mit der spanischen Regierung forderte. ETA nannte vier Bedingungen:
1) die spanische Regierung muß das Recht auf Selbstbestimmung und Territorialität anerkennen und Versprechen, die Entscheidungen des baskischen Volkes zu respektieren.
2) die gesamte baskische Gesellschaft soll die Möglichkeit erhalten, ihre politische Zukunft zu diskutieren und zu entscheiden.
3) um den demokratischen Charakter dieses Prozesses zu garantieren, muß eine Amnestie allen Gefangegen die Freiheit geben, sowie allen Flüchtlingen und Deportierten das Recht auf Rückkehr erlauben.
4) wenn die genannten Bedingungen durch eine politische Übereinkunft garantiert werden, wird ETA ihre bewaffneten Aktionen einstellen.
[6] Obwohl der Artikel 60 der spanischen Verfassung vorschreibt, daß haftunfähige Gefangene entlassen werden müssen, werden unheilbar kranke politische Gefangene zum Teil über 15 Jahre inhaftiert, so z.B. Jon Iturriaga.
[7] Benjamins deutsche Lebensgefährtin wird ebenfalls der „Unterstützung" von ETA beschuldigt und per internationalem Haftbefehl gesucht. Wenn sie die BRD verläßt, kann sie festgenommen und an den spanischen Staat ausgeliefert werden.

NEUESTE INFORMATIONEN ÜBER DIE WÜHLARBEIT DES LKA BERLIN IN SACHEN K.O.M.I.T.E.E.

Zur Erinnerung: Im April 1995 entdeckte eine Bullenstreife zwei Pkws, der eine beladen mit einer ganzen Menge Sprengstoff, der laut Hinweisschildern für die nahegelegene Baustelle des Abschiebeknastes in Grünau gedacht war. Am nächsten Tag wurde per Steckbrief in Tageszeitungen nach 4 Leuten gefahndet. 3 von ihnen sind seitdem untergetaucht. In den folgenden Monaten wurden mehrere Wohnungen und Häuser durchsucht, angeblich um die Gesuchten zu finden. Den Durchsuchten gegenüber wurden die Maßnahmen mit ihrer angeblichen Nähe zu den Beschuldigten begründet.

Als unangenehmen Auftakt zum Jahr 96 haben über 10 Leute zum Jahreswechsel Post von besagtem LKA erhalten. Alle Betroffenen werden zur Zeugenaussage an den Platz der Luftbrücke zum Staatsschutz geordert, die Termine sind über den Januar verteilt, der erste sollte am Montag, den 8.1. stattfinden. Viele der ins Blickfeld der Ermittlungsbehörde Geratenen sind ehemalige MitbewohnerInnen der im Zusammenhang mit dem "K.O.M.I.T.E.E." Gesuchten. Das Nichterscheinen bei diesen Bullenvorladungen hat noch keine direkten rechtlichen Konsequenzen. Aber wie auch schon im Kleingedruckten steht:"...bei Nichterscheinen wird die Befragung an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet." Wenn die Staatsanwaltschaft ihre Aufforderung zu einer Zeugenvernehmung schickt, kann die Verweigerung einer Aussage zur Verhängung von Bußgeldern oder Beugehaft bis zu 6 Monaten führen, wie im Radikalverfahren und kürzlich erst in Frankfurt a.M. in einem anderen §129a-Verfahren geschehen.

Alles in allem also ein eher unfreundlicher Jahresanfang. Damit es nicht so bleibt und der kalte Wind der Repression einen heftig warmen Gegenwind erhält, klopfen wir schon mal bei euch an:
Die ganze Angelegenheit kann bei Aussageverweigerung also verdammt teuer werden (Bußgelder, Knastaufenthalt und AnwältInnen müssen bezahlt werden, Miete etc.).
Damit wir nicht in der akuten Situation nur noch mit Geldauftreiben beschäftigt sind, sollten wir schon rechtzeitig möglichst viele Geldquellen auftun.
Öffentlichkeit kann auch ein Schutz sein. Eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik kann nie schaden. Vielleicht eignen sich die Orte, an denen man/frau sowieso schon (politisch oder lohn-) arbeitet für diese Art des Engagements. Falls unsere Lieben tatsächlich in Beugehaft schmoren sollten, würden sie sich bestimmt über phantasievolle Aktionen und häufige Besuche freuen, innerhalb und außerhalb der Mauern.
Nun, noch sind das Blicke in die Zukunft...
Wir melden uns, wenn es etwas Neues gibt und hoffen auf eure Unterstützung.

ne Kontonummer gibts beim nächsten Mal...und,
wer noch eine Vorladung bekommt, meldet euch doch bitte beim EA!

Tschüß









JEDES HERZ EINE ZEITBOMBE

Wir haben am 2.1.96 die Zugstrecken Berlin-Wannsee in beide Zugrichtungen lahmgelegt.

Wir haben eine Zwangsbremsung der Züge provoziert, indem wir in die Sicherheitstechnik der Deutschen Bundesbahn eingegriffen und durch einen Sabotageakt eine Störung vorgetäuscht haben. Zu keinem Zeitpunkt bestand Gefahr für Leib und Leben von Menschen.
Der Eingriff zwang die Züge zu einer Fahrt in Schrittempo. An der sabotierten Stelle haben wir Durchfahrtsverbotsschilder der Bundesbahn aufgestellt. Eine Puppe mit dem Schild "Jedes Herz eine Zeitbombe! RekrutenAbschiebezüge stoppen!" erwartete die Züge an der sabotierten Stelle. Durch Explosionswarnschilder suggerierten wir die Existenz einer Bombe, um die Durchfahrt von Zügen solange zu verhindern, bis die Entschärfungskommandos der Polizei unseren RekrutenAbschiebezugblockierer auf Herz und Nieren prüfen würden. In dem Moment, in dem sich die Bombenhinweise eben nur als Hinweise herausstellen, wird klar, daß wir unsere Parole wörtlich meinen: Jedes Herz eine Zeitbombe, ein jeder, eine jede kann entscheiden, ein Störfaktor im Gleichschritt der Maschine zu werden; jedeR beherzte Mann und Frau kann in gesellschaftlich-unerträgliche Zustände eingreifen - so auch wir.
Wir sabotierten die Strecken am Tage der stattfindenden Rekruteneinberufungen, um die reibungslose Abwicklung zu stören und ein nachahmbares Zeichen gegen die gesellschaftlich stattfindende Militarisierung der Köpfe und Herzen zu setzen. Wir knüpfen hiermit an die Aktionen von AntimilitaristInnen und Totalverweigerergruppen an, die in der Vergangenheit mehrfach mit Rekruten besetzte Züge blockierten und mit anderen spektakulären Aktionen Position gegen die Militarisierung bezogen.
Wir sind nicht bereit, tatenlos zuzusehen, wenn mit einer wachsenden Kriminalisierung totalverweigernder Männer deren Widerstandswillen immer unverhohlener mit Knast gebrochen werden soll.

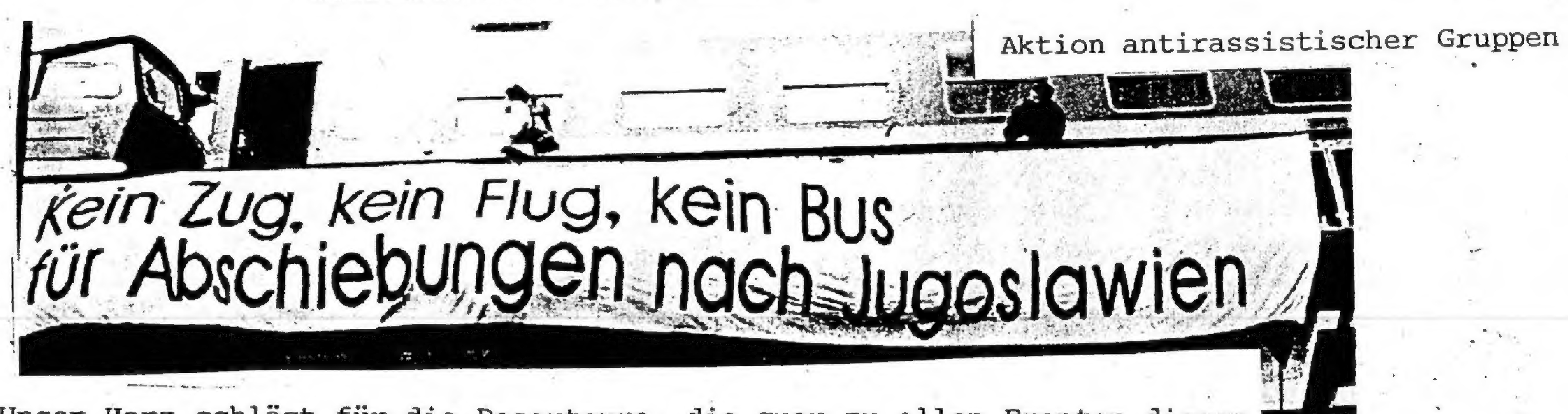
Explosionsgefährlich

Wenn wir einen verkürzten Rückblick auf die Entwicklung der militärpolitischen Prozesse ab 1992 vornehmen, wird klarer, wohin die unangenehme Reise des Schlachtschiffs Europa gehen könnte, wenn wir - allesamt, die Willens sind - das Ding nicht irgendwie zum Kentern bringen. Spätestens seit Anfang Mai 92 wurden die öffentlichen Weichen für die neue deutsche Kriegspolitik gestellt. Generalissimus Klaus Naumann forcierte in einer aggressiven Ansprache in Leipzig vor Kommandeuren den neuen Kurs. Er forderte "harte, gefechtsnahe Ausbildung" von Soldaten, nannte diese "bequem und weinerlich" und markierte mit seinem Satz - bezogen auf die Moral der Soldaten - , daß "der Fisch zuerst vom Kopf her stinkt", eine schärfere Ausbildung der Soldaten hinsichtlich ihrer Kriegsverwertbarkeit, das heißt eine stärkere Zurichtung und Formierung der Männer zu soldatischen Männern.
An Naumann, dem Bewunderer von "Fritz dem Doofen", Soldat seit seinem 19ten Lebensjahr, sollten hinsichtlich seiner Ziele keine Zweifel bestehen: Der Mann, der sich selbst als "Gewissenstäter" bezeichnet, will unter ausdrücklicher Einbeziehung der Wehrpflichtigen eine Kriegs- und angriffsfähige Armee aufbauen, deren praktische Erprobung von Kambodscha über Somalia nach Ex-Jugoslawien reicht und weitergehen



wird. Bereits im November 92 setzte er mit Rühe, dem Kriegsminister, die verteidigungspolitischen Richtlinien für den militärpolitischen Bereich mit folgenden Positionen: "Deutschland ist eine kontinentale Mittelmacht und exportabhängige Industrienation. Zu den vitalen Sicherheitsinteressen deutscher Politik gehören deshalb der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung." Somalia war nur die Zwischenstation gewesen; niemand redet heute mehr über die Absurdität dieses Blauhelmeinsatzes (und den Schweinereien beispielsweise der kanadischen Einheiten), war er doch Mittel zum Zweck der Etablierung einer militärischen Weltpolizei einerseits und Profilierungstor für die Scharfmacher RüheSchäubleNauMannKohl und ihrer deutsch definierten Interessen. Jugoslawien ist die nächste Station in diesem widerlichen "Spiel" geworden. Die "deutsche Wehrmacht" darf sich wieder gegen den Osten ausbreiten, legitimiert von einer Weltöffentlichkeit, die - von den medialen Dauerbombardements manipuliert und resigniert - keine anderen Lösungen mehr denken kann als die vorgefertigten "friedensstiftenden Maßnahmen" der militärischen Intervention.

Aktion antirassistischer Gruppen



Unser Herz schlägt für die Deserteure, die quer zu allen Fronten diesem beschissenen Krieg den Rücken gekehrt haben. Wenn wir uns auf die "exjugoslawishen" Deserteure beziehen, dann nicht, weil wir glauben, daß sie als Männer mit der Desertion ihre Rolle im Patriarchat abgelegt hätten, sondern als positiven Anknüpfungspunkt an Männer, die an einer Stelle in ihrem Leben ihrer Aufgabe als soldatischer Mann nicht nachkommen. Jeder Deserteur stellt wissentlich oder unbewußt die Prinzipien des patriarchalen Modells in Frage, eines Modells, das von sich bekriegenden nationalen Herrschaftsgebilden ausgeht. Jeder Deserteur unterläuft das Berechtigungsschema, das angeblich den Verteidigungsfall eines Volkes begründet und in seiner Definitionsmacht auf Sprache, Kultur und Aussehen zurückgreift. Jeder Deserteur weist mit seiner Handeln den Besitzanspruch des Staats an den Diener des Staats, den Mann, zurück.

Anders ausgedrückt: In der Flucht davor, sich militärisch verwursten zu lassen und sich selbst wichtiger zu nehmen als das national konstruierte Interesse, steckt ein Hauch von Fundamentalopposition. Und das sollte in dieser Bedeutung wahrgenommen werden. Es hat schon immer Männer gegeben, die sich geweigert haben, am Patriarchat mitzuwirken, nur haben wir das in der REgel ebensowenig erkannt wie die Deserteure selber.

"Sie haben nie darüber gesprochen, aber nach ein paar Wochen nach ihrem ersten Heimaturlaub haben sie ihre Uniformen vergraben. Die wollten nie wieder dahin zurückkehren." Ein "serbischer" Mann beschreibt seine Freunde, die von der Front zurückkamen, mehrere von ihnen waren getürmt. Welche persönlichen Ängste und schrecklichen Erlebnisse auch dazu geführt haben, daß Männer nicht gegen ihre Nachbarn kämpfen wollten, daß sie nicht am Sieg teilhaben und Frauen vergewaltigen wollten, daß sie keine Unbekannten ermorden wollten, daß sie geflohen sind: Es sind mehr als 400.000 Männer und Jungen quer zu allen Fronten desertiert! Über 400.000 Flüchtlinge, MännerFrauenjungalt, erreichten "Deutschland". Jeder Mann im wehrfähigen Alter ist als Fahnenflüchtiger und Deserteur zu betrachten.



Statt "Euro-Pride" kommt "Euro-Plight".
CSD-Demo gegen Mainstream des schwulen Ghettos

Wir fordern ein uneingeschränktes Bleiberecht aller Flüchtlinge!
4.000 "deutsche" bewaffnete männliche potentielle Mörder und Vergewaltiger und andere Militärs helfen, die Ergebnisse eines schmutzigen Kriegs abzusichern und die neuen Grenzen zu manifestieren. Der Aufbau der Gesellschaft unter militärischer Kontrolle bedeutet, daß dort eine militarisierte Gesellschaft nach den nationalistischen Prinzipien des jweils von "anderen" gesäuberten Landes entsteht. Wer sich in jenem Land nicht mehr zurechtfinden kann oder will, hat das Recht, hierzubleiben.
Der Aufschrei der westlichen Welt angesichts dieses Kriegs war aus den Mündern von Politikern, Militärs und Wirtschaftsbossen eine Heuchelei sondergleichen, ging es doch seit Beginn des Kriegs nur darum, wie dieser den eigenen Interessen dienlich sein kann. Die Anerkennungspolitik der "deutschen" Regierung hat den Konflikt nationalkonstruierter Interessen angeheizt und mitzuverantworten. Kriegsgewinnler und deutsche Militärs lagen gleichermaßen auf der Lauer, um - von unterschiedlichen Vorstellungen her - in einer Allianz in das Land einzufallen. Während die Kriegsgewinnler ihre Investitionen zur Befriedigung unersättlicher Profitgier absichern wollen, kämpft sich Deutschland den Weg zum Sitz in den Weltsicherheitsrat mit jedem noch so schmutzigen Trick frei.

Wir, die gesamte Restlinke, oder wie immer wir uns gerade definieren, haben es nicht vermocht, diesem Krieg und den "deutschen" Positionen unseren Widerstand entgegenzuschleudern. Jetzt haben wir noch einmal die Chance, gegen die allgemeine Militarisierung des Gesellschaftlichen Zeichen zu setzen. Bremsen wir jeden Zug mit unfreiwillig rückgeführten Flüchtlingen, stoppen wir jeden Bus, knipsen wir die Kommunikationsstränge auf den Flughäfen durch, willigen wir nicht ein, daß jene abgeschoben werden, die dem Krieg die normalste Handlung der Welt, die Flucht, entgegensetzten.

Die Bedeutung des "ex-jugoslawischen" Kriegs für die Gesellschaft, in der wir aktuell leben müssen, ist unserer Ansicht nach weitgehend unterschätzt worden. Unsere Köpfe und Herzen werden an die eingeimpfte Erkenntnis gewöhnt, daß Konflikte nur mit den Mitteln des Stärkeren zu lösen sind, der Stärkere die Bedingungen des Sozialen diktiert und das soldatisch-zugerichtete Männer wieder einen Sinn in der Neustrukturierung patriarchaler Herrschaft machen. Patriarchale Männlichkeit wird noch stärker zu einem unwidersprochenen Wert erhoben. Die Zurichtung von Männern zu soldatischen Männern, bzw. deren freiwillige Formierung in Söldnerheeren, in militärischen Strukturen, die im Alltag den Kampf gegen "Unmännliches, Weibliches" führen wollen, werden noch stärker zum Tragen kommen. Ein kriegerisches Verhältnis zu anderen Ländern oder das Einbunkern in der deutschropäischen Festung bleibt nicht ohne Wirkung auf die eigenen sozialen Bezüge und das zivile Leben. Die Militarisierung der Köpfe bedeutet auch ein höheres Maß an Gewaltbereitschaft gegen "Abweichungen" und führt dazu, daß Konflikte mehr und mehr gewalttätig und nicht vermittelnd gelöst werden.



Zurichtung von Jungen und Mädchen im Faschismus zu Soldaten und Mütter

Moslemischer Junge während des Krieges in Jugoslawien



Antimilitarist gegen Fischermens Konzept (Feuerlöschen mit Benzin)

Der Krieg in Jugoslawien ist unserer Meinung nach auch hier geführt worden. Wir sollten unsere eigene Niederlage in Bezug auf unsere fehlende Position während des "ex-jugoslawischen" Kriegs nicht noch dadurch vergrößern, daß wir nun auch noch den Abschiebungen zusehen. Im Gegenteil: Uns bietet die Auseinandersetzung um Desertion und Totalverweigerung die Möglichkeit, zu einer antipatriarchal/antimilitaristischen Grundposition gegen zukünftige Kriege zurückzufinden. Wir haben nicht daran geglaubt, daß es in dem Krieg auch nur eine "gerechte" Seite hätte geben können. Wir haben auf die Entwaffnung aller militärischen Männerbünde und -heere gesetzt, auf die Zersetzung aller soldatischer Mann-Stukturen.

Die Frage der Neubestimmung militanter Praxis gegen Herrschaft führte einige von uns immer wieder zur Abgrenzung vom Militarismus. Heute stellt sich uns die Frage, wie aus der Abgrenzung von militaristischen Prinzipien und soldatischen Tugenden die Kriterien für eine antipatriarchal bestimmte Militanz und einen sozialen Mann erwachsen könnte. Antipatriarchale Militanz von Männern müßte - so eine unserer Thesen - darauf ausgerichtet sein, die institutionalisierten und wilden MÄnnerbünde und -banden zu entwaffnen. Ziel ist es nicht, die Macht über sie zu erringen, sondern Herrschaft zu zersetzen. Antipatriarchal bestimmte Gewalt hat ausschließlich das Ziel der Spaltung, der Zersetzung der MÄnnerblöcke und patriarchalen Werte, die Schwächung der Kampfkraft, ohne selbt ein neues Heer zu kreieren, die geistige wie materielle Entmachtung und Entwaffnung. Das ist die These. Die Diskussion um die Neubestimmung einer Militanz mit antipatriarchaler Ausrichtung und neuen sozialen Entwürfen kann nicht von uns allein geführt oder getragen werden. Das gilt auch für die Frage, was ein sozialer Mann gesellschaftlich heißen könnte. Wir wünschen uns dazu eine Diskussion mit allen noch existierenden fundamentaloppositionellen, egalitär orientierten Gru ppen und Personen. Uns geht es darum, den gesellschaftlichen Prozeß der nationalchauvinistischen Mobilisierung und deutsch definierten Interessen zu begreifen, die innere wie äußere Formierung von Männermacht aufzuspüren, die Zurichtung von Jungen und MÄnnern auf dem Hintergrund des aktuellen patriarchalen Rollbacks deutlich zu machen, nach Blockade- und Sabotagepunkten zu suchen und in gesellschaftliche Widersprüche hineinzuwirken. An folgenden Fragen orientieren wir uns in der Diskussion: Wie können wir jetzt Gegenakzente setzen, wenn Kriege



mit noch mehr Militär befriedet werden sollen, wenn Flüchtlinge in eine militarisierte Gesellschaft zurückgeschickt werden und unter Bewachung des Militärs in nationalkonstruierte Schubladen gesteckt werden?

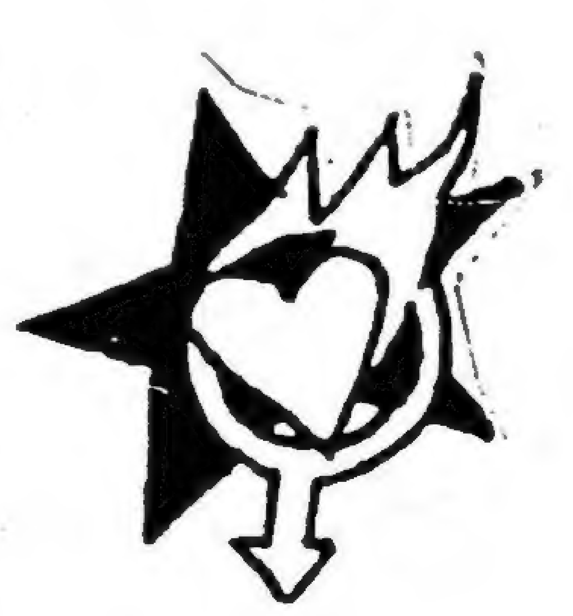
Was meinst Du?

Für die Entwaffnung aller patriarchalen Männerbünde

An welchen Stellen können wir die deutschropäische Einigung und Festungspolitik angreifen und löchern? Wie können wir gegen den Zusammenbruch des Sozialen eine Utopie entwickeln, die den Interessen "deutscher" Formierung und Militarisierung eine lebendige Position entgegensetzen kann und Basis von Widerstand sein kann?
So, wie die Militarisierung der Köpfe und Herzen die Vorbereitung künftiger Kriege darstellt, so müssen wir uns heute auf die Suche nach Konzepten gegen Militarisierung, Zurichtung soldatischer Männer bzw. deren freiwillige Formierung machen, wenn wir zukünftige Kriege im Ansatz sabotieren wollen. Um unserer selbst willen!
Kein Frieden mit dem Patriarchat!

Jedes Herz ein Zeitbombe -
werden wir Sand im Getriebe der Macht!

AbschiebeRekrutenzüge stoppen!
Totalverweigerung gegen MännerBUND !
Entwaffnung aller patriarchalen Männerbünde und -banden!
Bohren wir Löcher in die Festung Europa - für freies Fluten!
Sabotieren und blockieren wir die Zurichtung der Männer!
Soziale Männer statt soldatischer Panzer!



Lebt **radikal** antipatriarchal!

Für eine Gesellschaft ohne (Abschiebe-)Knäste!
Solidarität mit den Abgetauchten!

Unterstützen wir (total-)verweigernde türkurdische Männer!

Prima Wurfanker gegen Castor-X und andere Schweinereien

FLAMMENDE HERZEN und Freunde
Januar 1996

KLEINER LEITFADEN ZUR BEHINDERUNG VON BAHNTRANSPORTEN ALLER ART

einfach, kostengünstig, häufig wiederholbar

Vorweg: Das Gleisnetz der Bahn ist gespickt mit Appararuren, die einen sicheren und möglichst reibungslosen Verkehrsfluß garantieren sollen. Unsere Aufmerksamkeit galt solchen Anlagen, deren Sabotage die Sicherheit von Menschen nicht gefährden, aber dennoch möglichst viel Reibung im Verkehrsablauf verursachen würden - und wir haben etwas gefunden!

Zum besseren Verstehen ein klein wenig Bahnkunde :
Im Bahnbetrieb werden die Gleisstrecken in einzelne aufeinanderfolgende Streckenabschnitte eingeteilt, die überwacht und abgesichert sind. Es darf sich jeweils nur ein Zug in einem Abschnitt befinden !
Die Absicherung wird bewerkstelligt über Signale und die Überwachung läuft über elektronische Meldeeinrichtungen (Sensoren) .

- Befindet sich ein Zug in einem Streckenabschnitt (nennen wir ihn A), so zeigt das zugehörige Hauptsignal Rot; das bedeutet: Streckenabschnitt A ist besetzt, kein anderer Zug darf in diesen Abschnitt einfahren.

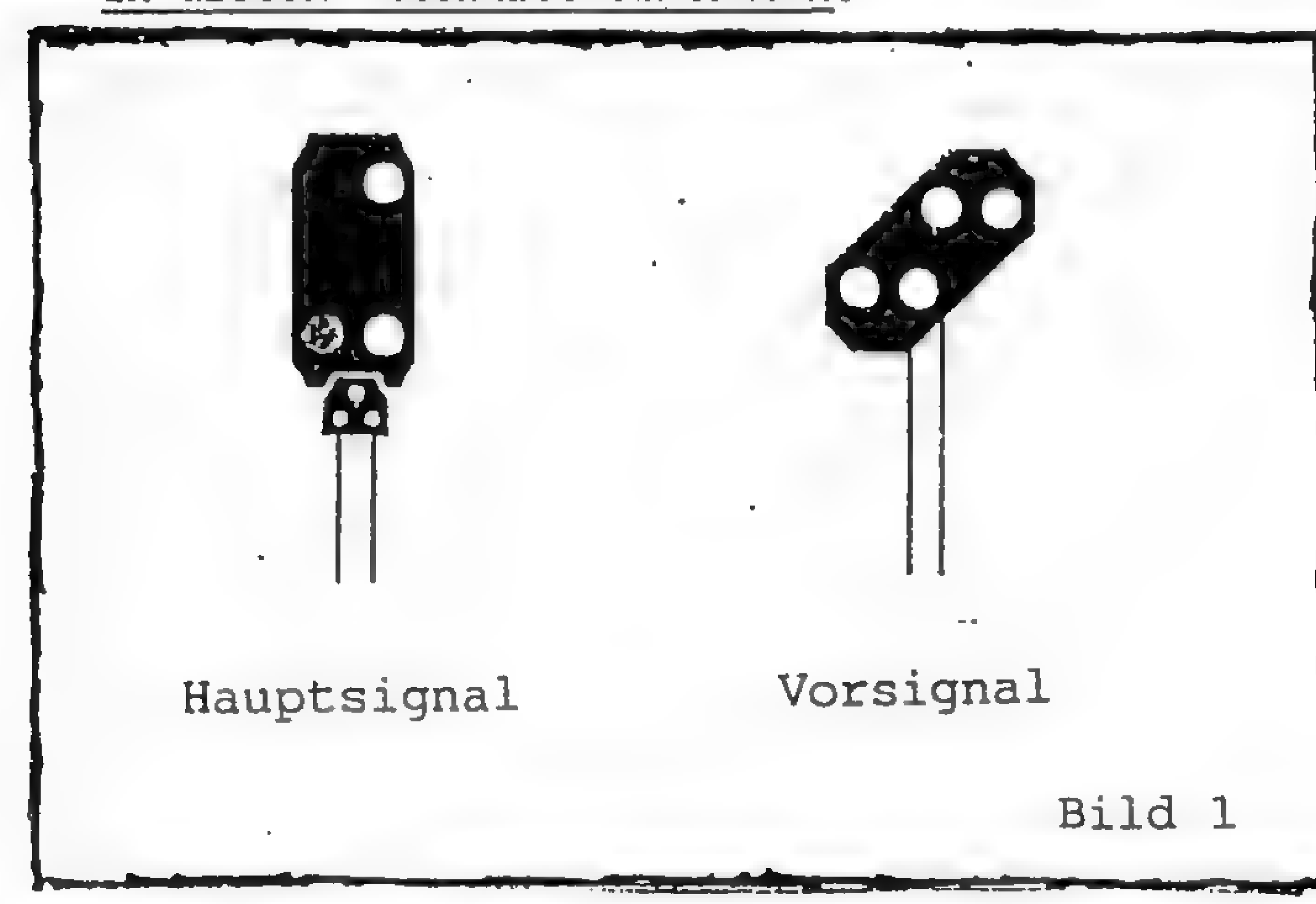


Bild 1

- Zum Hauptsignal gehört ein Vorsignal. Es zeigt dasselbe an, wie das zu ihm gehörige Hauptsignal(Haupts.=Grün/Vors.=Grün;Haupts.=Rot/Vors.= Gelb) und steht 0.6 bis 1Km vor diesem.

  Passiert ein Zug ein Gelb zeigendes Vorsignal, muß der Zugführer/die Zugführerin eine Bremsung einleiten, um so vor dem Rot zeigenden Hauptsignal zum Stehen zu kommen.
- Den aktuellen Zustand eines Streckenabschnittes (besetzt/frei) ermittelt eine elektronische Achs-/Radzähleinrichtung. Sie befindet sich direkt am Gleis un zählt, wieviele Räder (und somit Achsen) an ihr vorbeirauschen.
- Im Zeitalter des HighTec werden Signale selbstredend nicht per Knopfdruck vom Stellwerk aus bedient, sondern per Elektronik. Dabei kommen verschiedene Sicherungs- und Leitsysteme zum Einsatz (wobei die Beschreibung sich auf diejenigen Aspekte beschränkt, die für uns hier von Interesse sind) :

  a) selbständiger Streckenblock (blocken=sperren)
  Bei diesem System wird schaltungstechnisch eine Abhängigkeit der einzelnen Sicherungs- und Überwachungseinrichtungen untereinander hergestellt. Beispiel: Zug fährt in Streckenabschnitt A ein; Signal A schaltet auf Rot= Abschnitt A ist besetzt; Achszähler A zählt 18 Achsen; Zug nähert sich Streckenabschnitt B, Signal B zeigt Grün, Zug kann in Abschnitt B einfahren; Achszähler B zählt 18 Achsen= Zug ist in Abschnitt B eingefahren= hat Abschnitt A verlassen; Abschnitt A ist wieder frei, Signal A schaltet auf Grün; Zug nähert sich Abschnitt C, ...
  Die Grundstellung der Signale ist Grün. Nur wenn der betreffende Abschnitt besetzt ist, zeigt das Signal Rot.

  b) Zentralblock
  Bei diesem System ist die Grundstellung der Signale Rot (auch wenn der betreffende Abschnitt frei ist). Nähert sich ein Zug Abschnitt A, wird vermittels eines Achszählers beim Computer des zuständigen Stellwerks "Grün für Signal A" angefordert; dieser prüft, ob dem etwas entgegensteht und gibt gegenenenfalls Abschnitt A frei (Signal A schaltet auf Grün); bei der Einfahrt des Zuges in den Abschnitt schaltet Signal A auf Rot; Zug nähert sich Abschnitt B ; Anfrage; Prüfung; ...

  Durch Beobachten der Signale kann mensch feststellen, nach welchem System die Strecke gesichert ist. (So kann Euch z.B. ein auf Grün schaltendes Signal mitteilen, daß gleich darauf ein Zug kommen wird.)
- Fallen ein oder mehrere Achszählgeräte aus, geht damit der Elektronik/dem Computer Information über den Streckenzustand verloren. Die betreffenden Signale schalten erstmal auf Rot und sind nurdurch Sonderbefehl dazu zu bewegen, diesen Schaltzustand wieder aufzugeben. Das hat zur Folge, daß die jeweiligen Züge erstmal vor dem Signal halten müssen, nach Rücksprache mit dem für den Streckenabnschnitt zuständigen Stellwerk die Fahrt langsam und mit erhöhter Wachsamkeit fortsetzen und erst im nächsten Abschnitt - soweit dieser keine Probleme meldet - das normale Fahrtempo wiederaufnehmen.
- In der Regel befinden sich die Achszählgeräte für beide Richtungen an der gleichen Stelle.

Es gibt eine Vielzahl weiterer Einrichtungen zur Sicherung/Überwachung des Gleisnetzes. Wir beschränken uns hier auf zwei Typen von Achszählgeräten, mit deren Funktion wir uns vertraut gemacht und deren Sabotage wir getestet haben (Bild 2,3).

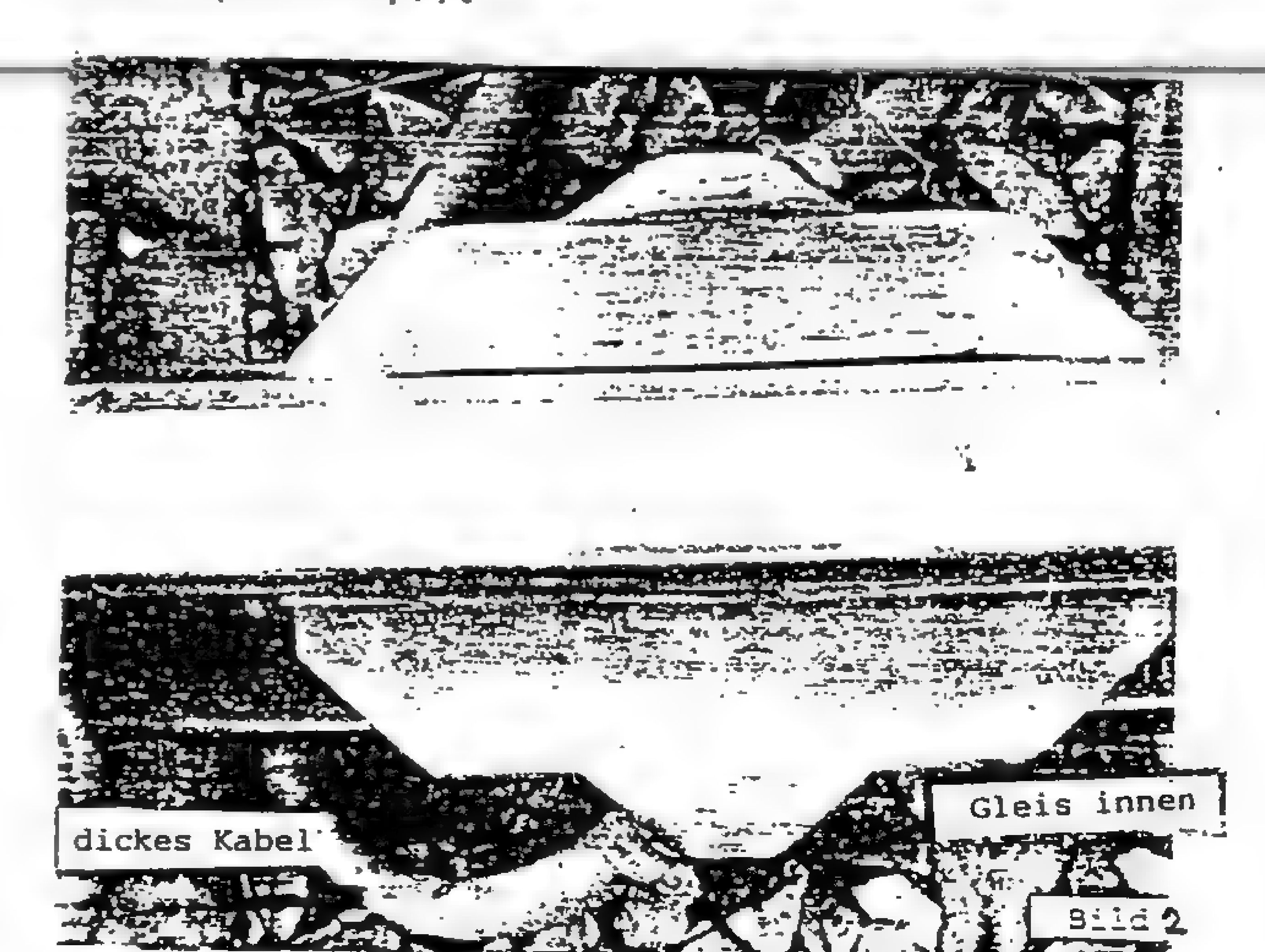


Bild 2

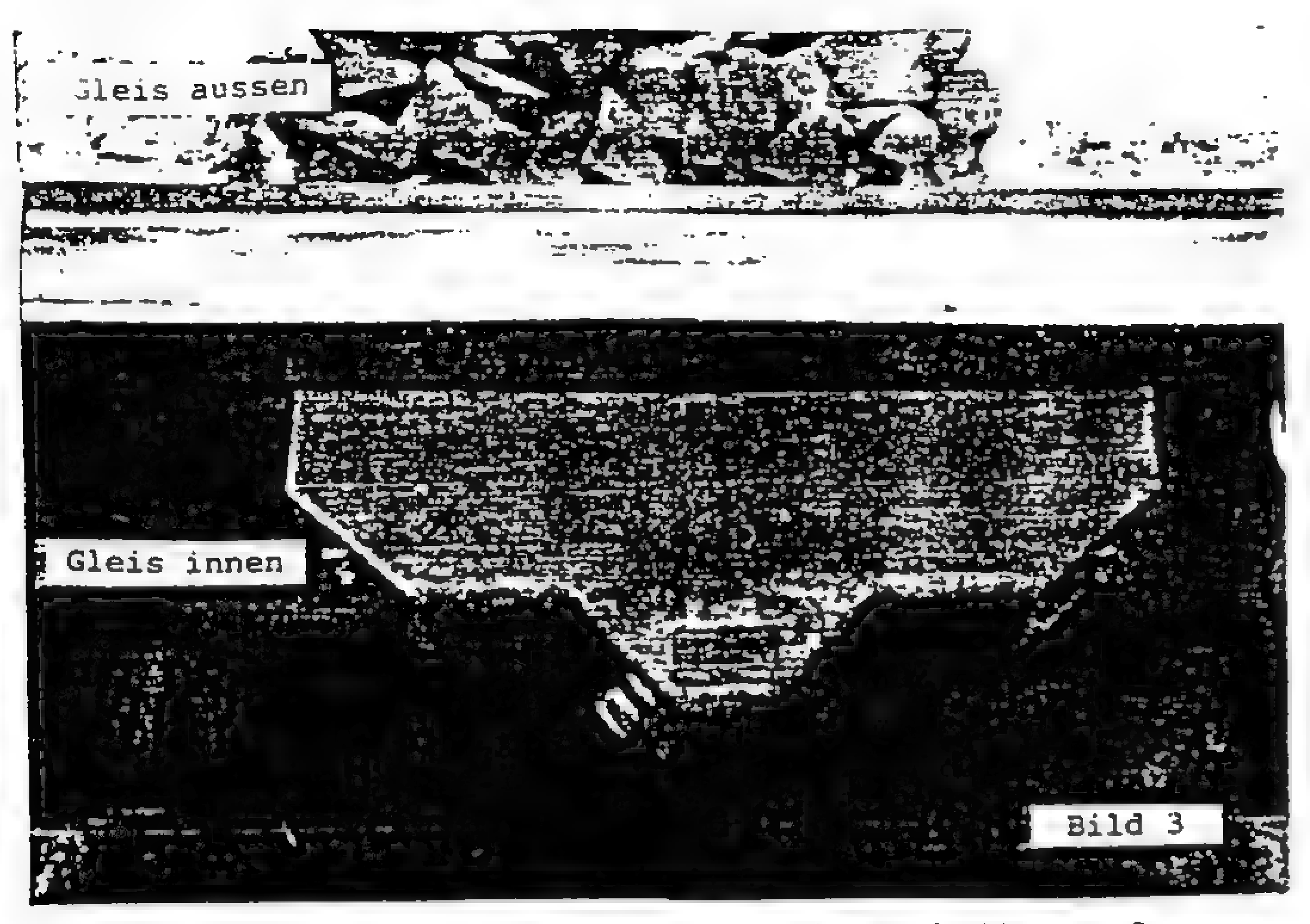


Bild 3

Angesichts des Risikos, das ein panneköpfiges, gedankenloses Herumfummeln an bahntechnischen Einrichtungen katastrophale Folgen haben kann, raten wir dringendst: Geräte, deren Bestimmung/Funktion nicht genau bekannt sind, sind Tabu! Dazu zählen für uns z.B. die INDUSU (induktive Zugsicherung; Bild 4), auf die Ihr mit Sicherheit bei der Suche nach Achszählern stoßen werdet. Sie sind optisch leicht von diesen zu unterscheiden; augenfällige Merkmale sind eine ebene, rechteckige Oberfläche und ihre Positionierung am Gleis, nämlich an der Außenseite der Schiene mit einigen cm "Luft" zwischen Schiene und Gerät.

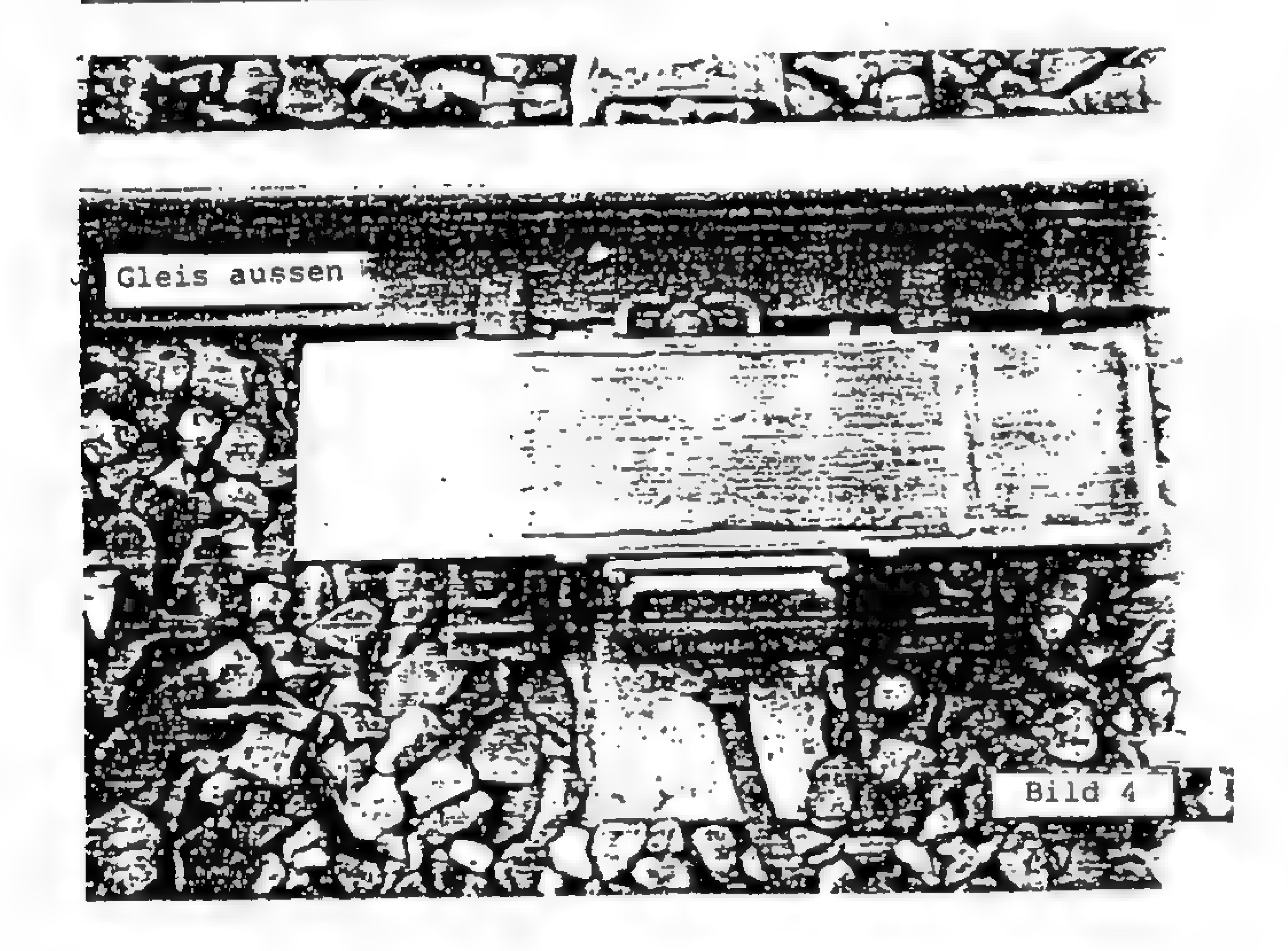
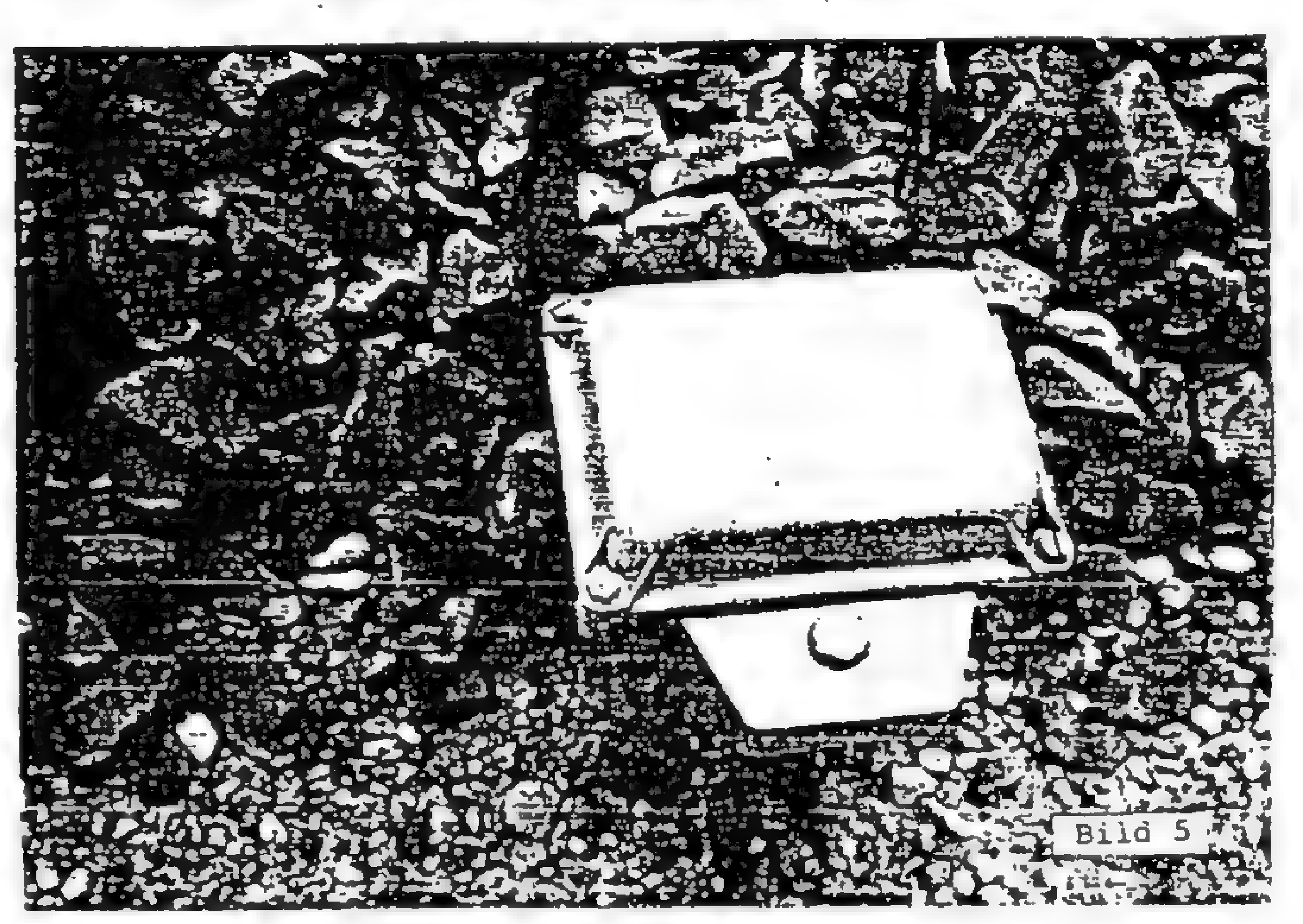


Bild 4

So, mit diesem bißchen Grundwissen könnt Ihr Euch auf die Suche nach "Eurem" Achszähler machen. Ideale Fundorte sind die Umgebung von Signalen auf freier Strecke.
Beim gelangweilten Blick aus dem Abteilfenster während einer Zugfahrt fallen ab+an Schilder auf, die Ihr ähnlich von Autobahnabfahrten kennt: Barken mit 1,2 und 3 Diagonalbalken. Sie geben die Entfernung zum Vorsignal an.
Damit habt Ihr (wahrscheinlich) den Anfang eines Streckenabschnittes gesichtet. Achtet auf die Oberleitungsmasten; sie haben kontinuierlich fortlaufende Nummerierung, das erleichtert das spätere Auffinden der Stelle.
Das Aussteigen aus dem Zug, den Weg zurück und das Robben durchs Unterholz sparen wir mal aus und nehmen an, Ihr steht mit dornenzerkratzten Händen und Tannennadeln im Haar an der Bahntrasse in der Nähe "Eurer" Stelle.

Nehmt Euch etwas Zeit, sucht Euch einen guten Platz und verschafft Euch ein Gefühl für die Umgebung und die Verkehrssituation dort - wobei es hilfreich ist, Uhr und Fahrplan dabeizuhaben. Dann beginnt die Suche. Bei dem oben erwähnten gelan gweilten Blick aus dem Fenster müßte Euch außerdem aufgefallen sein, daß sich am Rande der Gleisanlage "Kästen"(Bild 5) mit gelben Deckeln (in der DDR oft noch grau) befinden - so auch dort, wo Ihr jetzt steht. Meistens sitzen sie auf kurzen, aus der Erde ragenden Rohrstummeln.

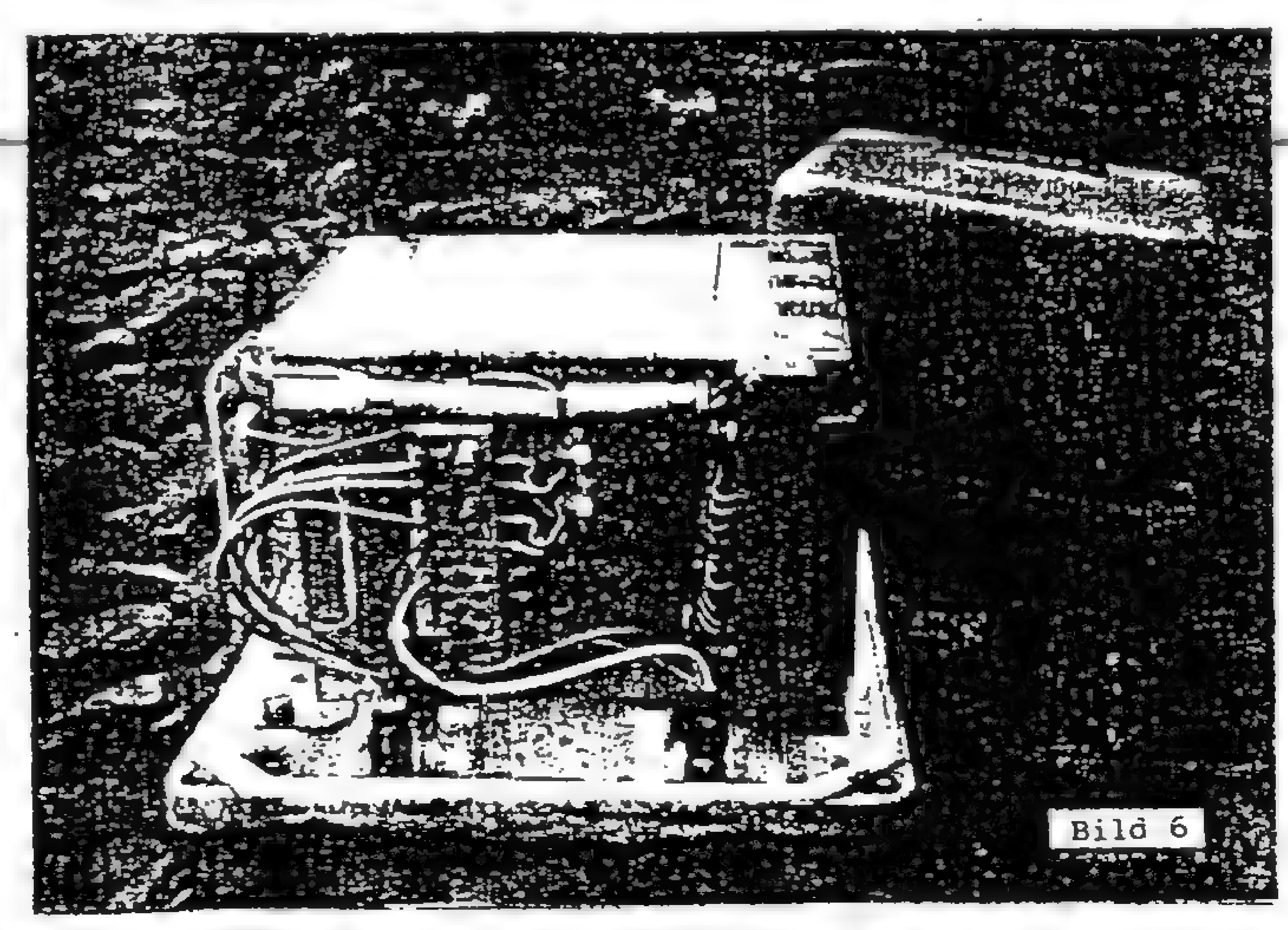

Bild 5

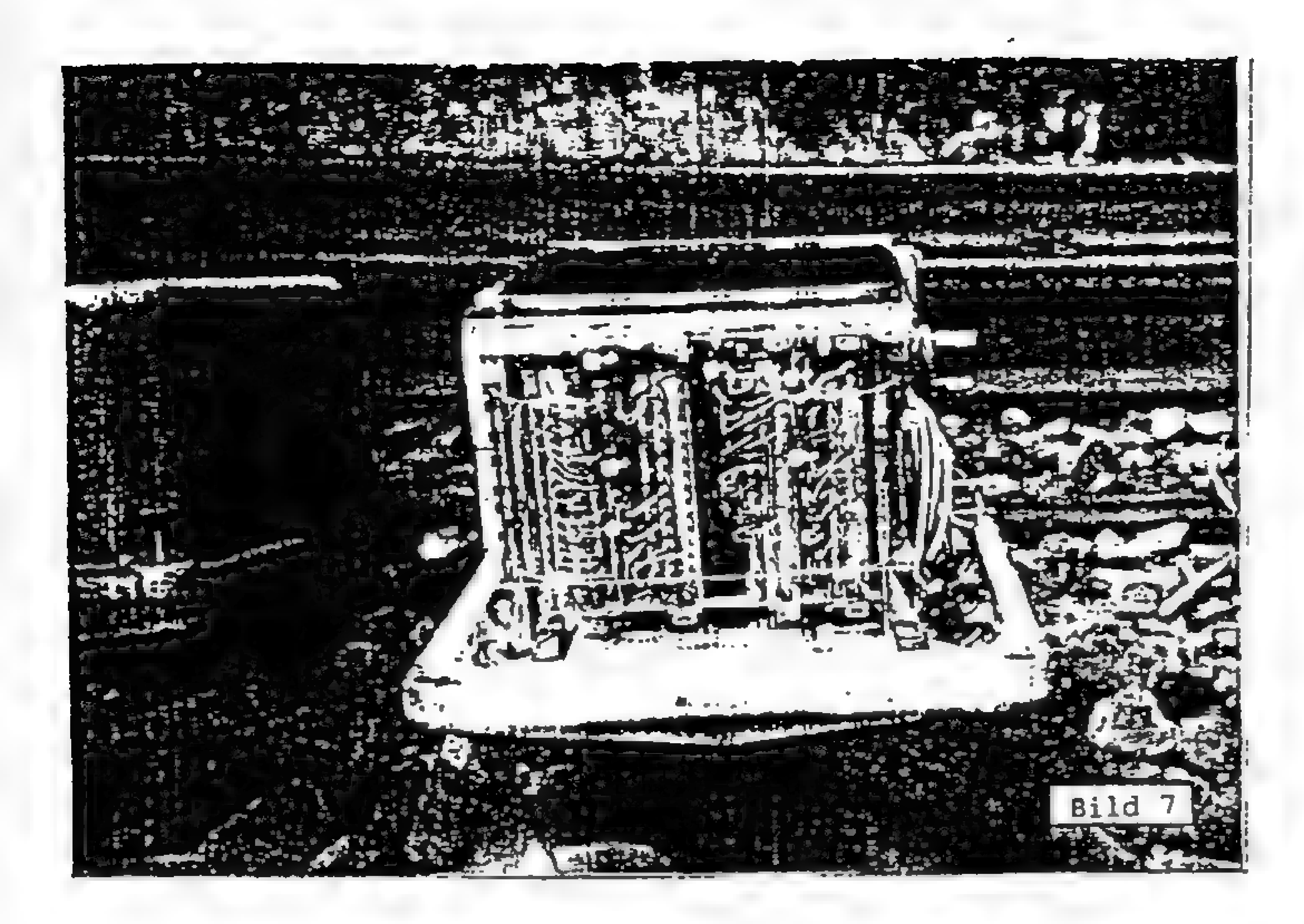
Schaut nach, was sich auf der Höhe eines solchen Kastens am Gleis befindet. Als Orientierung dient eine recht dicke Leitung (stabiler Panzerschlauch; siehe Bild 2+5), die vom Kasten aus zum Gleis führt. Sie mündet in ein Gerät, welches direkt an die Schiene montiert ist. (Ist dem nicht so, setzt Eure Untersuchung beim nächsten Kasten fort - es müssen mehrere dort sein.)
Seht Euch das Gerät genau an (aber Vorsicht beim Rumturnen auf den Gleisen, Züge habe lange Bremswege!)
Die beiden Typen von Achszählgeräten, die wir hier vorstellen, sind recht einfach zu identifizieren. Sie sehen - von oben draufgeguckt - aus wie trapezförmige Stahlklötze und sind

- als Einzelstück an der Innenseite (Bild 3), oder
- als Doppel an der Innen- und Außenseite derselben Schiene (Bild 2) befestigt.

Damit seid Ihr am Ziel Eurer Suche!
Nun wendet Euch erneut dem Kasten zu, denn um ihn geht es.

- Kästen, die zu einem "Doppeltrapez" gehören, sind vollgestopft mit Elektronik (Einschubplatine; Bild 6+7)


Bild 6


Bild 7

- Gehört der Kasten zu einem "Einzeltrapez" (Bild 5), befindet sich darin eine Klemmleiste, auf der die ankommenden und abgehenden Kabel miteinander verbunden sind.

Was Ihr mit dem Inhalt des jeweiligen Kastens anstellt, bleibt Eurer Phantasie überlassen, die Palette reicht von Kabel-Durchzwicken (selbstverständlich mit isoliertem Werkzeug) bis Totalschaden.

Noch ein paar Gedanken zum Schluß: Soll das Ganze über einen rein symbolischen Akt hinausgehen, ist sowohl der Zeitpunkt als auch der Umfang der Außerbetriebnahme von Bedeutung. Geht es um einen ganz bestimmten Zug, der Euch wichtig ist, sollte der Zeitpunkt so gewählt werden, daß der Zug nicht vorher auf eine andere Strecke umgeleitet werden kann. Umgeleitet werden kann er prinzipiell auch auf das Gegengleis, um so die Problemzone zu umfahren - also: beide Richtungen sabotieren. Außerdem gilt; je massenhafter die Ausfälle auf einer Strecke sind, desto lahmer kriecht der Zug seinem Ziel entgegen.

Und sollte uns irgendwannmal zu Ohren kommen, daß die Marketingabteilung der DB über die Ursache einer rasant ansteigenden Nachfrage nach Bahncards rätselt, die zu beobachten ist im Vorfeld von Rekruteneinziehungsterminen, Abschiebetransporten mit Deserteuren aus Ex-Jugoslawien und Flüchtingen überhaupt, Friedensgütertransporten, Castortransporten und anderes ekliges mehr - wenn das passiert, dann freuen wir uns riesig und trinken einen darauf (mindestens).

Bullen verwüsten das Leoncavallo (Mailand)

Worüber keine deutsche Zeitung ein Wort verliert, das hat in Italien eine Welle der Empörung ausgelöst: die Durchsuchung und Verwüstung des besetzten Zentrums Leoncavallo in Mailand. Am Morgen des 19. Dezember drangen um 6.30 Uhr mehrere Dutzend maskierte und schwerbewaffnete Spezialbullen in das Zentrum ein, fesselten die Anwesenden - etwa 20 hatten die Nacht im Gebäude verbracht - schlugen sie und knebelten sie mit Klebeband. Dann machten sie sich systematisch an die Zerstörung von allem, dessen sie habhaft werden konnten: aus der Bibliothek rissen sie Bücher heraus und pißten darauf; Videokassetten wurden zertrampelt und mit Lack übergossen; Kabel wurden herausgerissen, Kacheln zerschlagen, alle Fenster zerschlagen; die Lichtanlage und die PA wurde, noch bevor sie beschlagnahmt wurde, zerstört; besonders hatten sie es auf die Räume des European Counter Networks (ECN) abgesehen, einer autonomen Mailbox. Dort zerstörten sie etwa zehn Computer, blockierten die Tastaturen mit Silikon, und wieder pißten sie auf die Geräte. Zum Abschluß schmierten sie mit roter Lackfarbe Hakenkreuze und Davidsterne an die Wände der Räume.

Und warum das alles? Der Vorwand der Bullen: Ruhestörung und Drogenbesitz. Die angebliche Ruhestörung der Umgebung des Zentrums sollte die Beschlagnahme der PA rechtfertigen, der Verdacht auf Drogenbesitz die Durchsuchung und die Festnahmen von sieben Leuten. Gefunden wurde allerdings nur 20 g Haschisch, vier italienische Canabispflanzen und 20 Liter aromatierter Grappa. Doch diese Vorwände sind nur allzu leicht zu durchschauen. Es ging vielmehr darum, die Infrastruktur des Zentrums auf absehbare Zeit lahmzulegen und die AktivistInnen zu erniedrigen - deshalb die Hakenkreuze und das Pissen. Es sollte ein Signal an alle anderen kämpferischen Projekte in Italien sein: Rebellion wird jetzt so beantwortet.

Nach fünf Stunden Verwüstung konnten JournalisInnen das Werk der Bullen besichtigen. Italienische Zeitungen berichteten relativ ausführlich über diese unglaubliche Bullenaktion. Vergleiche wurden gezogen zur den faschistischen Squadri, SA-ähnlichen Banden, die in den frühen 20er Jahren das Land terrorisierten; oder Vergleiche zu Chile 1973. Die Bullenspitze reagierte, indem sie nicht reagierte: die Vorfälle habe es nicht gegeben. Die Empörung über diese staatsterroristische Aktion löste eine breite Welle der Solidarität aus, von der auch Gruppen und Organisationen erfaßt wurden, die sich bislang meist von den "bösen" Autonomen des Leonka distanziert hatten. Die Solidarität fand einen Ausdruck in der gewaltigen Demonstration vier Tage später, als mehr als 10.000 Leute gegen die Zerstörung des Leonka und gegen die staatliche Drogenpolitik protestierten. Und in der spontanen praktischen Solidarität für den Wiederaufbau des Zentrums.

Die Leoncavalline/i freuen sich über Soli-Faxe. Die Fax-Nr. ist 0039-2-26820360.

Militante Vegetarier

■ Senftenberg – Militante Vegetarier haben am Sonntag früh in Senftenberg (Oberspreewald-Lausitz) die Schaufenster einer Fleischerei eingeschlagen und an einer Firmentafel Aufkleber gegen den Verzehr von Fleisch angebracht.

Wie die Polizei gestern weiter mitteilte, waren auf den Aufklebern ein Schlachtemesser mit Blut und die Aufschrift „Fleisch ist Mord“ sowie die Parolen „Kampf dem Aasfraß“ sowie „Feuer & Flammen für Schlachthäuser“ angebracht.

AUFRUF ZU HÄUSERKAMPF- AKTIONSTAGEN VOM 13.1.- 20.1.1996

Radikal und mietfrei ins nächste Jahrtausend !

Unglaublich, aber wahr: obwohl wir mitten im boomenden Berlin wohnen, zahlen wir keinen Pfennig Miete! Das ist kein Wunder und kein Zufall: wir haben leerstehenden Wohnraum besetzt und leben dort, teilweise seit Jahren, ohne Mietverträge. Wir sind die BesetzerInnen der "illegalen" Häuser Kreutzigerstr. 21, Niederbarnimstr. 23, Rigaerstr. 83, Scharnweberstr. 28, Palisadenstr.49 (Friedelhain); Linienstr. 158/159, Kleine Hamburgerstr. 8 (Mitte); Pfarrstr.88 (Lichtenberg) und Marchstr. 23/ Einsteinufer 41 (Charlottenburg). In den letzten Wochen haben wir uns zusammengeschlossen, um uns gemeinsam gegen die in diesem Jahr drohende Räumung unserer Häuser zu wehren. Wir organisieren vom 13. bis 20. Januar Häuserkampf-Aktionstage mit Musik- Diskussions- und Informationsveranstaltungen in verschiedenen Häusern, Straßenaktionen und eine Abschlußdemo. Wir machen das, um alte Bekanntschaften aufzufrischen und neue FreundInnen zu gewinnen. Alle Kräfte sollen gebündelt werden, um die bedrohten Projekte zu halten. Gemeinsam sind wir UNAUSSTEHLICH!

Häuser besetzen- Sowieso! Leben in besetzten Häusern.

Kein Vermieter! Keine Miete! Wir sehen es nicht ein, daß der/die VermieterIn sich an dem Zwang, daß Mensch ja irgendwo wohnen muß, bereichert. Menschengerechter Wohnraum halten wir für ein Grundrecht, mit dem kein Geld verdient werden darf. Wir haben intakte, oft aus Spekulationsgründen leerstehende Häuser besetzt und vor Abriß oder Luxussanierung gerettet. Jetzt bestimmen wir selbst, Zusammenleben/ lachen/ streiten gibt uns die Kraft, immer wieder erfolgreich für uns und unsere Hausprojekte zu kämpfen- alleine ist das nicht zu schaffen. Wir mischen uns in vielen politischen Bereichen ein, für viele ist das Häuserbesetzen keine alternative Wohnungssuche, sondern Kampf um Befreiung und ein Stück Revolution.

In den "illegalen" Häusern leben oft Leute, die bei der Wohnungssuche ganz hinten stehen. Dazu gehören weggelaufene Kinder, Jugendliche, ImmigrantInnen und Punks. Bei uns ist das Wohnen einfach billiger, unkontrollierter und bietet mehr Freiräume als im Standart- Wohnklo.

Legal- illegal- scheißegal? Wohnen ohne Mietvertrag.

"Illegal" bedeutet aber auch das Risiko, morgens von einem Räumkommando geweckt zu werden und hinterher obdachlos zu sein. Das Thema ist sehr aktuell, weil ab Februar 1996 nach teils jahrelangen Räumungsprozessen die BewohnerInnen mehrerer Häuser akut von Räumung bedroht sind (nächste Seite). Das Gros der Berliner HausbesetzerInnen ließ sich in den letzten Jahren mit mehr oder weniger unvorteilhaften Verträgen legalisieren. Wir sind übriggeblieben- teils, weil wir Verträge grundsätzlich ablehnen, teils weil uns keine angeboten wurden. Jetzt soll offenbar reiner Tisch gemacht werden. Bei der stadtweiten Umstrukturierung zur Hauptstadt und Dienstleistungsmetropole sind wir im Weg. Nach unserer Räumung sollen die Häuser abgerissen oder modernisiert werden, um endlich Rendite abzuwerfen, und wir stehen auf der Straße.

Schon jetzt bleibt nichts unversucht, um uns das Leben schwerzumachen. Einige Beispiele:

-die Marchstraße wurde am 16.12.95 von 300 Polizisten durchsucht, die 18 BesetzerInnen festnahmen, Barrikaden und Privatsachen zerstörten und das Gelände ausspähte- offenbar die Generalprobe für eine gewaltsame Räumung.

-in der Linienstr. 158/159 fand im Oktober `95 eine zweiwöchige "Begehung" des Hauses durch Architekten unter Polizeischutz statt, für den 8.1.96 ist eine ähnliche Aktion angekündigt.

-Die Palisadenstr. 49 wurde im letzten Jahr von einem vom Eigentüler P. Hellmich gedungenen Schlägertrupp angegriffen. Erst naqchdem sie das Erdgeschoß zerstört hatten, konnten sie von BewohnerInnen vertrieben werden...

HausbesetzerInnen werden öffentlich diffamiert, obwohl sie gegen SpekulantInnentum kämpfen und Leerstand verhindern: So behauptete kürzlich Sozialstadtrat Krätzer (Prenzelberg) über die brandbetroffenen BesetzerInnen der Schliemannstr. 10, diese würden nicht obdachlos, sondern "in alle Himmelsrichtungen verschwinden". Jetzt kampieren sie bei Minusgraden mitten in der Stadt. Wohnbaugesellschaften lassen BesetzerInnen ohne Strom und Wasser und machen sich nachher über "unhaltbare hygienische Zustände" lustig.

Häufig wird versucht, BesetzerInnen gegen andere Einkommensschwache auszuspielen wie beim Abenteuerspielplatz Kreutzigerstraße. ALLES LÜGE!

In Wirklichkeit sollen unsere Häuser weg, weil sie die reibungslose Vermarktung des Wohnraums als Ware stören. Erst nach unserer Räumung kann wieder ungestört Geld verdient werden.

Die Häuser denen, die drin leben!

Unser Lebensraum ist gefährdet. Die gewaltsame Räumung unserer Häuser nehmen wir nicht widerstandslos hin- wir fordern eine politische Lösung für alle Projekte!

Unterstützt uns und macht mit bei den Aktionstagen! Informiert euch über die Situation der Häuser, helft, die Verantwortlichen zu nerven und den Protest auf die Straße zu tragen, um Druck zu machen. Habt Spaß und tanzt mal wieder in befreiten Räumen!

Keine Räumung- nirgendwo: Nichträumungsgarantie durch den Senat bis zur politischen Lösung!

Enteignung aller SpekulantInnen: Wohnraum darf keine Ware bleiben!

Menschenwürdiger bezahlbarer Wohnraum für alle: schluß mit der Yuppisierung, dem Leerstand und der Verdrängung aus der Innenstadt!



Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze

Reader der antirassistischen Fahrrad- und Aktionstour
15.-22. Juli 1995 **Zittau-Frankfurt/Oder**
Herausgegeben von den TeilnehmerInnen der Tour

...der Reader vereint die Informationen, die wir während der antirassistischen Fahrradtour sammelten, unsere Erfahrungen mit der Praxis des BGS an der Ostgrenze und allgemeine Texte über den BGS, die Grenze und den Widerstand dagegen...



Inhalt:
Bericht von der Tour / Europäische und deutsche Abschottungspolitik / Geschichte des BGS / BGS an der Ostgrenze / Aktionsmöglichkeiten / Auswertung der Tour / Interview mit dem BGS-Chef des Grenzschutzamtes Frankfurt-Oder / Adressen

85 Seiten

Bestellungen an:
Infoladen
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
tel & fax 0341-311044

Preis: 5,- DM
ab 5 Hefte 3,- DM + Porto
ab 10 Hefte 2,- DM + Porto
Bezahlung im Voraus (unter 20 DM)
bzw. gegen Rechnung

nach **radikal** leben
und **radikal** lesen
nun **radikal** hören



und zwar die ultimative Soli-Cassette mit 23 prima orginal stereo hits



Die Fachwelt meint dazu:

"...die Musik, laut und bunt wie unser Widerstand..."
Ayse und Artur

"...ein gelungenes Werk, als Geschenk zu empfehlen..."
John Lennon

"...mind. 2x tgl. eine Seite..."
Dr Best

"...also mein Geschmack ist es nicht..."
Dr. Beyer, BGH

Die Cassette ist gegen mind. 10,- DM Spende in jedem guten Infoladen oder den regionalen Infostellen erhältlich.
Der gesamte Erlös kommt der Arbeit, die uns die Durchsuchungen vom 13.6. beschert haben, zugute.

Kontakt: AG 13.6. c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin oder Antirepressionsbüro Berlin

FIGHT BACK/SKUNK

ABONNIERT DIE FIGHT BACK/ SKUNK!!

Ein Abo kostet 20,- und beinhaltet 10 Ausgaben der FIGHTBACK/SKUNK. Bezahlung bitte in bar oder in Briefmarken und im voraus.

zu beziehen über:
FIGHT BACK/SKUNK
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

HÄUSER- AKTIONSTAGE 1996
PROGRAMM

Sa, 13.1.
Eisenbahner, Pfarrstr. 88, Konzert: Die Brut, Grindies, halb 9, Offense (Punk/Crossover), Volxküche
Rigaerstr. 83, Kiezdisco für die Marchstraße

So, 14.1.
Køpi, Köpenickerstr. 137, Frühstück ab 12.00
K.O.B., Potsdamerstr.157, Barrikaden- und BesetzerInnenkino

Mo, 15.1.
K9, Kinzigstr. 9 HH, Diskussionsveranstaltung: Verhandeln? Handeln! mit Vokü

Di, 16.1.
Linienstr. 158/159, Infoveranstaltung: Häuserkampf '96, Schwerpunkt Linienstraße danach Party und Vokü

Mi, 17.1.
Drugstore,Potsdamerstr.180,Infoveranstaltung: Hausbesetzen leichtgemacht ,danach Konzert mit Chaos Front, Eskalation (Punk, HC), Vokü

Do, 18.1.
x- Beliebig, Liebigstr. 34, Infoveranstaltung: Internationale der HausbesetzerInnen, danach Vokü
Rigaerstr. 80 HH, Kino ab 20.30 Uhr

Fr, 19.1.
Aktionstag: gezielt & vielfältig

Sa, 20.1.
Demonstration „radikal und mietfrei ins nächste Jahrtausend" 14.00 Uhr Rosa Luxemburg Platz
zum Helmholzplatz, für Kinderbetreuung wird gesorgt
Køpi, Köpenickerstr. 137, Crossover- Abschlußparty

Anfang immer 20.00 Uhr, Überschüsse für Prozeßkosten



diskussion in der kinzigstr. 9, hinterhaus, am montag, 15.1.96

MIETFREI INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND?
verhandeln? - handeln!

der häusermob (march/einsteinufer, linienstr.158-159,kleine hamburger,rigaer 84, niederbarnim 23, palisadenstr., kreutziger 21, scharnweber 28, + pfarrstr. 88) macht "politik" für diese forderung. wir,leute aus den genannten häusern, wollen mit euch + vertreterInnen aus vertragshäusern der 70er, 80er + 90er jahre über "verträge - ja oder nein?" diskutieren.

unsere argumente gegen verträge sind u.a.:
- verträge mit staatsdienern sind gegen die überzeugung von "staatsfeinden";
- verträge sind eine form der reintegration in die herrschenden verhältnisse;
- in legalisierten häusern ist eine "alternative" lebenskultur nur eingeschränkt bzw. gar nicht möglich;
- leute mit erschwerten lebensbedingungen, z.b. treberInnen, immigrantInnen, illegale, können in besetzten häusern selbstbestimmt leben;
- unkommerzielle + antikapitalistische lebensform ist nur in besetzten häusern möglich (volxküchen, konzerte u.a.)

eure argumente dafür sind hoffentlich nicht:
- politische freiräume erhalten;
- billigen selbstverwalteten wohnraum erhalten;
- individuelle sicherheit (angst vor bullenrepression, materialismus u.a.)
- luxus + komfort.

eine häuserbewegung kann nur durch solidarität bestehen.
solidarität heißt auch: sich nicht ERNEUT spalten zu lassen!!
es gibt häuser,die absolut keine chance haben verträge zu kriegen. wenn besetzen in zukunft weiter möglich + durchsetzungsfähig bleiben / werden soll, müssen die häuser auch ohne verträge durchgesetzt werden. militant oder nicht !!!!
verträge jetzt einzugehen bedeutet, den leuten in häusern ohne vertragschancen in den rücken zu fallen bzw. die kraft einer sich neu entwickelnden häuserbewegung zu untergraben.

der häusermob

Ausnahmen bestätigen die Regel

Zur Flüchtlingspolitik der rot-grünen Landesregierung in NRW

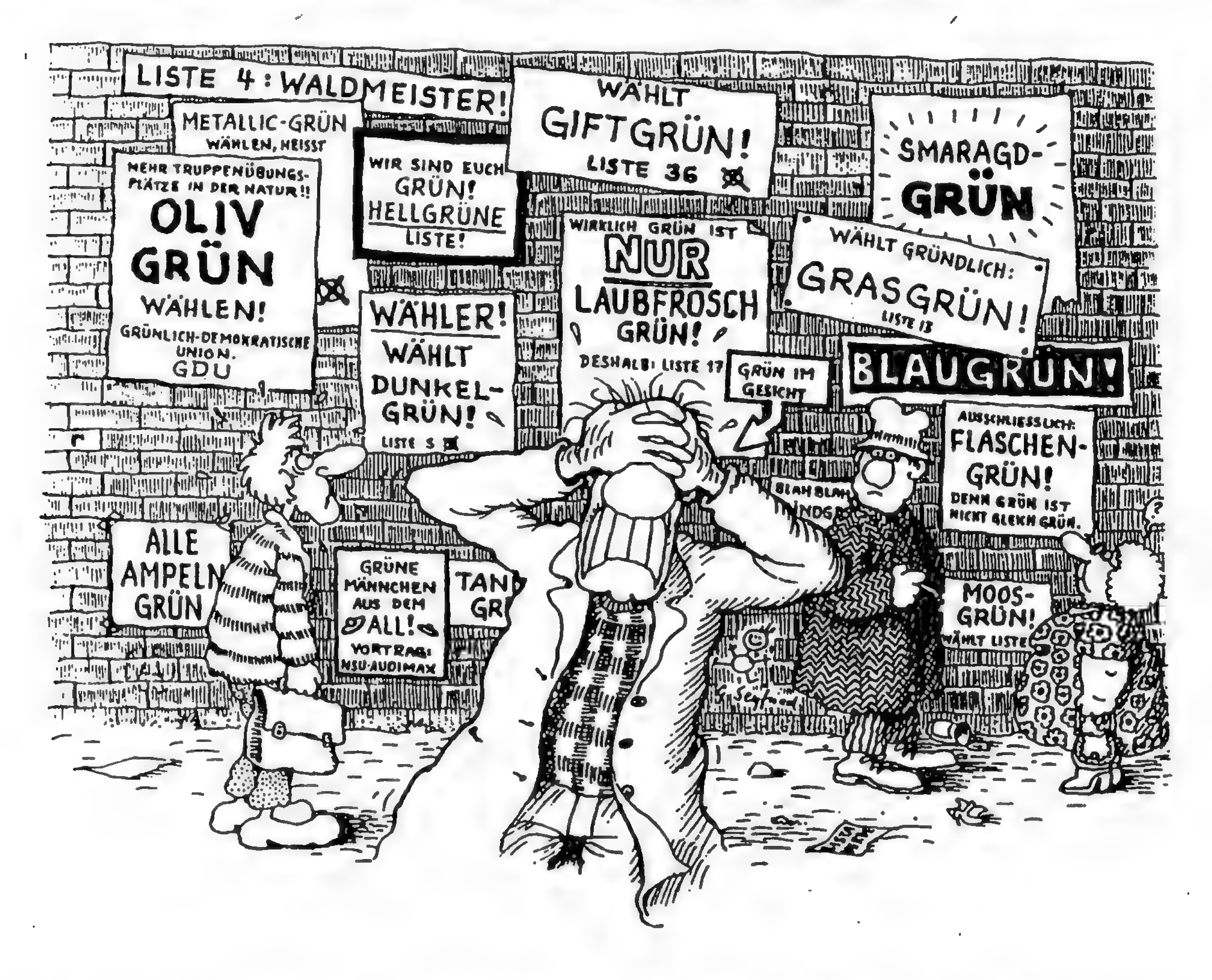
So konservativ die SPD an Rhein und Ruhr ist, so innovativ zeigt sie sich, wenn es um die Vertreibung von Flüchtlingen geht. Beispiele dafür gibt es mehr als genug; genannt seien nur:

- Die im Sommer 1991 durchgesetzte Zwangsumsiedlung von Roma nach Mazedonien mit Hilfe eines sogenannten „Reintegrationsprogramms", Muster für eine angeblich die Fluchtursachen bekämpfende „Neue Flüchtlingspolitik", tatsächlich Vorläufer sämtlicher Abschiebeabkommen, die heute zwischen der Bundesregierung und den meisten Staaten Osteuropas sowie Vietnam existieren.
- Die Einrichtung landeseigener Sammellagern für AsylbewerberInnen lange bevor mit Verschärfung des Asylverfahrensgesetz im Sommer 1992 eine entsprechende Kasernierung von Flüchtlingen zum Gesetz wurde; mit dem Ergebnis, daß noch vor Inkrafttreten des neuen Regelungen im Jahr darauf sämtliche in NRW ankommenden AsylbewerberInnen in sogenannten „Erstaufnahmeeinrichtungen" isoliert werden konnten.
- Die frühzeitige Effektivierung und Konzentrierung der Flüchtlingsverwaltung, u.a. über die Einführung der Zentralen Ausländerbehörden und spezieller Referate im Landesinnenministerium, so daß - anders als in anderen Bundesländern - die behördlichen Voraussetzungen zur beschleunigten Ablehnung und Abschiebung von AsylbewerberInnen bereits seit mehr als zwei Jahren vorliegen.
- Die Etablierung des bundesweit ersten Abschiebeknastes zum Oktober 1992 in Herne und Eröffnung eines weiteren halben Dutzend dieser Sondergefängnisse in rascher Folge, so daß NRW - einschließlich des größten Abschiebeknastes der Republik in Büren und dem einzigen reinen Frauenabschiebeknast in ganz Deutschland - zur Zeit über rund 1000 Haftplätze in speziellen Flüchtlingsanstalten und damit eine unangefochtene Spitzerreiterrolle verfügt.

Im Landtagswahlkampf der GRÜNEN war von alledem nichts zu hören. Ökologie, Themen und Forderungen zum Umbau des Sozialstaates beherrschten die Debatte, garniert mit ein bißchen Multikulti und dem üblichen Bekenntnis zum Antirassismus. Zwar fand, wer sich die Mühe machte, ins Wahlkampfprogramm zu gucken, Aussagen wie: *„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Beendigung der inhumanen Abschiebehaftpraxis in NRW. Wir wollen, daß die Abschiebegefängnisse geschlossen werden."* Oder: *„Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat maßgeblich zum Umschwenken der Bundes-SPD auf den CDU-Kurs der Asylrechts-Demontage und der Ausgrenzung von Flüchtlingen aus dem Sozialhilferecht beigetragen."* Den WählerInnen unmißverständlich und nachhaltig zur Kenntnis gegeben wurden derartige Positionen jedoch wohlweislich nicht. Weshalb sich auch niemand darüber wunderte, daß im Rahmen der Koalitionsverhandlungen die Flüchtlingspolitik keine erkennbare Rolle spielte. Aus gutem Grund, wie einige unverbesserliche AnhängerInnen der GRÜNEN behaupten. Denn schließlich sei durch Aussparung des „Reizthemas" in der Öffentlichkeit eine Reihe von realen Verbesserungen für AsylbewerberInnen durchgesetzt worden.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag genügt, um mit diesem Märchen aufzuräumen. Denn dort ist unter der Überschrift „Flüchtlingspolitik/Asyl" in erster Linie eine Liste von allgemeinen Good-Will-Erklärungen zu finden, die verspricht, das Recht auf Asyl - was immer das bedeuten mag - zu bewahren und einen *„angemessenen Beitrag zur Lösung der Probleme dieser Menschen zu leisten."* An zweiter Stelle folgen wachsweiche Formulierungen wie: *„Bleiberecht erhält, wer darauf angewiesen ist."* Oder: *„Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen*

soll menschenwürdig erfolgen." Wird es endlich konkreter, taucht vorrangig eine Bestätigung der herrschenden Ausländerrechts auf. Etwa indem klar gestellt wird, daß *„Entscheidungen zu Asyl und Bleiberecht zügig getroffen werden"* und *„das Land Menschen zurückführt, wenn das nach Lage der Gesetze geboten ist."*. Es folgt die Bemühung, diverse Mindeststandards im Umgang mit Flüchtlingen, die - wenn nicht sowieso per Gesetz geregelt - selbst hierzulande noch gängige Praxis sind, als besonderen Fortschritt zu verkaufen. Darunter die Feststellung, daß ein Haftprüfungstermin zu erfolgen hat, wenn Gefangene über 12 Wochen hinaus in Abschiebehaft gehalten werden sollen und die bemerkenswerte Aussage: *„Für Kranke, Hochschwangere und stillende Mütter soll keine Abschiebehaft beantragt werden."*



Das kann doch nicht alles gewesen, denkt sich die grüne Basis und atmet erleichert auf, wenn Roland Appel, Fraktionssprecher im Düsseldorfer Landtag und seit Jahren als Linker und Flüchtlingsexperte der Landespartei bekannt, seine Sicht der Koalitionsvereinbarungen als - so wörtlich - *„Kampfauftrag für die nächsten 5 Jahre"* charakterisiert und mit der ihm eigenen Überzeugungskraft die folgenden sechs Punkte benennt, anhand derer die Fronten mit der SPD verlaufen sollen. Es sind dies:

- Die Einrichtung einer Härtefallkommission, die parallel zum geltenden Petionsrecht und besetzt u.a. mit VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen angerufen werden kann, um im konkreten Fall den örtliche Ausländerämter „Entscheidungshilfen" an die Hand zu geben. (Gemeint sind damit zum Beispiel Hinweise auf eine mögliche Bedrohung von Leib und Leben oder sonstige inhumane Konsequenzen, die als Abschiebungshindernisse gelten könnten. Wobei allerdings weder die Anrufung der noch zu besetzenden Kommisssion eine aufschiebende Wirkung noch ihre Entscheidung eine rechtsverbindliche Bedeutung besitzt.)

- Die Verschickung amtlicher Informationen an die Ausländerämter, die zusätzlich zu den üblichen Berichten des Bundesinnenministeriums eine Beurteilung der Menschenrechtssituation in den Fluchtländern durch Amnesty International und vergleichbarer Organisationen enthalten.
- Die Verbesserung des eigenständigen Aufenthaltsrechtes von ausländischen Ehegatten in Form einer Unterstützung der Gesetzesinitiative zur Senkung der Ehejahre, die AusländerInnen mit einem deutschen Partner verheiratet sein müssen, bevor im Fall einer Scheidung die Abschiebung droht.
- Die Kooperation mit Erstaufnahmeeinrichtungen und Flughafenbüros, um den Status und Schutz von Minderjährigen festzustellen, die nach bisheriger Praxis häufig als Erwachsene behandelt werden.
- Die Unterstützung einer Altfallregelung, nach der Flüchtlinge, die sich seit mindestens acht Jahren - mit einem minderjährigen Kind seit fünf Jahren - im Land aufhalten, nicht mehr abgeschoben werden sollen.
- Das Aussprechen eines Abschiebestop für Kurden, vorausgesetzt eine speziell zu diesem Zweck vor Ort entsandte Kommisssion stellt fest, daß es in den Westprovinzen der Türkei keine sogenannte „Fluchtalternative" für Angehörige des kurdischen Volkes gibt.

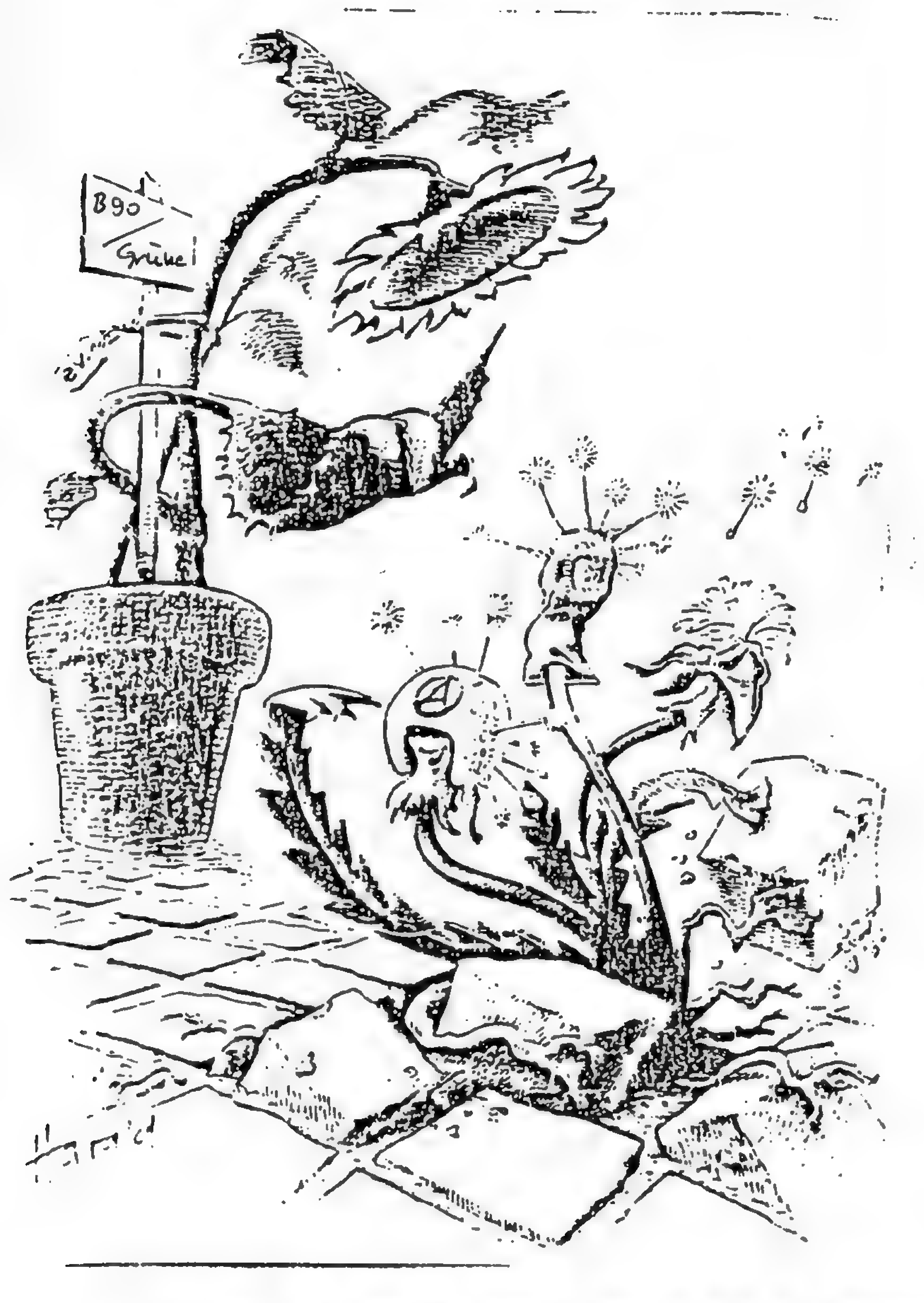
Die geplante Reisegruppe konnte ihre Fahrt bislang nicht antreten, da die Türkei drei Mitgliedern die Ausstellung von Visa verweigerte. Dementsprechend existiert ein Abschiebestop für KurdInnen aus NRW nach wie vor nicht; allerdings wird die Verlängerung ihrer Aufenthaltspapieren derzeit vergleichsweise großzügig gehandhabt. Was darüber hinaus von grüner Seite getan wurde, um dem selbst postulierten „Kampfauftrag" gerecht zu werden, ist nicht erkennbar. Ganz abgesehen davon, daß selbst eine erfolgreiche Umsetzung des genannten 6-Punkte-Kataloges keine qualitative Änderung der Situation sondern im besten Fall eine Abmilderung des herrschenden Unrechts in einigen ausgesuchten Fällen bedeuten würde - erkauft und ausgetragen auf dem Rücken der Mehrheit der Flüchtlinge.

Letzteres gilt insbesondere für die sogenannte „Härtefallkommission", die zu Beginn des neuen Jahres unter Teilnahme des Flüchtlingsrates NRW sowie sonstiger Hilfsorganisationen ihre Arbeit aufnehmen wird. Voll des guten Willens, wenigstens im Einzelfall, auf speziellen Antrag und bei allzu offensichtlichen Verstößen gegen die Menschlichkeit die eine oder andere Abschiebung zu verhindern Und sehr zur Freude der GRÜNEN, die sich landesweit und vor Ort nach Kräften bemüht haben, möglichst breite Kreise in ihr Konzept einzubeziehen. Für die Mehrheit der Flüchtlinge allerdings mit dem traurigen Ergebnis, daß ihre systematisch erfolgende Auslieferung in Armut, Krieg, sexistische, rassistische oder politische Verfolgung nicht angekratzt sondern im Gegenteil bestätigt wird. Getreu dem Motto: Ausnahmen bestätigen die Regel.

Hinzu kommt die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen - nicht anders als vor Beteiligung der GRÜNEN an der Regierungsverantwortung - das Musterland in Sachen „Abschiebehaft" ist. Und was dies bedeutet, daß kann gar nicht oft genug betont werden. Nämlich Hunderte von Männern und Frauen; eingesperrt hinter Gittern; getrennt von Familie und FreundInnen; isoliert und verzweifelt; ausgeliefert einem Zwangssystem, dessen Sprache und Regeln sie nicht verstehen; und vor Augen die Abschiebung in ein Land, dessen Folterkeller oder Schützengräben, Hunger, Dürre, Kälte, soziale oder ethnische Mißachtung sie zu fürchten gelernt haben.

Gleichzeitig aber heißt „Abschiebehaft" - und auch das wollen wir nicht vergessen - Widerstand mit allen Mitteln, von der ersten Minute an und an jedem Ort. Getragen von den gefangenen Flüchtlingen in Form von kleinen und großen Aktionen; unterstützt von außen mit ebenfalls mehr oder weniger spektakulären Mitteln. Auf der einen Seite gehören dazu individuelle Zellenzerstörungen und kollektive Hungerstreiks; Brandlegungen, Dach- oder Hofbesetzungen; die Geiselnahme von Kassel; Ausbruchsversuche, die - wenngleich verschwiegen - erfreulich häufig

gelingen; aber auch eine traurige Kette von Selbstverstümmelungen, Suizidversuchen und Selbsttötungen. Auf der anderen Seite sind neben einer Vielzahl von Demonstrationen und Kundgebungen vor allem die versuchte Sprengung des im Bau befindlichen Abschiebeknastes in Berlin-Grünau sowie sämtliche Initiativen zu nennen, die direkten Kontakt und unmittelbare Unterstützung der Abschiebehäftlinge organisieren.



Der Abschiebeknast in Büren, gelegen am äußersten Rande des ostwestfälischen Dorfes, inmitten eines ausgedehnten Waldgeländes, fernab von neugierigen Blicken und dennoch umzäunt mit einem nicht überschaubaren Betonwall, bewacht von Videokameras, scharfen Hunden, sogenannten „Scharzen Sheriffs“ und einer Einsatzhundertschaft von kasernierter Bereitschafts-polizei, die eigens zu diesem Zweck in die Nachbarschaft verlegt wurde, ist geschichtsträchtiges Symbol für beide Aspekte. Wie kein zweiter Ort führt er vor Augen, was es im wieder erstarkten Deutschland bedeutet, fremd, anders und damit unerwünscht in diesem Land zu sein. Und nachdrücklicher noch als bei sonstigen Dokumentationen der Staatsmacht bekannt, lehrt er jene bescheidene Minderheit das Fürchten, die den Zeichen der Zeit zum Trotz noch immer meint, es gäbe eine Möglichkeit, den rassistischen Konsens zu durchbrechen und die schlimmste Erinnerungen wachrufenden Vorgänge Bürener Forst ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren.

Trotzdem und gerade deshalb werden wir im kommendem Mai, genau wie in den beiden Jahren zuvor, wieder in Büren sein, um gegen die Inhaftierung und für das Bleiberecht von Flüchtlingen in diesem Land zu demonstrieren. Und dieses Mal wird sich unserer Protest nicht zuletzt auch gegen BÜNDNIS/DIEGRÜNEN richten, die seit ihrer Teilhabe an der Macht in Düsseldorf für jede Abschiebung aus NRW, für jede Freiheitsberaubung von Flüchtlingen, jede Mißhandlung und jeden Suizid(versuch) von Abschiebehäftlingen mitverantwortlich sind. Wir werden aus ihrem eigenen Parteiprogramm zitieren, wenn wir „Weg mit den Abschiebeknästen“ fordern und sind schon jetzt gespannt, mit welchen Gewaltmitteln wir wieder gehindert werden, uns den Gefangenen verständlich zu machen.

Antirassistische Initiativen und FlüchtlingsunterstützerInnen-Gruppen aus NRW



Erklärung zu dem Brandanschlag auf das Auto des Neonazis Steffen Hupka

Steffen Hupka besucht in regelmäßigen Abständen seine Eltern, die in der Wißmannstr. 14/Südstadt wohnen. So stand auch in der Nacht vom 24 zum 25.12 sein Auto mit dem Kennzeichen QLB-XC 79 in der Nähe der Wohnung seiner Eltern.
Getreu dem Motto "Wenn du die Nazis nicht triffst, um sie zu zu schlagen, dann brenne wenigstens ihre Autos nieder", wurden wir aktiv. Wir schlugen die Scheibe ein, öffneten die Fahrertür, gossen ein leicht entflammbares Flüssigkeitsgemisch ins Fahrzeuginnere und entzündeten dieses. Sein Besitzer, der 32-jährige Steffen Hupka, ist seit vielen Jahren in der deutschen Neonazi-Szene aktiv.
Ab 1982 war erin der NPD Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" und in M.Kühnens, später verbotener, ANS organisiert. In der ANS übte er 1983 die Funktion des Kassenwa rtes aus. Zeitweilig arbeitete er bei der Neonazi Postille "Sieg" mit und schrieb auch schon mal für das Vertriebenenblättchen "Der Schlesier".
Bis 1987 lebte er in Hannover, wo er in der NF aktiv war. 1987 zog er nach Detmold und nahm in der dort sehr starken NF neben Meinolf Schönborn und Andreas Pohl als Bereichsleiter Nord eine wichtige Position ein. Er war verantwortlich für die NF Schulungsprogramme und für das NF-interne Periodikum "Aufbruch". Nach dem NF Sonderparteitag im August 92 wurde Hupka zum Beisitzer des NF-Vorstandes. Nach dem Zerwürfnis mit Schönborn und der Spaltung der NF nannte sich der Pohl/Hupka-Flügel in "Sozialrevolutionäre Arbeiterfront" (SrA) um, womit das NF-Verbot vom Dez.92 unbeschadet überstanden wurde. Wie die NF versteht sich auch die SrA als Kaderorganisation. Seit den Parteiverboten, setzte innerhalb der Neonazi Szene ein Umstrukturierungsprozess ein. Dabei nimmt die SrA mit dem von ihr propagierten Zellensystem eine Vorreiterrolle ein. Im "Umbruch" der von Hupka herausgegebenen Zeitschrift, liest sich das so: "Wir betrachten die Arbeit der Vorfeldorganisationen... (darunter sind Organisationen wie NF, DA, DL, NL etc zu verstehen). ...für abgeschlossen und halten die Kampfform der unzähligen Kameradschaften, Zellen und Strukturen (in Eigenregie!) vor Ort, in seiner Gesamtheit als für das System unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolges absolut notwendig."
Von dieser Notwendigkeit überzeugt zog Hupka Ende 93 nach Quedlinburg, um die im Ostharz sehr starke aber unorganisierte Neonazi Szene gemäß seinen Vorstellungen in dem angestrebten Zellensystem zu organisieren. Diese Zellen treten nach außen hin mit verschiedenen Namen (im Ostharz z.B. als "Unabhängiger Arbeitskreis", "Harzer Heimatschutzbund" und "Aufbruch"), voneinander unabhängig in Erscheinung. Intern sind sie hierachisch organisiert (im Ostharz als "Harzfront"). Von Hupka werden diese Zusammenschlüsse zentral koordiniert bzw befehligt.
Das im Ostharz von Hupka aufgebaute Netz ist nicht isoliert, sondern arbeitet als "Deutscher Freundeskreis Nordharz"(DFN) mit anderen faschistischen Organisationen (NPD,JN,DL,REP) zusammen. Seit April gibt Hupka die Zeitschrift "Umbruch-Hefte für Ideologie und Strategie" herraus, die sich an "politische Führer, Unterführer und/oder bewährte Einzelaktivisten" richtet. Als übergreifende Struktur initiert er "regionale Lesekreise, ähnlich der Jungen Freiheit".
Steffen Hupka und seine SrA betrachten sich selbst als die Vorreiter im "nationalen Lager". Als ihre Aufgabe sehen sie "noch nicht... den bewaffneten Kampf, sondern die Entwicklung von Organisationsformen zur Vorbereitung einer Machtübernahme".
Als unsere Aufgabe sehen wir die Anwendung militanter Aktionsformen, eben so wie das Aufdecken der sich neu formierenden Neonazi Szene an. Je stärker der öffentliche und durch direkte Aktionen ausgeübte Druck auf Faschisten wächst, desto schwerer wird es ihnen fallen, sich im Verborgenen zu organisieren.

KAMPF DEM FASCHISMUS !

AUTONOMES FESTTAGSKOMITEE

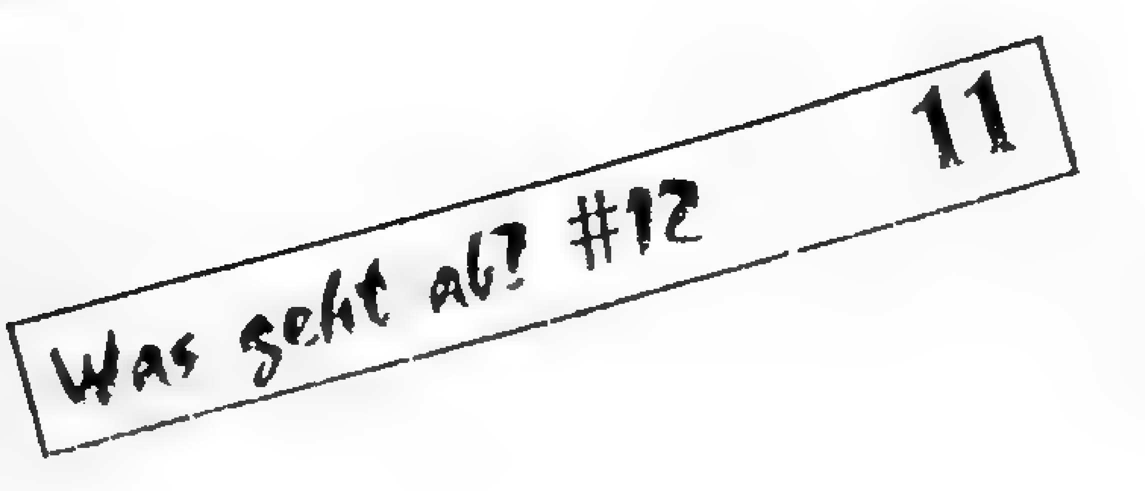
Brandanschlag auf Auto von Neonazi-Führer

HANNOVER • 1500 Mark Schaden entstand in der Wißmannstraße (Südstadt) bei einem Brandanschlag auf ein Auto mit Quedlinburger Kennzeichen.

Der 32jährige Neonazi, der während der Feiertage seine Eltern in Hannover besuchte. Fahrzeuges ist ein führender Neonazi ... (Der 32jährige Besitzer des Fahrzeuges ist ein führender Neonazi, der während der Feiertage seine Eltern in Hannover besuchte.)

In einem Brief hat sich ein „Autonomes Festtagskomitee" mit den Worten „unsere Aufgabe ist die Anwendung militanter Aktionsformen. Kampf dem Faschismus" zu dem Anschlag vom Montag bekannt.

Das Auto wurde von der Polizei sichergestellt. Experten des Landeskriminalamtes untersuchen die Spuren. aki



Profilierungsgeiler Rechter nervt Antifas

WGA, Infoblatt, Denkzettel u.a. - **Aurel Archner** aus Berlin scheint sich in der Nähe von Antifas sehr wohl zu fühlen, er taucht z.B. am Rande von Antifa-Demos auf, mischt sich gerne unter Linke usw. Schon lange belästigt er seine Umgebung mit rechtsradikaler Propaganda. Halbe Stadtteile wurden durch seine Aufklebern verschandelt, um sich so fanatische „Spuckie-Kriege" mit Antifas zu führen. Sogar bis in den Mehringhof wagte man sich mutigerweise vor, um ein paar Aufkleber zu verkleben, welche schlaue Sprüche wie *„Deutschland macht Spaß"* oder *„Ich hab' nichts. Ich bin nichts. Ich kann nichts. Ich geh' zur Antifa"* beinhalten. Genau dieses Motiv fand sich auch auf der Titelseite der Nazi-Zeitung ***Junges Franken*** wieder, als Copyright natürlich Aurel Archner; das „Junge Franken" beteiligt sich aktiv an der Anti-Antifa. Um den Spuckie-Kampf gegen Links noch zu perfektionieren wurde an alle bisherigen Interessenten Archners ein anonymer Brief unter dem Namen ***Gegenwind*** verschickt. In diesem Brief wurden die überraschten Leser dazu aufgefordert, konspirative Spuckieklebetruppen von *„2 bis max. 5 Personen"* zu gründen, um *„den Linken eine zu kleben"*, denn: *„Es geht ums Ganze, um Deutschland, unser Fortbestehen, um unsere Kinder und Enkel"*. Dem Brief war eine Diskette mit diversen Motiven, die man sich dann ausdrucken konnte, Spuckiepapier, Motiv-Vorlagen, genauesten Erklärungen wie man die Spuckies am besten wo und wann anklebt sowie die ausführliche Bauanleitung einer Spuckiebefeuchtungs-Seifendose beigelegt. Der Appell war: *„Selbstredend müssen wir in die Öffentlichkeit. Sonst haben wir und dieses Land bald gar keine Wahl mehr! Neue Zeiten erfordern neue Wege, unsere Hauptmittel sind: Vorgefertigte und schnell zu klebende Spuckis (wie die Linken)..."* Dummerweise fand der sechsseitige Brief keinerlei Beachtung, weder bei seinen Kameraden, die anscheinend keine Lust verspürten sich an solchen Propagandaschlachten zu beteiligen, noch bei Berliner AntifaschistInnen, denen das ganze zu blöd war, um sich näher damit zu beschäftigen. Um also doch noch auf sich aufmerksam zu machen, schrieb man einen Brief an die ***Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)*** mit folgenden Inhalt: *„Hallo Ihr Arschlöcher, wie findet Ihr unsere Aktion. Wir haben sage und schreibe 10. 000 solcher Umschläge versendet. Und das in ganz Deutschland! Jetzt haben die Leute endlich die Möglichkeit, sich gegen LINKEN Meinungsterror zu wehren. Mit freundlichen Grüßen EURE AG GEGENWIND"*. Später wurde es dann zum Hobby Archners, diverse Antifa-Gruppen mit Info-Paketen des rechten Vertriebs ***W/D&I*** (Postfach 370 124, 14131 Berlin) zu versorgen. Über diese Agentur vertreibt Archner seine Propaganda und das Postfach nutzt er auch als private ViSdP-Anschrift, desweiteren wirbt er für die PM-Agentur. Nach Aussagen einiger Antifas, wird das Berliner Büro der ***Provit Marketing Werbeagentur GmbH***, von **Götz Meidinger** (ehemals Geschäftsführer der ***Jungen Freiheit***) betrieben, „Art Direktor" ist Aurel Archner. Es gibt Filialen der „Provit Marketing" in Berlin, Dresden, Leipzig, München und Stuttgart. Beim Stuttgarter Büro arbeitet auch der ***FAP***-Funktionär **Falco Schüssler** mit, was in dem Prozeß gegen ihn bekannt wurde. Interessanterweise konnten sich einige der Antifa-Gruppen, welche von Archner angeschrieben wurden, oft über Bestellungen freuen, welche sie nie aufgegeben hatten (ein Trick der schon seit Jahren angewendet wird). Und es waren auch eben genau die Antifa-Gruppen, die gefälschte ***Edelweiß-Piraten***-Flugblätter (siehe Seite 12 und WGA #11) erhielten. Aktiv ist Archner u.a. bei der ***NPD***. So gestaltet er dort die Plakate, Aufkleber usw. in der Schülerzeitung der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, dem ***Denkzettel*** und tauchte dort auch als Redaktionsmitglied auf. Layoutet wurde der Denkzettel vom W/D&I. Auch bei den ***Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD)*** mischt Archner mit, 1993 war er dort der Vorsitzende mit dem Motto *„Ökologisch ohne rot zu werden"*. Nach Angaben des "Antifaschistischen Infoblattes" war er auch bei einer Veranstaltung des ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerkes*** in Berlin. Eine Veranstaltung, bei der sich Berliner Rechtsextremisten aller Coleur trafen (auch dabei z.B. der „Nationalen"-Kandidat **Detlef Cholewa**). Beim Berliner Vertriebentreffen in der Sömmeringhalle im Herbst '95 tauchte er zusammen mit dem Nazikader **Christian Wendt** auf und verteilte Flugblätter. Als Kontaktadresse war die oben genannte Anschrift der Agentur angegeben. Dazu auch noch das Sorgentelefon: 030 692 87 79.



Aurel Archner

Polizeireserve gerät erneut ins Zwielicht

Die FPR ist noch nicht sauber

Als „neuen Skandal" haben die Bündnisgrünen die Mitgliedschaft des 35jährige Aurel Archner in der Freiwilligen Polizeireserve (FPR) bezeichnet. Archner war bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin im Wahlkreis 4 Direktkandidat für die Republikaner für die Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung.

Der Fraktionschef der Bündnisgrünen Wolfgang Wieland will in einer kleinen Anfrage die Rolle Archners in der rechtsextremen Szene klären lassen. Nach Recherchen der Berliner Zeitung erscheint Archner im Impressum der Jugendzeitung „Denkzettel", einem Blatt der Jungen Nationaldemokraten (JN). JN gilt als Jugendorganisation der rechtsextremistischen NPD. Gegen mehrere Funktionäre werden bundesweit Ermittlungsverfahren wegen Propagandadelikten geführt. Außerdem erscheint Archner, der Mitarbeiter einer Werbeagentur ist, in mehreren rechtsextremistischen Flugblättern als Herausgeber.

Archner soll am 16. Januar 1995 an einer sogenannten Reichsgründungsfeier der rechtsextremistischen Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V in Schöneberg teilgenommen haben. Für eben jenen Verein soll Archner als Mitglied FPR in der Polizeikantine an der Königstraße in Zehlendorf eine Weihnachtsfeier organisiert haben.

Für Wieland ist die Mitgliedschaft Archners in der Freiwilligen Polizeireserve der Beweis dafür, daß die FPR nach wie vor unkontrollierbar ist. „Sie muß unverzüglich aufgelöst werden", so der Politiker. Weder die Organisationsstruktur noch die neuen Einstellungsrichtlinien oder die alle zwei Jahre stattfindende Überprüfung könnten sicherstellen, daß die FPR nicht als waffentechnische Ausbildungsstätte genutzt werde. Wieland spricht von einem neuen Skandal: „Die FPR ist noch nicht sauber."

Wieland will aber auch wissen, ob eventuell nachbarliche Kontakte des „hochrangigen Rechtsextremisten" mit Eberhard Diepgen (CDU) bestehen. Denn das Haus Heimat 91 d, Archners Meldeanschrift in Zehlendorf, grenzt an das Grundstück des Regierenden Bürgermeisters. **fh**

Achtung !!!
„FALKOS SCHWABENSTUBEN"
- Hauptstraße 70 -
ein Nazi-Treffpunkt



Liebe Anwohnerinnen und Anwohner,
liebe Gewerbetreibende!

Offensichtlich schon seit mehreren Jahren gewährt der Gastwirt Michael Falko neo-nazistischen Organisationen und Zusammenschlüssen die Räumlichkeiten seines Lokals als Treffpunkt.

Die „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" und das „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" halten hier regelmäßig ihre Veranstaltungen ab, die unter anderem der ideologischen Schulung von Nazikadern dienen.

Am 20. November 1995 kurz nach 19 Uhr werden Sie ein größeres Polizeiaufgebot bemerkt haben. Zu diesem Zeitpunkt **trafen sich führende Nazikader, so z. B. aus der verbotenen FAP, der verbotenen Wiking-Jugend, der „Kameradschaft Treptow" der „Nationalen", der REPs und Neonazis aus dem Umfeld der rechtsradikalen Zeitung „Nation & Europa", in dem Lokal „Falkos Schwabenstuben".**

Die Polizei war nun aber nicht etwa hier vor Ort um dieses Nazitreffen aufzulösen, sondern im Gegenteil, um es zu schützen und um massiv gegen antifaschistische Proteste vorzugehen.

Da Michael Falko auch in Zukunft sein Lokal den Nazis zur Verfügung stellen wird, **sollten auch Sie als Anwohnerin bzw. Anwohner gegen diesen Nazi-Treffpunkt protestieren.** Sie könnten z.B. dem Nazi-Wirt Falko unter der Telefon-Nummer 852 81 90 (dem Anschluß des Lokals „Falkos Schwabenstuben") direkt Ihren Unmut kundtun.

Nazis haben in unserer Nachbarschaft nichts zu suchen!

Antifa Berlin, V.i.S.d.P.: H. Weg, Kurze Straße 7, 13585 Berlin

---

Wir trauern und vermissen unsere Freundin, Geliebte, Genossin, Mitkämpferin, Wegbereiterin.

annette

ricarda

Wir müssen hart werden, aber wir dürfen unsere Zärtlichkeit nicht verlieren. Che

Ohne Befreiung der Frauen gibt es keine Revolution
Ohne Revolution gibt es keine Befreiung der Frauen!

Annette Ricarda Anhaus

gestorben in der Nacht vom Donnerstag, den 16.11. auf Freitag, den 17.11.1995

Es gibt viel zu tun. Jetzt erst recht!

Zum Stand der Verfahren vom 13.6.

Zu unserer Riesenfreude konnten wir die Gefangenen im radikal-Verfahren Andreas, Rainer, Ralf und Werner am Dienstag bzw. Mittwoch von den Knästen abholen.
Auf Antrag der Bundesanwaltschaft verfügte der Ermittlungsrichter des BGH die Außervollzugsetzung der Haftbefehle mit den Auflagen, daß

1. für jeden eine Kaution von 20.000 Mark eingezahlt wird,
2. die Reisedokumente hinterlegt werden,
3. die Vier sich Donnerstags, Samstags und Montags bei den Polizeidienststellen ihrer Wohnorte melden müssen,
4. sie nicht ins Ausland reisen,
5. sie untereinander keinen Kontakt aufnehmen, auch nicht über Dritte.

Die AnwältInnen der Vier hatten seit Beginn der U-Haft immer wieder zu den Haftprüfungsterminen die Aufhebung der Haftbefehle beantragt, hilfsweise die Außervollzugsetzung der Haft nach § 116 der Strafprozeßordnung. In diesem Paragraphen wird ein Katalog von Möglichkeiten aufgeführt, durch den „der Zweck der Untersuchungshaft ... erreicht werden kann." Aus diesem Katalog hat der Ermittlungsrichter in seinem Beschluß vom 5.12.95 die obigen fünf Auflagen zusammengestellt.
Die unmittelbare Freude und Erleichterung, die Vier aus dem Knast raus und wieder unter uns zu haben, heißt nicht, daß wir uns jetzt zurücklehnen können. [...]

Aktuell: Am 6. Dezember wurde Sven in München festgenommen. Er soll Briefe für Andrea dabeigehabthaben. Sie ließen ihn wieder raus, durchsuchten jedoch am 7. Dezember - mit der Begründung „Gefahr im Verzug" - zum wiederholten Male die Fritzlarer Straße in Frankfurt/Main. Sie nahmen Sven erneut fest und ließen ihn diesmal nach zwei Stunden raus. Der BGH ermittelt nun gegen ihn wegen angeblicher Kurierdienste für Andrea. Das Ermittlungsverfahren wegen der Knastsprengung in Weiterstadt richtet sich jetzt konkret gegen Andrea aus Frankfurt. In diesem Zusammenhang sind zum 12. und 14. Dezember sechs Leute als ZeugInnen nach Karlsruhe vorgeladen. Ihnen drohen Zwangsgelder und/oder Beugehaft. Die Leute aus der Fritzlarer sagen dazu: "Wir sagen, wenn in den Motorradkoffern des VS-Spitzels Steinmetz wirklich Sprengstoff gefunden wurde, führen diese zum rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz und zu Steinmetz, aber nicht in unser Wohnprojekt."

bundesweite Soligruppen 11.Dezember 1995

Der 13.6 und kein Ende - erneute Durchsuchungen

In den letzten Tagen sind im Zusammenhang mit dem Verfahren vom 13.6.95 (bezüglich der Zeitung radikal) erneut Durchsuchungen in verschiedenen Städten gelaufen.


In **Dresden** wurde am 14. Dezember 1995 der Infoladen "Schlagloch" sechs Stunden von zwanzig LKA-Beamten durchsucht. Zwei anwesende Personen wurden formlos verhört.
Die Durchsuchung -mit Beschluß des Dresdner Amtsgerichtes vom 12.12.95- fand mit der Begründung des Verdachtes auf Werbung für eine terroristische Vereinigung nach § 129/a StGB statt. Anlaß hierfür ist das "Ermittlungsergebnis", daß der Infoladen "Schlagloch" die Zeitung radikal (laut BAW "eine kriminelle Vereinigung mit Ziel der Unterstützung von terroristischen Vereinigungen") vertrieben haben soll.
Zwei Personen wurden vorübergehend festgenommen, diverses Info- und Organisationsmaterial wurde beschlagnahmt.

Am 19. Dezember **1995** fanden in Oldenburg, in Münster und in Bremen Hausdurchsuchungen statt.
- In **Oldenburg** wurde morgens um 6°° Uhr, auf Anordnung von Ermittlungsrichter Beyer, die Wohnung nebst Nebenräume und KFZ einer Frau durchsucht. Der Durchsuchungsbeschluß lautet auf die "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung u.a.). Die Durchsuchung dauerte zwei Stunden, die Frau wurde ED-Behandelt und es wurden einige Gegenstände beschlagnahmt.
Während der Durchsuchung wurde die Frau nach Ulli (einer der gesuchten Personen im radikal-Ver-fahren) befragt.
- In **Bremen** gab es zwei Durchsuchungen.
Morgens um 6°° Uhr wurde die Wohnung eines Mannes und seiner Mitbewohnerin durchsucht. Die Begründung ist auch hier die "Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal". Der Mann wurde ED behandelt, seiner Mitbewohnerin wurden Lichtbilder vorgelegt und sie wurde befragt.
Nach Beendigung der Hausdurchsuchung um 14.30 Uhr fand im Anschluß eine weitere Durchsuchung in Bremen statt.
Trotz der Abwesenheit des Bewohners wurden wie bei der morgendlichen Durchsuchung diverse Gegenstände beschlagnahmt.
Beschlagnahmt wurde in beiden Fällen Computeranlagen, Disketten etc.
- Auch in **Münster** fand morgens um 6°° Uhr eine Durchsuchung bei einer Frau statt. Die Begründung ist ebenfalls der "Verdacht auf Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal". Beschlagnahmt wurde wie bei allen vorangegangenen Durchsuchungen Computer, Disketten und persönliche Unterlagen.

Unsere Einschätzung, daß sich mit der Freilassung der Gefangenen nichts grundsätzliches im Verfahren und Vorgehen der BAW ändert, wird dadurch leider bestätigt. Die neuesten Aktionen von der BAW zeigen deutlich, daß der Angriff vom 13.6 ernst zu nehmen ist, die Ermittlungen weiter-laufen und das Verfahren immer noch ausgeweitet wird.

Deswegen nicht vergessen:
Anna und Arthur halten's Maul - Pah wir sagen nix !
Keine Aussage bei Justiz und Bullen!!!

Soligruppe HH, 21.12.1995



das allerletzte...

MIT 5 MARK BIST DU DABEI !

PAPIERTIGER Berlin - Archiv für soziale Bewegungen informiert:

WIR BRAUCHEN EURE UNTERSTÜTZUNG!

Der Fortbestand des PAPIERTIGERS ist durch andauernde finanzielle Schwierigkeiten nach wie vor nicht gesichert. Kurzfristig mußten wir Gelder bei verschiedenen Projekten und Einzelpersonen leihen, um den Weiterbetrieb zu gewähren. Wir sind inzwischen mit mehreren Tausend Mark verschuldet.
Um dem Dilemma grundsätzlich zu begegnen, haben wir uns entschlossen, die Verantwortung für den Fortbestand des PAPIERTIGERS auf ganz viele Schultern zu verteilen: Die Leute, die ein politisches und praktisches Interesse an der Existenz des Archives haben, sollen auch zu dessen Fortbestand beitragen.
Wir haben deshalb eine Kampagne in Form von Mitgliederwerbung begonnen. Unsere Kosten (für Miete, Telefon, Kopierer, Abos, Material usw.) die anfallen, um als Archiv effektiv arbeiten zu können, belaufen sich monatlich auf 1500-2000 Mark. Unser Ziel ist es, einen Stamm von ca. 300 Fördermitgliedern aufzubauen. Durch einen monatlichen Beitrag ab 5 Mark könnt ihr mithelfen den PAPIERTIGER zu sichern.
Zur Zeit (Stand mitte Dez. 95) haben wir 51 Mitleider, die uns mit monatlich 400 Mark fördern, oder anders gerechnet 80 5 Mark Beiträge von 300 anvisierten.
Das Ziel ist realistisch - fördere das Mögliche! Werde Mitglied! (Beitrittserklärung am Ende)

WIR BRAUCHEN EURE MITARBEIT !

Als Archiv sind wir auf eure Flugies, Zeitungen, Dokus usw. angewiesen. Deshalb schickt uns jeweils ein Belegexemplar eurer Stadtzeitung, Broschüre, eures Infoblattes zu. Bringt eure verstaubten Privatarchive, Flugies, Demoaufrufe, Plakate, ausgelesenen Bücher vorbei! Auch weitere Sachspenden in Form von Büromaterial (Ordner, Eddings, Klebestifte, Kopierpapier usw.) sind allzeit willkommen.

ANSCHRIFT:
PAPIERTIGER
Cuvrystr. 25
10997 Berlin
Tel.: 6183051
Postbank Berlin, Kto.Nr.: 96545-103, BLZ: 10010010

ACHTUNG: NEUE ÖFNUNGSZEITEN
MO., DI., DO.: 14.30 - 18.00 Uhr
MI.: geschlossen
FR.: 14.30 - 18.00 Frauentag

Füll den Coupon aus, bring ihn vorbei oder schick ihn uns zu. Sobald deine Märker bei uns angekommen sind, bekommst du einen Mitleidsausweis ausgehändigt, mit dem du bei uns Bücher aus der Bibliothek ausleihen kannst.

✂ .... ✂

BEITRITTSERKLÄRUNG

Jawolla, auch ich will das Archiv für soziale Bewegungen, mit dem Rufnamen PAPIERTIGER, mit einem monatlichen Beitrag ab 5 Mark unterstützen!
Hiermit erkläre ich mich bereit, den Verein Ku-Bi e.V. als Fördermitglied monatlich mit DM .... zu unterstützen.
Der Betrag wird monatlich auf das Konto Ku-Bi e.V. in Berlin, Postbank Berlin, Kto-Nr.: 96545-103, BLZ: 10010010 überwiesen.
Die Mitgliedschaft beginnt am ....
Name..
Adresse.. ....
Tel.:.. Datum Unterschrift

WIR HABEN DIE SCHNAUZE VOLL !

Am 12.12. und 14.12. hat Beyer, Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, sechs unserer MitbewohnerInnen als ZeugInnen geladen. Gegen vier wurde jeweils 5 Monate Beugehaft und Ordnungsgeld verhängt. Der fünfte bezog sich auf sein Aussageverweigerungsrecht nach §52 (Verlobung) und der sechste Geladene wurde zu einem Ordnungsgeld von 1000.- DM verurteilt. Conny, Jens, Nick und Petra sind jetzt fünf Monate im Knast, weil sie die Aussagen in einem Verfahren gegen Andrea, einer Mitbewohnerin, verweigert haben.
Gegen Andrea wird wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zur Herbeiführung eines Sprengstoffanschlages, gemeint ist Weiterstadt, ermittelt. Wurde sie zu Beginn der Ermittlungen noch als Zeugin geladen, so gilt sie jetzt als Beschuldigte. Da alles daraufhin deutete, daß Andrea sich im Fadenkreuz der Staatsschützer befindet, ist sie weggegangen.

Wir grüßen Andrea und alle Untergetauchten und wünschen ihnen ganz viel Kraft !

Zur Erinnerung:

Am 27.3.93 sprengte ein Kommando der RAF den Knastneubau in Weiterstadt.

Drei Monate später wird Wolfgang Grams in Bad Kleinen von der GSG9 erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen. Bei dieser Geheimdienstoperation fliegt der Spitzel Steinmetz auf. Andrea hatte Kontakt zu Steinmetz und kaufte nach Bad Kleinen sein Motorrad samt Zubehör.

Im Mai 94 beginnt die Hausdurchsuchungswelle in der Fritze. Die Motorradkoffer des Spitzels werden im Flur einer Wohnung beschlagnahmt. Die Chemiker des BKA's behaupten, darin Sprengstoffkomponenten in hoher Konzentration gefunden zu haben.

Wir sagen, wenn in den Motorradkoffern des VS-Spitzels Steinmetz Sprengstoffspuren gefunden wurden, führen diese zum rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz und zu Steinmetz, aber nicht in unser Wohnprojekt.

Das BKA behauptet desweiteren auch, an anderen in unserem Haus beschlagnahmten Gegenständen weitere geringe Spuren von Sprengstoffkomponenten gefunden zu haben. Sie selbst sagen in ihrem Gutachten, daß bei **so** geringen Mengen Fehleintragungen bei der Spurensicherung nie ganz auszuschließen sind. Trotzdem versucht Beyer diese Sachen Andrea zuzuordnen. Unter anderem fragt er in der ZeugInnenvorladung, ob die sichergestellten Gegenstände Andrea gehören würden.

Die Aussagen wurden verweigert!

Der Terror der Staatsschützer hört aber noch lange nicht auf. Der dritten Hausdurchsuchung folgt die vierte, und jetzt, Anfang Dezember die fünfte Hausdurchsuchung. Die BKA-Bullen durchwühlen auf mündliche Anordnung von Bundesanwalt Griesbaum schon wieder alle Wohnungen des Projektes. Ein neues, mittlerweile das dritte, Ermittlungsverfahren nach §129a ist eröffnet worden. Es richtet sich gegen unsere Mitbewohnerin Andrea wegen Mitgliedschaft in und unseren Mitbewohner Sven, wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Nach eineinhalb Jahren Staatsschutzterror ist das Ergebnis, daß gegen Andrea nach §129a ermittelt und sie gesucht wird, Sven nach §129a verfolgt wird und 4 unserer MitbewohnerInnen in Beugehaft sind. In Beugehaft deshalb, weil sie nicht mit genau diesem Staatsschutz zusammenarbeiten wollen..



Alle sechs, die bei Beyer vorgeladen waren, haben bewußt in Kauf genommen, für einige Monate aus ihrer Lebenssituation herausgerissen zu werden und die Konsequenzen zu tragen.
Für Nick zum Beispiel bedeutet das, die seit einem Jahr angefangene Lehre zu verlieren, für Petra die Trennung von ihrem einjährigen Kind. Diese Entscheidung, eher in den Knast zu gehen als Aussagen zu machen ist keine Selbstverständlichkeit. Für uns in der Fritze ist es eine ständige Auseinandersetzung mit all unseren Widersprüchen um ein einheitliches Vorgehen zu finden. Wir sind ein Lebenszusammenhang und keine organisierte politische Gruppe. Es geht uns auch nicht alleine darum, Haltung zu bewahren und auszudrücken. Wir denken grundsätzlich, daß wir unser gemeinsames Selbstverständnis überprüfen und wieder schaffen müssen, um der Beugehaft etwas entgegenzusetzen. Wir konnten sie nicht verhindern, aber unsere MitbewohnerInnen haben mit ihrem Verhalten auch Punkte gesetzt:

- daß wir nicht erpressbar sind
- daß wir uns nicht ihrem Druck unterwerfen
- und daß wir schon garnicht mit ihnen zusammenarbeiten.

Wir werden uns auch jetzt nicht ruhig verhalten und die Beugehaft stillschweigend hinnehmen. Wir sehen die Angriffe gegen uns im Zusammenhang mit den laufenden Verfahren gegen unterschiedliche linke Zusammenhänge und auch mit der Verfolgung kurdischer Organisationen.

Auch wenn wir grad nicht viel in der Hand haben, wir haben unsere Überzeugung, unsere Hoffnung, unsere Wut und unseren Willen: ZU WIDERSTEHEN.

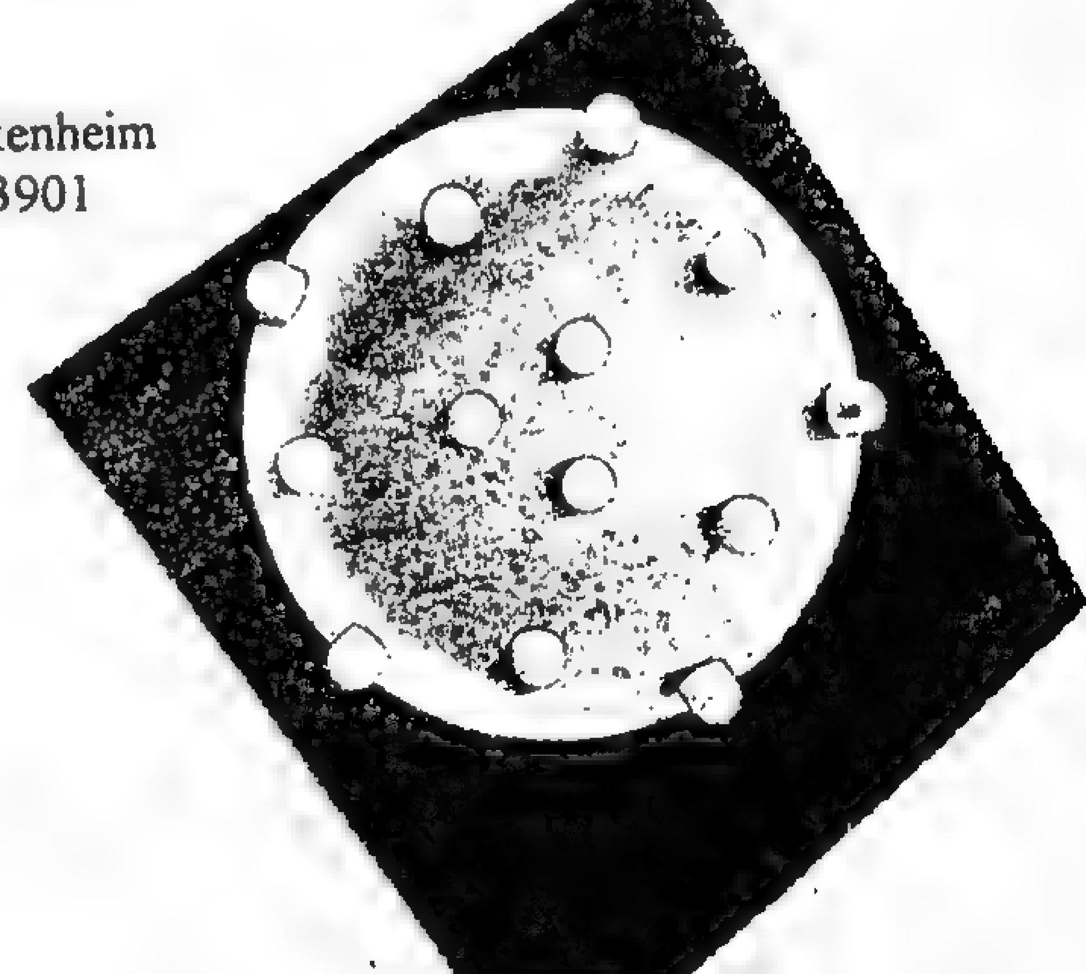
Wir grüßen Nick in Heimsheim, Jens in Rastatt, Conny in Bühl und Petra in Schwäbisch Gmünd und wünschen ihnen GANZ VIEL KRAFT !

Wenn ihr ihnen schreiben wollt, geht dies nur über: c/o Beyer, Herrenstraße 45a, 76125 Karlsruhe, FAX: 0721/159-831, Tel.: 0721/159-0

Aktuelle Infos über: Infoladen, c/o Exzess, Leibziger Straße 91, 60487 Frankfurt, Tel.: 069/774670 (So. zwischen 11.00 und 16.00 und Mo. zwischen 18.00 und 22.00)

AnwältInnen kosten Geld, Knast-Abos auch. Deshalb bitten wir um Spenden !!!!

Spendenkonto: (E.Bauer)
Stichwort 'Fritze'
BfG Frankfurt Bockenheim
Konto-Nr.: 3557853901
BLZ: 500 101 11





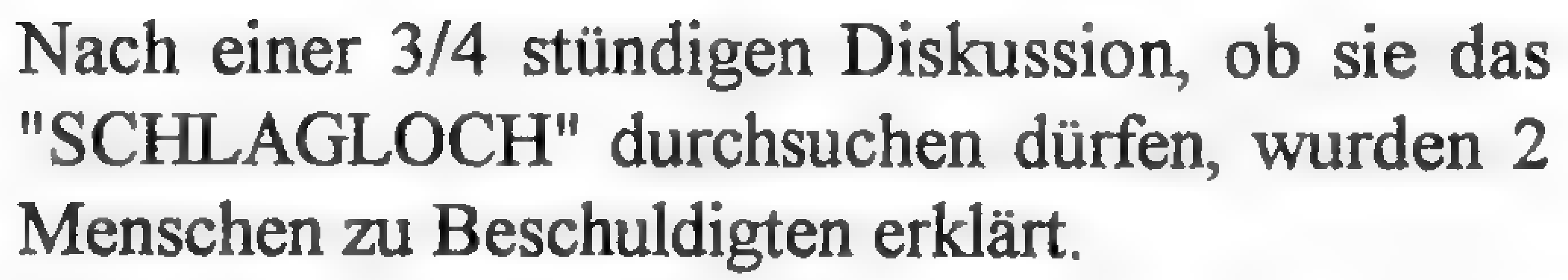
Weihnachten

Durchsuchung des INFO-Laden in Dresden

Hi alle,

Wir möchten hiermit intensiver auf das eingehen, was seit dem 14.12.95 in Dresden passiert ist. In der regionalen Tagespresse wurde sich, wie sollte es auch anders sein, außschließlich auf Meldungen der Polizei bezogen. Dazu kam dann noch Sensationsgier der Medien, so daß Fakten kaum noch von Vermutungen und Unterstellungen zu unterscheiden waren.

Am 14.12.95 fand im Infoladen „Schlagloch" Dresden eine Razzia statt. Es waren ca. 10 LKA-Beamte der Staatsschutzabteilung, der Staatsanwalt Uebele als Beauftragter der Bundesanwaltschaft, im Einsatz. Ca 15 uniformierte Polizisten riegelten den Zugang zum Haus ab. Jede/r Bewohner/in des Hauses wurde zur Wohnungstür begleitet, nachdem die Personalien festgestellt wurden. Die Razzia begann um 16.15 Uhr und dauerte bis ca. 21.30 Uhr.
Die Beamten kamen mit einem Durchsuchungsbeschluß vom Amtsgericht Dresden für den Infoladen „SCHLAGLOCH".
Vorwurf: **Verdacht des Werbens für eine terroristische Vereinigung (§129a).**
Bergründung: - *Vetreiben von 2 Ex. der Zeitschrift radikal Nr. 153 Teil 1 und 2 bzw. Ausleihen derselben an unbekannte Personen.*
Dabei wird auf ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft vom 29.11.95 gegen die unbekannten Hersteller und Vertreiber der Zeitschrift radikal Nr.153, deren Inhalt den Straftatbestand des Werbens für die terroristische Vereinigung „Rote Zora" erfüllt, bezug genommen.



Nach einer 3/4 stündigen Diskussion, ob sie das "SCHLAGLOCH" durchsuchen dürfen, wurden 2 Menschen zu Beschuldigten erklärt.
Dann begannen die Beamten die Räume nach Beweismaterial durchzuwühlen.
Dabei wurden:

- mit Streamern alle Festplatten kopiert.
- die archivierten „radikal"-Zeitschriften,
- Installationsdisketten und andere Disketten
- verschiedene adressierte Briefumschläge (vorallem aus dem Ausland)
- eine Dokumentation der Durchsuchung vom 13.6.95 zu radikal / das K.O.M.I.T.E.E. / AIZ
- 1 Zeitschrift „radikale Zeiten Nr. 1" vom 25.11.95
- 3 Fotografien mit Faschos (die den Hitlergruß zeigen)
- diverse Papiere von den Leuten der Venceremos (Zeitung aus Dresden)

beschlagnahmt.
Während der Durchsuchung wurde der erste Beschuldigte zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Ein Gast des Schlagloches durfte nach Feststellung der Personalien gehen. Der zweite Beschuldigte mußte warten bis die Durchsuchung beendet war. Dann wurde auch er zur ED-Behandlung verschleppt. Nach einer Vernehmung durften die zwei Beschuldigten gegen 23.30 Uhr das Gelände des LKA Sachsen verlassen. Die zwei werden beschuldigt, die „radikal" 153 Teil 1 und 2 vertrieben zu haben.

In der Zwischenzeit hatte es sich herumgesprochen, daß es eine Durchsuchung gibt. Donnerstags sendet das freie Radio „ColoRadio" auf der Frequenz von Energy (100,2 Mhz in Dresden). Dort wurde gleich darüber berichtet und mit Betroffenen ein Telefon-Interview geführt, wobei eine Demo für Freitag um 17°° Uhr unter dem Thema "radikale Weihnachten" angekündigt wurde.
Desweiteren versuchte ein Anwalt, mit den Festgenommenen in Kontakt zu treten. Dies wurde ihm mit der Begründung, daß alles rechtmäßig wäre, verwehrt. Zuvor hatten vier Anwälte die Vertretung der Beschuldigten abgelehnt, nachdem sie von dem Vorwurf (§129a) unterrichtet wurden. Gleichzeitig versammelten sich Menschen vor dem Gelände des LKA um die Freilassung der zugeführten Leute zu fordern. Dort wurde ihnen mitgeteilt, daß einer der Betroffenen schon wieder auf freiem Fuß wäre, was sich als falsch herausstellte. Gegen 23.30 konnten die beiden Beschuldigten das LKA verlassen.
Bei der Demo am Freitag versammelten sich ungefähr 50 Menschen mit Transparenten auf denen „Hände weg vom SCHLAGLOCH", „radikal ins nächste Jahrtausend" und „für radikale Weinachten" stand, vor dem Weihnachtsmarkt.
Darauf erschienen 3 Beamte der Polizei und erklärten ein Versammlungsverbot zum Thema SCHLAGLOCH-Razzia in dem Zeitraum vom 15.12.95 - 26.12.95 (Weihnachtsmarktzeit), welches das Ortsamt am morgen des 15.12.95 beschlossen hat (Grundlage ist ein Gesetz von 1953, wonach alle politischen Versammlungen in der Nähe der Weihnachtsmärke verboten sind). Daraufhin entschlossen sich die Leute einen Weihnachtsmarktspaziergang zu machen, wobei die Trasparente weiter gezeigt wurden. Das war für die Polizei (150-200 Beamte mit 5 Videokameras) ein Grund einzugreifen, wobei die Zivilbeamten am härtesten vorgingen. Bei dieser Aktion wurden 6 Menschen kurzzeitig festgenommen und nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen (einer wurde nach Hause gefahren, da er unter 16 Jahre war).

Am 18. 12. fand eine vom Stadtschülerrat organisierte und angemeldete Demo gegen Frankreichs Atomwaffenversuche statt. Auf dem Weg durch die Dresdner Innenstadt wurden neben Transparenten, die sich gegen die Atomwaffenversuche äußerten, auch Spruchbänder mit Aufschriften wie:"radikal gegen Atomtests" und „Keine Kompromisse - radikal" getragen. Nachdem der Veranstalter die Demonstration offiziell für beendet erklärte, beschlossen einzelne Demonstranten (ca.100 Leute), eine radikal-Spontandemo zum Infoladen zu machen. Ca. 20 Polizeibeamte begleiteten diese bis dahin. Im Schlagloch fand dann eine kurze Informationsveranstaltung zu den Ereignissen der letzten Tage im Zusammenhang mit der Durchsuchung des Infoladens und der coloRadio- Sendung statt. Hierbei wurden Fakten vermittelt und die sehr einseitige Berichterstattung der Presse richtiggestellt.
Wir haben einen Ermittlungsausschuß (0351/8020194) eingerichtet, der sich um Anwälte zur Zeugenbegleitung bemüht. Das wird sehr viel Geld kosten. Deshalb sind Spenden gern gesehen.
Spendenkonto-Nr.: 1100246 (Dirk Buschmann)
BLZ: 500 901 00 bei der Ökobank

trotz eißiger Kälte - frohen Mutes
die Infoladenleute

Die Nachbarn haben ein Herz für die „Stadtratten"

Durch einen Brand vertriebene Hausbesetzer wohnen derzeit auf dem Helmholtzplatz – aber niemand weiß, wie es weitergeht

VON ARNE SIEBERT

BERLIN. Seit am 28. Dezember des letzten Jahres das besetzte Haus in der Schliemannstraße 10 gebrannt hat, gibt es auf dem Helmholtzplatz 20 bis 30 „Stadtratten". Bei Temperaturen um zehn Grad unter Null friert die Gruppe, die sich ihren Namen selbst verpaßt hat, um die Wette. Nachts verkriecht sie sich in ein vom Malteser-Hilfsdienst gespendetes Zelt. Tagsüber hokken die Stadtratten, zu denen sich auch Minderjährige zählen, mitten auf dem Platz auf Bänken und Sesseln um eine Tonne herum, die als Feuerstelle dient.

Größere Transporte werden mit Einkaufswagen und Schiebkarren erledigt. Bewegen aber müssen sich die Stadtratten eigentlich gar nicht: Die Anwohner bringen nämlich täglich Brennholz, Brote, Büchsen und Bierkisten vorbei. Tierfreunde verschenken regelmäßig Hundefutter. Auch Geldspenden bis zu 200 Mark sind schon abgegeben worden. Sie werden auf das Konto des Vereins „Stadtratten" eingezahlt, der gegründet wurde, „um Hausbesetzerteile besser durchsetzen zu können", wie es einer formuliert, der namentlich nicht genannt werden will.

Auch wenn niemand am Hungertuch nagt: Die Stadtratten sind unzufrieden. Nicht nur, daß „zu wenig schöne Frauen auf dem Platz sind", wie ein Kapuzenträger anmerkt. Es ist zudem einfach zu kalt draußen. „Die meisten von uns stehen am Rande einer Lungenentzündung", sagt eine der wenigen Frauen. Zwar haben zwei Ärzte aus dem Kiez angeboten, die härtesten Fälle auch ohne einen Versicherungsnachweis zu behandeln. Trotzdem wollen die Platzbesetzer wieder Hausbesetzer werden. In die abgesperrte Schliemannstraße 10 können sie jedoch nicht zurückkehren. Das Haus war schon vor dem Brand, bei dem zwei Menschen umgekommen sind, nicht einmal mehr besetzbar: „Ein Bewohner ist vor einem Jahr durch den Fußboden in den Keller gestürzt", berichtet Udo Kretschmann vom Wohnungsamt. Ginge es nach dem Bezirksamt, dann würde das in einem Sanierungsgebiet gelegene Haus schlichtweg abgerissen und durch eine Grünfläche samt Spielplatz und Kita ersetzt werden. Der Eigentümer hat jedoch anderes im Sinn.

DER BIERKONSUM steigt und fällt mit den Temperaturen. Foto: Thilo Rückeis

Gleiches gilt für den Besitzer der Raumerstraße 33, dessen Haus die Stadtratten vom Bezirksamt als Unterkunft fordern. Deshalb hält Sozialstadtrat Reinhard Kraetzer (SPD) die Stadtratten auch nicht für Obdachlose, sondern für politische Demonstranten. „Ich weiß bloß nicht, gegen wen sie demonstrieren", sagt Kraetzer. „Wir haben den Besitzer der Raumerstraße 33 aufgefordert, das Gebäude zu vermieten, aber wir können es natürlich nicht einfach einer Gruppe von Hausbesetzern zuweisen", sagt der Sozialstadtrat.

Das Bezirksamt hat den Helmholtzplatzbewohnern mehrmals angeboten, sie einzeln unterzubringen. Doch die Stadtratten wollen sich nicht trennen. „Wer eine Wohngemeinschaft gründen will, muß sich aber auch um ein Haus kümmern", sagt der Sozialstadtrat. Das haben die Stadtratten auch vor. Auf ihre Art.

„Denn von den Parteien, die uns eh nur verarschen wollen, haben wir ohnehin nichts zu erwarten", sagt einer von ihnen. Welche Objekte er im Auge hat, wollte er dem Tagesspiegel naturgemäß nicht verraten. Vielleicht aber überlegen es sich die Stadtratten auch noch anders und bleiben auf dem Helmholtzplatz. Schließlich steigen die Temperaturen, und die Versorgung durch die Anwohner wird auch von Tag zu Tag besser.

ATHEN: Erster Schauprozeß endet mit Terrorurteilen - 40 Monate Knast für GenossInnen

Wie befürchtet hat die griechische Regierung ein Exempel an den GenossInnen statuiert, die im Zusammenhang mit der Polytechnikumbesetzung am 17. November festgenommen wurden.
Im ersten Massenprozeß gegen 126 Angeklagte wurden 64 GenossInnen zu 3 Jahren und 4 Monaten Knast verurteilt, gegen 58 Angeklagte wurden Knaststrafen von 2 Jahren und 7 Monaten verhängt, vier kamen mit jeweils vier Monaten davon. Allein 20 Monate wurden wegen "Zusehens beim Verbrennen einer griechischen Fahne" verhängt, der Rest wegen "Beihilfe bei der Zerstörung von Staatseigentum".

Der "Prozeß" gegen unsere GenossInnen spottete jeder Beschreibung, die griechische Justiz kümmerte sich einen Scheiß um einen rechtsstaatlichen Schein. Im Gerichtssal standen behelmte Bullen und jede Öffentlichkeit war ausgeschlossen. Der Vorsitzende Richter wurde auf Druck von oben ausgewechselt, nachdem er verkündet hatte, den Prozeß auf Antrag der Verteidigung auszusetzen. Auch die Staatsanwältin war anfangs geneigt, den Prozeß auszusetzen. Der oberste Athener Staatsanwalt wies sie nach Rücksprachen mit dem Polizeipräsident an, auf der Weiterführung zu bestehen. Damit war klar, daß die Angeklagten um jeden Preis verurteilt werden sollten. Als nächstes spaltete das Gericht die Angeklagten in sechs Gruppen auf und wollte an unterschiedlichen Tagen weiterverhandeln.

An diesem Punkt reichte es den meisten Angeklagten und den VerteidigerInnen. Sie verließen den Gerichtssal und nahmen an dieser Farce nicht länger teil. Die Athener Anwaltsvereinigung unterstützte ihre Mitglieder in dieser Entscheidung und forderte alle AnwältInnen in einer öffentlichen Erklärung auf, aus Protest gegen die massiven Verletzungen strafprozessualer Rechte, an diesem Prozeß nicht mehr teilzunehmen. Daraufhin verließen auch die AnwältInnen des Polytechnikums den Saal, die eigentlich die Aufgabe hatten, von den Angeklagten Schadensersatz einzuklagen. Dieser Gespensterprozeß ohne Verteidigung, ohne Öffentlichkeit und ohne die meisten Angeklagten endete dann mit den harten Urteilen, die oben beschrieben wurden.

Am 6.12. hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen zwei Promis erhoben (einen Politologie-Professor und einen sehr populären Schauspieler), die sich in einer Fernsehsendung mit den Verhafteten solidarisiert hatten. Beiden wird "Befürwortung eines Verbrechens" vorgeworfen. Daraufhin erklärten mehrere tausend Menschen per Briefen, Telefonanrufen und offiziellen Erklärungen ihre Solidarität nicht nur mit den beiden Promis, sondern mit allen Angeklagten des 17. November.

Zur Zeit sind die Verurteilten noch auf freiem Fuß bis zur Entscheidung eines Berufungsgerichts. Gegen vier Verurteilte ist Haftbefehl erlassen worden, bis Weihnachten hatten sie sich ihrer Verhaftung entzogen. Weiteres ist noch nicht bekannt.

Die Verfahren werden weitergehen, wir wissen, daß wir hier nicht viel werden machen können und doch sind wir nicht zur völligen Untätigkeit verdammt. Der griechische Staat präsentiert sich an verschiedenen Stellen hier in Berlin und auch in anderen Städten der BRD. Außerdem ist im Frühjahr wieder die ITB (Internationale Tourismus Börse), wo es garantiert einen offiziellen Stand geben wird...

Sofortige Freilassung der Gefangenen und Einstellung aller Verfahren im Zusammenhang mit dem 17. November!
Hoch die internationale Solidarität!

Einige Autonome

Zweite offene Erklärung der Autonomen Antifa (M) über den Umgang mit der Tat eines ehemaligen Mitglieds

Vor einem Monat haben wir die linke Öffentlichkeit mit einer offenen Erklärung über den derzeitigen Stand des Umgangs mit dem Vorwurf der Vergewaltigung gegen ein damaliges Mitglied der Autonomen Antifa (M) informiert.

1. Die Diskussion, die der Erklärung vorausging hat einige Zeit beansprucht und es lange vielen unmöglich gemacht, unsere Sichtweise kennenzulernen und unser Verhalten zu beurteilen. Die Veröffentlichung der Erklärung hat dann neben Ablehnung auch Zustimmung und sachliche Kritik hervorgerufen und so unsere Auseinandersetzung um einiges bereichert.

Unser Anspruch im Umgang mit Vorwürfen jeglichen sexistischen Verhaltens gegen Mitglieder unserer Gruppe ist, grundsätzlich der Darstellung der betroffenen Frau Glauben zu schenken. Wir halten dies für die einzig mögliche Konsequenz aus der Realität einer patriarchalen Gesellschaft. Diesem Anspruch sind wir im konkretem Vorwurf nicht gerecht geworden. Wir halten ein differenziertes Vorgehen nach wie vor für notwendig, doch **inzwischen sehen wir es als einen Fehler an, die Auseinandersetzung mit der Tat geführt zu haben, solange der Täter noch in der Gruppe war. In Zukunft wird unser erster Schritt sein, den Täter aus der Gruppe auszuschließen.** Dieser Schritt ist Ausdruck unserer inneren Überzeugung, den Täter als Täter zu betrachten und nicht als Opfer, was eine Umkehrung des grundlegenden Verhältnisses von Täter und Opfer wäre.

Eine eventuelle Wiederaufnahme ist abhängig von seiner Bereitschaft, den Forderungen der Betroffenen nachzukommen, von der Bewertung der Tat durch die Frauen der Autonomen Antifa (M) und von deutlichen Signalen der Weiterentwicklung des Täters an seiner Tat im besonderen und Sexismus im allgemeinen.

Diesen Schritt haben wir nun nachgeholt: **Wir haben den Täter aus unserer Gruppe ausgeschlossen.** Für unsere abschließende Bewertung erhoffen wir uns weitere Klärung durch einen erneuten Austausch mit Unterstützerinnen der betroffenen Frau.

2. Im folgenden beschreiben wir unser bisheriges Vorgehen genauer, einschließlich der Resultate, besonders der Fehler und der Konsequenzen, die wir daraus gezogen haben.

Als der Vorwurf bekannt wurde, war unsere erste Reaktion, jede der Forderungen der betroffenen Frau zu unterstützen, um ihr so weit wie möglich entgegenzukommen. Inhalt ihrer Forderungen war, daß der Täter sich von ihr fernhält - egal wo sie sich befindet. Das beinhaltete für den Täter auch das Verlassen von Demos und allen anderen öffentlichen Veranstaltungen, sobald er von ihrer Anwesenheit erfuhr. Von unserer Seite aus beschlossen wir, daß der Täter solange nicht für die Gruppe öffentlich auftritt, bis eine Klärung erreicht ist. Außerdem erwarteten wir die schon erwähnten deutlichen Signale seiner Weiterentwicklung.

Zu keinem Zeitpunkt forderte die Frau einen Ausschluß des Täters aus unserer Gruppe. Deshalb sahen wir *damals* die Möglichkeit seiner Duldung für die Dauer der Klärung, um die Auseinandersetzung mit ihm zu erleichtern.

3. Unser nun folgendes Vorgehen orientierte sich an bestimmten Schritten für unseren Umgang mit Sexismus in der Gruppe, auf die wir uns Anfang 1994 geeinigt haben. **Eine grobe Richtschnur halten wir für sinnvoll, da sie die Beeinflussung einer Diskussion durch aktuelle Faktoren wie äußeren Druck, Gruppenstimmung oder sozialer Status des Täters vermindern hilft.**

Hintergrund ist unsere bewußte Entscheidung für eine gemischte Organisierung. Selbstverständlich ist unsere Gruppe nicht frei von Sexismus. Frauen wie Männer können ihre geschlechtsspezifische Sozialisation nicht von heute auf morgen ablegen, wobei Männer als alltägliche Nutznießer eine besondere Verantwortung für ihre persönliche Weiterentwicklung tragen. Folglich sind wir zwangsläufig - wie jede andere gemischte Gruppe auch - immer wieder verpflichtet, einen verantwortungsvollen Umgang mit Sexismus in der Gruppe zu finden.

Vor diesem Hintergrund erschien es uns sinnvoll, neben der Anerkennung der Forderungen der betroffenen Frau eine Definition für unseren *eigenen* Umgang zu entwickeln, die uns als Grundlage für unsere Bewertung dienen kann. Im Zuge des Diskussionsprozesses erarbeiteten die Frauen der Autonomen Antifa (M) die folgende Definition als Orientierung:

Vergewaltigung ist für uns der Zwang zu einer sexuellen Handlung gegen den verbal oder nonverbal ausgedrückten Willen einer Frau, die ihre körperliche Integrität verletzt. Das schließt sexuelle Handlungen in einer durch physischen oder psychischen Druck geschaffene Atmosphäre ein, ohne daß sie ihre Ablehnung gegen einen einzelnen Übergriff ausdrückt.

Vergewaltigung ist einer der krassesten Ausdrücke des Patriarchats und steht jeder revolutionären Perspektive unvereinbar gegenüber. Eine Zusammenarbeit mit einem Vergewaltiger ist für uns unter keinen Umständen vorstellbar. Auch ein anderes sexistisches Verhalten kann genügen, um eine weitere Zusammenarbeit mit dem Täter auszuschließen.

4. Wir begannen unsere interne Auseinandersetzung mit getrennten Diskussionen in einem Frauen- und einem Männerplenum. In beiden Gruppen erörterten wir die Tat und kamen zu einer vorläufigen Bewertung. Die Grundlage für die Diskussion im Frauenplenum *sollte* in erster Linie die Darstellung der betroffenen Frau sein, die auch über eine Dritte erfolgen konnte. Bei der Darstellung ging es uns nicht um Details, sondern um eine *grobe* Erläuterung der Tat. Das Männerplenum sollte die Darstellung der Betroffenen über das Frauenplenum erhalten, wobei die Integritätsgrenze der Frau auf keinen Fall überschritten werden darf. Darüberhinaus halten wir es für notwendig, daß der Täter vor beiden Plena Rede und Antwort steht.

Bei dieser Überlegung hatten wir nicht berücksichtigt, daß die betroffene Frau nicht bereit ist, eine grobe Erläuterung der Tat zu geben. Obwohl ihre Äußerung eine große Hilfe für uns gewesen wäre, respektieren wir ihre Entscheidung.

Da die Konsequenz des politischen und sozialen Ausschlusses die härteste Sanktion ist, die wir als Gruppe fällen können, halten wir eine *grobe* Erläuterung der Tat nach wie vor für unerläßlich. Konsequenzen, die für den Täter über den Gruppenbeschluß hinausgehen, sind darüberhinaus vorstellbar.

Die grundsätzliche Entscheidung über den Verbleib eines Genossen in der Gruppe liegt bei den Frauen der Autonomen Antifa (M), da Frauen unmittelbar von einem Sexisten betroffen sind. Die Frauen entschieden sich, unsere Bewertung nur auf die Darstellung des Täters zu stützen, obwohl uns klar war, daß seine Sichtweise bestenfalls seine eigene Wahrnehmung widerspiegeln kann. Dieser Informationsstand rechtfertigte daher weder die Bezeichnung Vergewaltigung noch einen Ausschluß aus der Gruppe. Auch damals war uns klar, daß dieser Informationsstand völlig unzureichend war und ist. **Heute heißt das für uns, daß diese Bewertung nur eine vorläufige gewesen sein kann, und eine endgültige Bewertung uns noch bevorsteht.**

5. Darüberhinaus hat unsere Erfahrung gezeigt, daß eine versuchsweise Duldung des Täters in unseren Reihen eine sachliche Diskussion in der Öffentlichkeit unmöglich macht: Es sind Stimmen laut geworden, die nach einfachen Lösungen rufen und sogar versuchen unsere öffentliche Meinungsäußerung zu behindern, ohne die Gründe für unser Vorgehen zur Kenntnis zu nehmen. Wer sich nur für den Verbleib des Täters interessiert und die Auseinandersetzung mit ihm, nur weil sie innerhalb der Gruppe stattfindet, plakativ zum Täterschutz erklärt, spielt den Ausschluß gegen die Auseinandersetzung aus und begünstigt einen bequemen Umgang: Der sofortige Ausschluß eines Täters birgt die Gefahr, daß danach überhaupt keine Auseinandersetzung mehr stattfindet, da sie sich nun scheinbar erledigt hat.

Auf einem völlig anderen Blatt steht die tatsächliche Erschwernis, die eine versuchsweise Duldung des Täters während der internen Klärung mit sich brachte: **Die ständige Präsenz des Täters und die gleichzeitige Anonymität der betroffenen Frau offenbarte die Schwierigkeit, das grundlegende Verhältnis von Täter und Opfer und unsere inneren Überzeugung - in erster Linie der Betroffenen Glauben zu schenken - im Auge zu behalten.**

Der Vorteil der leichteren Auseinandersetzung mit dem Täter während der vorläufigen Duldung wird durch die beschriebenen Nachteile überwogen. Deswegen haben wir unser Vorgehen entscheidend verändert, indem wir den umgehenden Ausschluß des Täters zum ersten Schritt erklärt haben.

Für den Umgang mit Sexismus gibt es kein Patentrezept. Unser Versuch ist Ergebnis aus einer gründlichen Auseinandersetzung und ist weiterhin offen für Verbesserungen. Pauschale Schuldzuweisungen erschweren eine sachliche Diskussion erheblich und zeugen nach unserer Erfahrung von wenig eigener Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Sexismus.

Wir stehen nach wie vor zu jedem einzelnen unserer Schritte und sind auch bereit, dafür Kritik hinzunehmen. Praktisches Handeln ist nie völlig fehlerfrei, aber doch Voraussetzung, um anhand von unerwünschten Folgen das Vorgehen weiter zu verbessern.

Autonome Antifa (M)
15. Dezember 1995

Hallo,hier meldet sich das Anti A 33 Hüttendorf aus Dissen.Neulich haben wir die Telefonkette ausgelöst, weil wir eine Räumung für den 4./5. Januar befürchteten. Glücklicherweise kam es nicht dazu.Trotzdem wollen wir hier schriftlich veröffentlichen, was vor und am 4./5.Januar stattfand und wie die derzeitige Situation einzuschätzen ist.

Seit knapp drei Jahren gibt es nun schon das Hüttendorf, seit Mai'94 - nach der ersten Räumung - auf dem Platz, den wir derzeit besetzt halten. In relativer Ruhe vor der Staatsgewalt konnten wir dort Hütten errichten und mit den bescheidenen Mitteln, die mit 15 - 20 BewohnerInnen möglich sind, Widerstand gegen dsa Betonprojekt und dieHERRschende Politik im Lande leisten.Mit dem Erlaß des Sofortvollzuges des A 33 Baus auch auf dem Hüttendorfgeländes gegen Ende Oktober 95 hat sich unsere Situation jedoch grundsätzlich geändert. Prinzipiell können wir jederzeit geräumt werden. Genau das befürchteten wir auch im Herbst, aber mit einsetzendem Winter und Minustemperaturen ist der Beginn der Bauarbeiten und eine Räumung im Dezember für uns als nicht mehr so akut angesehen werden wie imOktober. Auch sonst sprachen keine weitere Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Räumung. Ein Mitte Dezember aufgetauchtes Gerücht, daß am 4./5. Januar Räumung sei, schien uns belanglos. Diese Entscheidung änderte sich jedoch Anfang Januar.

Dienstag 2.Januar:
Zwei Zivibullen lungerten des morgens vor dem Hüttendorf herum, scheinen über diverse Zufahrten zu diskutieren und zogen angesichts unserer hochgezogenen Zugbrücken belämert von dannen - machten allerdings Fotos.Des abends wird uns noch mal das Gerücht über den 4./5. zugetragen.Auch diesmal nehmen wir es nicht sonderlich ernst, aber das gleichzeitige Auftauchen der Zivis macht uns Unbehagen. Wir informieren einige unserer UnterstützerInnen über die Lage.

Mitwoch 3.Januar:
Des morgens fragt uns ein Nachbar, was denn los sei, die ganze Siedlung würde über eine Räumung am 4. oder 5.1. reden. Inzwischen ist ein Brief vom Autobahnneubauamt an einen Nachbarn bekannt geworden, in dem dieser zur Duldung von Baumfällarbeiten ab Anfang Januar aufgefordert wird. Zur selben Zeit kurvt ein Streifenfahrzeug mitten im benachbarten Wald herum. Kurze Zeit später tauchten Bauarbeiter vor dem Hüttendorfgelände auf und besprechen Arbeiten, wie Baumfällungen nach der Räumung. Für uns sind das inzwischen soviel Anzeichen einer Räumung, daß wir ab mittags wesentliche Leute und Gruppen unserer UnterstützerInnen anrufen.Während der nun folgenden Mobilisierung verdichten sich die Aktivitäten der Polizei immer mehr. Wir bekommen heraus, daß die immer häufiger rumkurvende Polizei nicht aus Dissen, sondern von Osnabrück ist, so daß wir ab 18 Uhr von einer sehr wahrscheinlichen Räumung ausgehen. Gegen Abend kommen dann immer mehr Leute ins Hüttendorf.Es ist dunkel und kalt, aber das tut der Aktivität keinen Abbruch. Die Hüttendorfwälle werden befestigt, auf den benachbarten Schienen Barrikaden gebaut.

Donnerstag 4.Januar:
Wir sind mehr als 60 Leute.Für ein Plenum ist die Gemeinschaftshütte viel zu klein, es findet draußen bei einem riesigen Lagerfeuer statt, das die ganze Nacht über brennt.Schnell wird uns deutlich, daß wir bei allen bisherigen Konzeptplanungen im Falle einer Räumung eines vergessen haben. Wir haben nie angenommen, daß wir so frühzeitig von einer Räumung erfahren, so daß wir tatsächlich hunderte oder mehr Personen noch ins Dorf mobilisieren können. Wir haben zwar inzwischen ausdiskutiert, können das Ergebniss aber nicht auf diesem Wege mitteilen - Bullen lesen mit.Trotz der Hektik kriegen wir trotzdem in dieser Nacht noch ein halbwegs passables Konzept hin. Gegen 6 Uhr morgens wird es dann ruhiger. Sämtliche Nägel sind beim Bauen aufgebraucht. Bei Sonnenaufgang sind ungefähr hundert Leute auf dem Platz und jetzt erst sieht mensch das Ergebnis der Bauaktivitäten der letzten Nacht. Wann auch immer geräumt wird: Einfach mal so eben über den Graben aufs Hüttendorfgelände springenist auch für zwei-Meter-Bullen nicht mehr drin. Ein bißchen hart war es die Nacht, viel zu wenig beheizbarer Raum für die vielen Leute war es schon,viele fanden keinen Schlaf -unwillkürlich drängen sich Gedanken auf,an die Situation im Hüttendorf Anatopia vor einem Jahr,das auch im Januar geräumt wurde.Nach erfolgter Mobiliesierung waren dort grad mal 40 Leute aufm Platz,eine Anzahl,so gering,wie sie von niemandem erwartet wurde.Nach der Räumung gab es in der "Szene" eine Diskusson über mangelnde Solidarität einzelner Projekte untereinander und über die Frage,was Leute,die teilweise viele Wochen in Anatopia lebten, davon abhielt,sich bei akuter Räumungsgefahr dorthin zu begeben.Für uns jedenfalls ist es eine neue Erfahrung,daß Solidarität tatsächlich stattfindet,daß auch jetzt immer wieder anrufen und sich nach neuen Einschätzungen bzgl. einer möglichen Räumung informieren.Für ein paar Tage nach dem 5.1. lief in Ansätzen sogar eine Selbstorganisation von Dauerpräsenz im Hüttendorf,die uns sehr wichtig ist.

Eine Räumung am 4./5.1 fand nicht statt.Bis auf ein paar Polizeistreifen in der Nacht vom 4. auf den 5. blieb alles ruhig.Eine Spontandemo und kurzfristige Verkehrsblockade der B68 in Dissen am Nachmittag des 4.1. wurde von sage und schreibe lediglich von 8 Bullen eskortiert,die diese auch sehr spät mitbekamen.Der provozierende Versuch einer Personalienfeststellung endete für die 4 Beamten in einem DemonstantInnenkessel.

Für das Räumungsgerücht des 4./5.1. gibt es für uns nur 2 Erklärungen: Entweder hat die letzte Bullenstreife am 4.1. um 2[30] Uhr festgestellt,daß wir zu viele sind und daraufhin die Räumung verschoben,oder die Bullen nehmen uns eh so ernst,daß sie mit ziemlichen Aufwand,der auch taktisch und psychologisch so geschickt inszeniert war,uns dazu herausgefordert haben,zu mobiliesieren,um anhand des Mobilisierungspotentials das Bullenaufgebot zu dimensionieren.So oder so-es ist bei einer Räumung von einem ziemlich großen Bullenaufgebot auszugehen.Und noch 3 andere Sachen stehen fest:

1)Die Räumung(Baufeldfreimachung) soll laut Schreiben des Autobahnneubauamtes noch bis Ende Februar erfolgen.
2)Nach einer Räumung machen wir weiter mit Wieder-Neu-und sonst was für Besetzungen.
3)Am Samstag nach dem Tag der Räumung gibt es einen Nachtspaziergang zur Autobahnbaustelle.

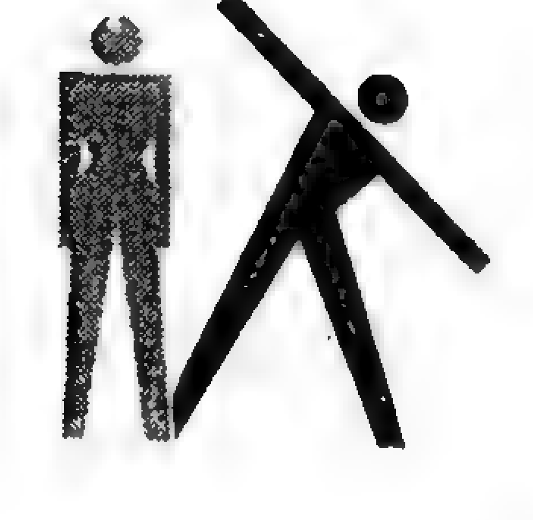
Und nun noch ein Appell an alle,die uns unterstützt haben und uns unterstützen wollen.Nichts,was am 4./5. gelaufen ist,war umsonst und auch was gelaufen ist,war toll und wichtig,auch wenn einige von uns nicht schlecht gestaunt haben,was für Einrichtungsgegenstände alles in den diversen Barris verbaut wurden.Aber die wären bei der Räumung eh schrott gegangen.In einer ähnlichen Situation wie jetzt mit genau soviel Indizion würden wir wahrscheinlich wieder Alarm auslösenDies kann wiederum ein Fehlalarm sein. KANN!!!!Wir wissen-und das stimmt uns auch wiederum sehr nachdenklich, daß wir bei einer erneuten Alarmauslösung vielleicht wenigerLeute motivieren können zu kommen,wir können nur hoffen,daß nicht zu viele abspringen. Es wäre für uns sehr wichtig,wenn wir dazu Resonanz von euch bekommen würden Was als Alternative bleiben würde,wäre das beschissene Gefühl,daß eigentlich alle von uns mit einer Räumung am nächsten Morgen rechnen,aber daß wir nur wenige sind,weil wir keinen Alarm ausgelöst haben,weil wir weder einen Fehlalarm noch eine eventuell nicht gerechtfertigte Belastung unserer UnterstützerInnen verantworten wollen.Allerdings gehen wir davon aus,daß-da der Staat uns in den nächsten acht Wochen hier weghaben will-eben dieser Staat auch Zeit braucht und auch bestimmte bulleninterne Fristen hat,die einen solch geschickt inszenierten Bluff-wenns denn einer war-nicht als oft wiederholbar erscheinen läßt.Was uns zur Zeit am meisten hilft,ist wenn ihr einfach vorbei kommt und so die notwendige Dauerpräsenz stärkt .
Tschüß mit einem kämpferischen Gruß aus dem auftauenden Hüttendorf!
-Anti A33 Hüttendorf,Berlinerstr,X,49201 Dissen,Tel/Fax:05424/40124-

In der Nacht vom 26. zum 27. 12. 95 haben wir am Zaun des BKA in Wiesbaden ein Transparent mit folgender Aufschrift angebracht :



Schluß mit den Lügen, die das BKA und die BAW über den Tod von Wolfgang Grams' Tod verbreiten.
Schluß mit der Kriminalisierung linker Zusammenhänge, die das BKA und die BAW u. a. aus Eigeninteressen betreiben.
Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Im Frankfurter Prozeß gegen unsere gefangene Genossin Birgit Hogefeld ist mit dem Komplex Bad Kleinen begonnen worden. Dabei geht es nach dem Willen der Richter nicht um die Aufklärung der Umstände von Wolfgang Grams' Tod, sondern darum, Birgit den Tod eines GSG 9lers und den Mordversuch an GSG 9lern anzulasten. Es werden nur Zeugen der Anklage geladen, was wäre auch anderes zu erwarten gewesen, in Anbetracht des bisherigen Prozeßverlaufes.
Eine Möglichkeit, daß der Prozeß nicht so vonstatten geht, wie es nach dem Geschmack der Herrschenden wäre, ist Öffentlichkeit zu schaffen: den Prozeß besuchen, darüber schreiben und das Geschriebene verbreiten, über den Prozeß, seine Hintergründe und die Zusammenhänge sprechen.
Es drängt sich auch die Frage auf, weshalb der Prozeß in einer Art und Weise durchgezogen wird, als befänden wir uns in den 70iger Jahren.
Im Rahmen dieser Gegebenheit machen wir uns Gedanken über die derzeitige Repression gegen linke Zusammenhänge. Diese Repressionswelle soll wohl darauf abzielen, die noch vorhandenen linken Strukturen zu zerschlagen, Diskussionen zu verhindern und Organisierung unmöglich zu machen !? Mit der Keule "Beugehaft" wollen sie allen aus den linken Zusammenhängen deutlich machen, daß sie jede/n treffen kann, der/die keine Aussagen macht, nicht mit den Herrschenden kooperiert. Wir alle sollen ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber diesem Staat bekommen, in einer Zeit, in der wir zerstreut sind.



Wir, die das Transparent aufgehängt haben, erklären uns solidarisch mit den politischen Gefangenen und den Leuten, die von den Schergen gesucht werden. Wir halten es aber auch für unabdingbar über Widersprüche und scheinbar unüberwindbare Gegensätze innerhalb der Linken zu diskutieren und zwar sachlich und nicht mit Totschlagargumenten, die jede Diskussion schon im Ansatz ersticken.
Wir meinen, daß der Repressionsapparat, u. a. das BKA, zu seinem Eigennutz handelt, es will sich seine finanziellen Pfründe sichern und erhalten, mit denen es technisch und personell hochgepusht wurde, und es geht auch um Einflußnahme im Staat, das zeigt sich z. B. in den Geschehnissen vor, während und nach Bad Kleinen.

IDEIA ZABALDU
Veranstaltung zu Euskadi

Folter und Todesschwadrone, Volkstänze und Rudern, Barrikaden und besetzte Häuser, Streiks und Massendemonstrationen, radfahren und holzhacken, 600 Gefangene aus der Guerilla und mehrere hundert inhaftierte Totalverweigerer - um was geht´s?
Aufgeteilt zwischen Frankreich und Spanien liegt das Baskenland, es ist gerade mal so groß wie Hessen und hat nur 3,5 Millionen EinwohnerInnen. Dennoch ist es die Region Europas in der eine linke Massenbewegung die größte Verankerung in der Bevölkerung hat. Dabei ist das Baskenland ansonsten nicht besonders exotisch, es ist ein hochindustrialisiertes Gebiet mitten in Europa. Interessant wird es besonders dadurch, daß sich die vielen verschiedenen Bewegungen, ob Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Gewerkschafts-, Totalverweigererbewegung oder andere, als Teil eines gemeinsamen Projektes sehen.
Allerdings wirft die Tatsache, daß sich die meisten radikalen Linken im Baskenland - AnarchistInnen, SozialistInnnen, KommunistInnen oder wie auch immer - als Basken und Baskinnen bezeichnen und ihren Kampf mit dem Kampf um Selbstbestimung im Baskenland verbinden, viele Fragen auf.
Vier AktivistInnen aus dem Baskenland berichten über Frauen-, Umwelt-, Jugend-, und Totalverweigererbewegung, dem baskischen Kampf und Befreiung und die Repression.

Donnerstag, den 11. Januar 1996 um 19.00
Veranstaltungsetage Größenwahn
Kinzigstr.9 HinterHaus
U-Bhf Samariterstr.

Eine Veranstaltung der Internationalismus-AG von FelS und B 259

ALTER SCHLACHTHOF BESETZT!!!

Am 31.12.95 haben wir den Alten Schlachthof in Kollektiveigentum überführt und dies entsprechend gefeiert.

Bis dahin behauptete die städtische Verwaltung, das Haus sei ihr Eigentum und dachte, sie könne mit diesem wie mit allem, was sie beherrscht, verfahren. Sie drehte Gas und Strom ab, warf nach und nach einfach alle Menschen, die das Haus nutzten, hinaus, ohne genau zu wissen, was überhaupt damit geschehen solle: Vielleicht ein paar neue Parkplätze? Vielleicht findet die städtische Mafia aber auch irgendeinen Spekulanten, der an dem Gelände, bzw. an dem Profit, der sich daraus ziehen ließe, interessiert ist? Egal - wir sagen: wir lassen uns nicht beherrschen. Wir wissen, wer den gesellschaftlichen Reichtum produziert: das sind wir - ArbeiterInnen, Azubis, KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen u.a. aller Nationen. Und wir können und wollen selbst entscheiden, was mit dem von uns geschaffenen Reichtum geschehen soll. Das wollen wir nicht mehr den Regierenden, den Kapitalisten und denen, die sich in ihr "Schicksal" fügen, solange man ihnen nur genug zu fressen und Kabelfernsehen gibt, überlassen.
Daher haben wir beschlossen, uns am 31.12. einen winzigen Teil von dem, was uns sowieso gehört, zu nehmen.

Unsere Absichten dabei sind:

In einer Zeit,
- in der die Herrschenden in lange nicht mehr gesehenen Ausmaß einen sozialen Krieg von oben gegen unten führen, in dem immer mehr Menschen, die in unserer Leistungsgesellschaft nicht mehr verwertbar erscheinen, selbst hier, in den "Oasen des Reichtums", in menschenunwürdige Verhältnisse gezwungen werden;
- in der für viele Menschen, die sowieso schon an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, z.B. Obdachlose, SozialhilfeempfängerInnen, AsylbewerberInnen, das Leben wieder zum Kampf ums Überleben gemacht wird;
- in der sich Deutschland durch die angeblich humanitären Einsätze der Bundeswehr in den letzten Jahren mittelfristig in die Lage versetzen will, in Zukunft seine politischen und wirtschaftlichen Interessen auch selbst wieder militärisch in der Welt durchzusetzen;
- in der es möglich ist, die Erfolge emanzipatorischer Kämpfe von Frauen, die vor allem in der Sichtbarmachung der patriarchalen, unterdrückerischen und gewalttätigen Strukturen unserer Gesellschaft liegen, einfach wieder zum Verschwinden zu bringen, z.B. hier in Koblenz, indem das Autonome Frauenhaus zur Schließung gezwungen wird;
- in der sich Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus wieder offen ausbreiten können, als wütender Ausdruck bewußtloser Ahnung, daß die Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die die bürgerliche Demokratie auf ihre Fahnen schrieb, sich niemals gesellschaftlich verwirklichen lassen, ohne ihr eigenes Herrschaftssystem und ihre Wirtschaftsweise, die eigenen Privilegien, anzutasten;
- in der gegenüber den wenigen radikalen Linken, die nicht ihren Verstand im Zuge der Wiedervereinigung oder in Bosnien verloren haben und die weiterhin versuchen, diese Forderungen in die Gesellschaft zu tragen, die Verfolgung noch intensiviert wird, um jeglichen emanzipatorischen Fortschritt zu unterbinden;
- in der selbst kulturelle Aktivitäten und Initiativen, vor allem die, die "von unten" entstehen und kritisch Bezug auf die gesellschaftliche Wirklichkeit nehmen, bzw. ihr Ausdruck sind, vor die Wahl gestellt werden, sich anzupassen und zu integrieren oder plattgemacht zu werden wie in Koblenz im Moment die KuFa, die Subkultur und Krex;

In einer solchen gesellschaftlichen Situation ist es mehr denn je notwendig, daß wir uns Räume öffnen, im ganz konkreten Sinne; Räume öffnen, die alle die nutzen können, die diese Situation nicht hinnehmen wollen. Nicht nur, um dort gemeinsam über Veränderungsmöglichkeiten im Kleinen und Konkreten, also hier in Koblenz, wie über gesamtgesellschaftliche Perspektiven diskutieren zu können; sondern auch, um Erfahrungen einer demokratischeren gesellschaftlichen Organisierung sammeln zu können, die allen Beteiligten soviel Selbstbestimmung und Entwicklung ohne Hierarchien und Kontrolle erlaubt, wie derzeit in dieser Umgebung nur möglich ist; um dort praktische Solidarität leben zu können.
Mal abgesehen davon, daß wir es einfach nicht akzeptieren wollen, daß wir für das Menschenrecht auf Wohnraum heutzutage mehr als die Hälfte unserer Kohle irgendwem überweisen sollen, um dafür, wenn überhaupt, in ein 1 1/2 Zimmer Wohnklo gesteckt zu werden.
Mal abgesehen davon, daß wir einfach einen Ersatz brauchen für die Orte, an denen wir unsere Kultur leben und entwickeln können, die uns derzeit alle von der Stadt und ihren kleinbürgerlichen Elementen kaputtgemacht werden.
Mal ganz abgesehen davon, daß viele Jugendliche derzeit einfach keinen Platz in dieser Stadt haben, weil sie keinen Bock haben, in eins der städtischen Jugendzentren zu gehen, wo sie von den SozialarbeiterInnen bevormundet und kontrolliert werden.
Für all das brauchen wir also dieses Haus. Vorerst nur dieses, weil wir denken, daß es für's erste reichen wird - so viele sind wir leider noch nicht! Und falls doch noch einige aus der verdummenden Propaganda der Herrschenden und der Macht des Faktischen ausbrechen können und wir wider Erwarten mehr werden sollten - dann nehmen wir uns einfach noch eins!

Wie soll das Haus genau genutzt werden?

Wir, die wir die Initiative zu dieser Besetzung ergriffen haben, möchten diese Frage so weit wie möglich, innerhalb des oben beschriebenen Rahmens, offen lassen. Räume sind jede Menge da, z.B. für Proberäume für Bands oder als Platz für Konzerte. Es gibt Menschen, die im Haus wohnen möchten, es gibt Gruppen und Einzelpersonen, die das Haus politisch nutzen möchten. Es gibt Leute, die kulturelle Projekte im Haus planen.
Aber es gibt auch Menschen, die vielleicht jetzt, wenn sie dies Flugblatt lesen, zum ersten Mal von der Besetzung erfahren, die ähnliche Bedürfnisse haben wie wir und sich in irgendeiner Weise einbringen möchten.

Deshalb gibt es für alle, die das Haus irgendwie nutzen wollen oder die Besetzung unterstützen, einen **BesetzerInnenrat**, der in der ersten Zeit täglich und vor wichtigen Entscheidungen tagt. Termine hängen aus. Dort wird gemeinsam über alle Belange, die das Haus betreffen, beraten und entschieden. Bringt also Ideen und Initiative mit! Fürchtet euch nicht! Das Haus wartet sozusagen nur darauf, von uns gestaltet zu werden! Das Gelände ist riesig, so daß außer für die oben angeschnittenen, eher konventionellen Ideen wie JUZ usw. es auch viel Raum gibt für Experimente. Wünschenswert wären z.B. ein Internet-Café, ein Selbsterfahrungsraum für angehende PädagogInnen oder ein Regionalbüro der Anarchistischen BimsarbeiterInnengewerkschaft.
Koblenz hat seine Uni, jetzt soll es auch sein selbstverwaltetes JUZ und Kulturzentrum haben!
Eins steht allerdings schon (vorläufig, wie alles) fest: Wir geben unserem Haus den Namen: **"Willi-Hörter-Zentrum"**. Willi Hörter ist der ehemalige CDU-Bürgermeister von Koblenz. Unser großes Vorbild in Sachen Demokratie. Wie er damals z.B. dafür sorgte, daß der Wunsch des senilen Rhein-Zeitungs-Verlegers Theisen, den Kaiser wieder auf dem Eck zu sehen, gegen jeden Widerstand aus der Bevölkerung in Erfüllung ging ... excellent! So wollen wir's jetzt auch machen. Und wenn wir hier geräumt werden, haben wir schon überlegt, vielleicht seine Villa auf der Karthause zu besetzen und in "Schulte-Wissmann-Noske-Zentrum" umzubenennen, nach dem derzeitigen SPD-Bürgermeister. Na ja, abwarten...

Ihr findet die Besetzung "echt geil ey" bzw. "korrekt"?

Ihr fragt euch, was ihr sonst noch so tun könnt, um die Besetzung zu unterstützen und durchzusetzen, abgesehen davon, daß ihr öfter hier vorbeischaut, euch hier einbringt, Arbeiten übernehmt, mitdiskutiert, beschließt, einzuziehen, Flugblätter schreibt und verteilt, Demos und Kundgebungen organisiert bzw. daran teilnehmt, eure Kinder bzw. Eltern bzw. ArbeitskollegInnen auffordert, sich ebenfalls zu solidarisieren, den Stadtrat unter Druck setzt, dieses Haus ja nicht räumen zu lassen, öffentlich, z.B. gegenüber der RZ eure Solidarität bekundet und UnterstützerInnengruppen bildet, euch in die Telefonlisten eintragt, um bei einer Räumung sofort da sein zu können?? Nun, das überlassen wir ganz eurer Phantasie!! Laßt euch was einfallen!
Hier sind zum Beispiel ein paar öffentliche Telefonnummern, über die ihr vermitteln könnt, wie ungehalten euch eine Räumung des Hauses machen würde: OB - 1291001; Bürgermeister - 1291010; Beschwerdetelefon - 1291110; Bauaufsichtsamt - 1293301; Kulturamt - 1291350; Presse- u. Infoamt - 1291301; SPD - 304820; Die Grünen - 37906; - das sind nur ein paar von vielen!

Kann ich wegen der Hausbesetzung irgendwie bestraft werden?

Nun, zunächst ist eine Räumung noch gar nicht ausgemacht. Um sie zu verhindern, ist es ja gerade notwendig, daß viele Menschen ihre Ängste vor Verfolgung gemeinam überwinden, denn schließlich ist die Besetzung eine Art sozialer Notwehr und damit auf jeden Fall legitim! Aber natürlich schützt das Gesetz die Eigentumsverhältnisse und somit kann eine Besetzung als Hausfriedensbruch bestraft werden. Kann - denn ein Hausfriedensbruch wird erst auf Antrag verfolgt. Die Stadt, die Besitzerin des Hauses, muß also zwei politische Entscheidungen fällen, bei denen wir und unsere UnterstützerInnen all unseren Einfluß geltend machen können. Es wird letzlich an unserer Stärke hängen, ob die Stadt es sich leisten kann, a) einfach über unser mehr als gerechtfertigtes Anliegen hinwegzugehen und uns zu räumen und b) uns dafür auch noch zu bestrafen, indem sie den Antrag dazu stellt.
Kommt es zu einer Anzeige und der Verhandlung, so kann Hausfriedensbruch mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr "geahndet" werden. Das ganze nennt sich dann auch noch "Recht".
Fraglich bleibt bei all dem, ob die Menschen, denen die Besetzung ein Bedürfnis ist, bereit sind, sich einfach so räumen zu lassen?

Kommt also vorbei, unterstützt die Besetzung und bringt euch ein!
Es kann genauso gut euer Raum werden!

KEIN TAG OHNE WILLI-HÖRTER-ZENTRUM!!

Programm für die ersten paar Tage:

- BesetzerInnenrat noch und nöcher
- 31.12.95 Besetzung und Fete
- 1.1.96 Katerstimmung?
- 2.1.96 Kunstaktion
- 3.1.96 Volxküche - mal ab und an was essen...

Besuch einer Stadtratssitzung??


Unsere Minimalforderungen:

- WILLI-HÖRTER-ZENTRUM BLEIBT!!
... alles andere ist Quark.

"Unberechenbar
Unfaßbar
Unbesiegbar zu bleiben!!!"

BesetzerInnen & UnterstützerInnen
des Willi - Hörter - Zentrums, Koblenz im Januar


Donnerstag 10.1.96 im A-Laden
Kaffee-Boykott aus Mexiko. Ein Mitglied der FAU (Freie ArbeiterInnen u. Arbeiter-Union) berichtet über die Kampagne: Boykottiert mex. Kaffee! Vor allem in Chiapas, dort befinden sich deutsche Kaffee-Großgrundbesitzer, dessen Kaffee hier durch die Firma Lebensbaum „transfair" vermarktet wird. Nur von den Lebensbedingungen spricht keiner.
Info- und Diskussionsveranstaltung. 19. Uhr
ANARCHISTISCHER LADEN Tel. 394 6167
Rathenower Str. 21, 1 Berlin 21 (10559)
Öffnungszeiten:
Mo.: 15-20 Uhr Cafe
Di.: 15-20 Uhr Cafe, 20Uhr FAU
Mi.: 17-20 Uhr Cafe
Do.: 15- ..Uhr Cafe, Veranst. Tag
Fr.: 18-19 Uhr Food Coop
VERANSTALTUNG zu euskadi 11.1.'96
19 Uhr Veranstaltungsetage KINZIGSTR. 9
(HinterHaus U-Bhf Samariterstr.
Idera Zabaldu
AktivistInnen berichten über
Totalverweigerung
Frauen
Ökologie
Umwelt
Jugend
Freitag
Benjamin befindet sich seit dem 30.12.95 in unbefristetem Hungerstreik.
Kundgebung
12.1.96, 12.00 Uhr
Justizsenat Elßholzstr. 30-33 (Nähe U-Bhf Kleistpark)
Wir forden: Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega an den spanischen Staat!!
Der Tanz geht weiter, Alwin!
Tanzveranstaltung zugunsten der Antifa in Brandenburg
Sonnabend 13. Januar ab 22 Uhr Yorckstr. 59 HH
besondere Attraktion: TOMBOLA
musikalische Darbietungen: Die Goldenen Drei (Strausberg) PMI-Posse (Potsdam)
Programm:
13. Januar 1996
K.O.B.
Potsdamer Straße 157
10785 Berlin
15.00 Uhr
AgitProp-Theater
der Autonomen Antifa (M), des politisches Arbeitskreises (pAk) und der Antifa Jugendfront Göttingen, Dauer: 45 min.
Das geplante AgitProp-Theater wurde für den Tag des 2. Oktober 1995 zusammen mit der Demonstration „Gegen Faschismus und Klassenjustiz – die Antifaschistische Aktion!" von der Stadt Göttingen unter ein Totalverbot gestellt. Erst eine Woche später – an einem Antifa-Solidaritätstag – wurde das Stück erstmalig aufgeführt. Das Stück thematisiert die Klassenjustiz, die seit Entstehung des kapitalistischen Systems gegen die linke revolutionäre Opposition wütet. Exemplarisch sind verschiedene Prozeße der Geschichte herausgegriffen, die szenisch nachgespielt werden.
Anschließend Volxküche
16.30 Uhr
Vortrag anschl. Diskussion
Roter Geschichtsarbeitskreis, Bolsevik Partizan, Autonome Antifa (M), Rote Antifaschistische Initiative u.a.
20.30 Uhr
Kino
ab 22.00 Uhr
Party
Antifaschistische Aktion
radikal Soli-Konzert
am 13.01. im Archiv Leipziger Str.
um 20°° Film
um 21°° Konzert
Weltfrauen konferenz in Beijing
- Hate you Darling
- Tod und Mordschlag
→ Film "Happy Birthday Haftbefehl"
→ Infos zum Stand der Verfahren
Friedelhainer KIEZ-DISCO
Sa., 13.1.96, ab 22 Uhr
Rigaer Str. 83,
U-Bhf. Samariterstr.
Soli für M.A.R.C.H.S.T.R.A.S.S.E/ E.I.N.S.T.E.I.N.U.F.E.R
Ort: "AKARSU", Oranienstr.25 HH 2. Stock mit Aufzug Kreuzberg 36
Zeit: 13.1.96 um 19°°
Samstag, 13.1.96 20.30 Uhr Film "So lange Leben in mir ist". Defa 1967 - Film über den Kampf Karl Liebknechts gegen den Krieg im Kino im KOB, Potsdamer Straße 157


Montag
Gegen Faschismus, Militarismus und Klassenjustiz – DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION!
DEMO
Aufruf zum revolutionären antifaschistischen Block auf der Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
14. 1. 1996
9.00 Uhr
Leninplatz
(Platz der Vereinten Nationen)
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
»public access«
Veranstaltungsreihe zur Reflexion digitaler Öffentlichkeiten
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
hiermit erlauben wir uns, Sie/Euch auf eine im Januar beginnende regelmäßige Veranstaltungsreihe der Berliner InterNet - Mailbox Info Pool Network (IPN) hinzuweisen. In unserem Diskussionsforum »public access« wird der Buch-Autor und Rechtsextremismusexperte
Burkhard Schröder
am Dienstag, dem 16. Januar 1996 um 20 Uhr über das Thema »Neonazis und Computernetze« einen Vortrag mit Diskussion halten. Im Mittelpunkt stehen dabei ausführliche Informationen über das rechtsgerichtete »Thule-Netz« und die Nutzung neuer Kommunikationsformen durch Rechtsradikale.
Veranstaltungsort: Galerie Olga Benario im ORLANDO, Weserstraße 5, Berlin - Neukölln
U-Bahnhof Hermannplatz, Ecke Hobrechtstraße
Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung:
Info Pool Network
Tel.: 030-688.34.308
Fax: 030-688.34.308
Data: 030-694.70.61
Dienstag
politische filme im café geschwulst
Di. 16. Januar 1996, 16 Uhr:
Stille um Christine M.
Spielfilm über den Alltag von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft
Di. 30. Januar 1996, 16 Uhr:
Interview mit Rudi Dutschke
Einer der Wortführer der "Studentenrevolte" erläutert seine Positionen
• café geschwulst • ihnestr. 22 • 14195 berlin • • u-bhf thielplatz •
Kommt zur autonomen - Vollversammlung:
„Soziale Bewegung und selbstbestimmtes Leben"
am Dienstag, den 16.1. um 19 Uhr ins
„Größenwahn", HH, Kinzigstr. 9,
Berlin-Friedrichshain, U-Bhf. Samariterstr.
Mittwoch
Viva EZLN Fotoausstellung "Der Krieg gegen die Zeit"
noch bis 23.1.96. Infoveranstaltung zur aktuellen Situation mit Film
"Alles für alle - nichts für uns" 17.1.96 19 Uhr
KATO im U-Bf. Schlesisches Tor
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Martin Beckmann
(Ex - 43 Group)
zum Thema
Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950
Ort: Berlin-Kreuzberg im Kato
(im U-Bhf. Schlesisches Tor)
Zeit: 18. Januar '96 um 19.30 Uhr
Organisiert von
- Antifa-Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.
- Harald-Kater-Verlag
- Edelweiß-Piraten Berlin
8.März-Vorbereitung
19.Januar (Freitag), 20 Uhr, Heilehaus, 2.links, Waldemarstraße 36, HH

KARAOKE und SCHLAGERGALA

FÜR UNTERMALUNG SORGEN DJ HANS MANKO & GÄSTE AM PLATTENTELLER...

AUF ABENDGARDEROBE WIRD WERT GELEGT

EINTRITT 6 SOLIMARK

OHNE KOSTÜM ▬ TEURER

...FÜR UNTERHALTUNG STEHEN WEITERE BEKANNTE GRÖßEN DES SHOWGESCHÄFTES AUF DER BÜHNE

GRÜßE AN ALLE ABGETAUCHTEN!!

EINSTELLUNG ALLER 129A - VERFAHREN!!

FREILASSUNG DER IN BEUGEHAFT SITZENDEN!!

BEGINN DES UNTERHALTUNGSPROGRAMMS

die besten Kostüme werden prämiert...

22 UHR - PÜNKTLICH

13.1.'96 • KÖPI 137 • FESTSAAL